ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK



Karl Heinz Pfeffer

Die europäische Besinnung

Ingeborg Richarz-Simons

Ideologie und Außenpolitik der USA.

Franz Alfred Six

Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut im Jahre 1944

*

Kleine Beiträge

Collaboration? Von Karl Epting
Quebec, Vorposten Europas in Amerika.
Brasilianischer Kautschuk. Von Philipp von Luetzelburg

Köpfe der Weltpolitik

Lord Templewood (Sir Samuel Hoare).

Bücher des Monats

Das Jahrbuch der Weltpolitik 1944 - Neue Afrika-Bücher

CARL HEYMANNS VERLAG · BERLIN W8

34. BAND HEFT 10/12 OKTOBER/DEZEMBER 1944

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK

Herausgegeben vom

DEUTSCHEN AUSLANDSWISSENSCHAFTLICHEN INSTITUT

durch

Professor Dr. F. A. Six



und Ministerialrat

Professor Dr. W. Ziegler

Schriftleitung: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 8 · Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8
Anzeigenpreise und Nachlässe lt. Anzeigenpreisliste Nr. 4 · Bezugspreis: das Heft 1,50 RM
Erscheint: z. Z. vierteljährlich

34. BAND | OKTOBER/DEZEMBER 1944 | HEFT 10/12

Die europäische Besinnung

Von Karl Heinz Pfeffer

Die militärischen Ereignisse des Jahres 1944 haben eine neue politische Lage geschaffen: die erste große Chance des Zusammenwachsens der europäischen Völker unter den Fahnen der stürmischen deutschen Siege der ersten Kriegsjahre ist zu Ende gegangen. Regierungen sind gestürzt, Meinungen haben sich geändert und noch einmal geändert, Fronten sind gewechselt worden. Der Bürgerkrieg zwischen den europäischen Völkern hat sich in die einzelnen Völker selbst hinein verlagert in dem Augenblick, in dem die schützende Hand Deutschlands zurückgezogen werden mußte. Die grausige Vision Lenins, daß der nächste europäische Krieg ein Bürgerkrieg sein werde, scheint wahr werden zu wollen. Der letzte der europäischen Bürgerkriege wird zum kontinentweiten und zum totalen Bürgerkrieg. Der Friede in einer festen Ordnung, den das siegreiche Deutschland bot, ist nicht nur von außen erneut zerbrochen worden, sondern er wurde auch von vielen, zu denen er kam, verschmäht und nicht verstanden. Gewiß, in den Gefängnissen der europafremden Besatzungsmächte, in den Gräbern der Mordopfer, in den Flüchtlingslagern, im Kern der europäischen Festung und ihrer Wehrmacht, in versteckten Bergen der Heimat finden sich noch immer die Männer, die schon vor dem Einzug der deutschen Truppen wußten, daß es in diesem Kriege um mehr ging als um die alten Parolen der Feinde Deutschlands, die während der deutschen Besetzung oder während des deutschen Bündnisses furchtlos für das neue Europa eintraten und deren Treue im Jahre 1944, dem Jahr der großen Bewährung, nicht zu zerbrechen war. Aber trotz der Treue dieser Männer wälzt sich der Krieg noch einmal über Europa, dem er von Rouen bis Bukarest und von Tromsö bis Florenz neue Narben schlägt. Der Krieg versucht aufzuheben, was vier Jahre an fruchtbaren Ansätzen neuen Werdens geschaffen haben. Mit den alten Namen der Politiker erscheinen uralte Parolen wieder. Sollen die jungen Männer aller europäischen Völker, sollen Deutsche und Franzosen, Griechen und Rumänen, Finnen und Norweger, sollen Slowaken und Kroaten, Serben und Ungarn, Niederländer und Esten gefallen sein, damit aller wirre Grenzhaß an allen Grenzen

innerhalb des engen und kleinen Europa wieder auflodert, damit die Interessen volksfremder Mächte an der Glut dieses sinnlosen Hasses ihre Suppe kochen können?

Was die ersten vier Jahre dieses Krieges gebracht haben, kann der Rückzug des fünften Jahres nicht ungeschehen machen. Die deutschen Soldaten haben von Narvik bis Athen und von Bordeaux bis Reval eine Botschaft getragen, die nicht mehr untergehen kann. Europa weiß heute, daß es zusammengehört. Einbrüche der Fremden von außen, Bürgerkrieg mit den Gestrigen im Inneren können dieses Wissen nicht mehr töten. Europa hat ein gemeinsames Verteidigungssystem, ein gemeinsames Verkehrssystem, den gemeinsamen Einsatz von Bodenschätzen und Arbeitskräften, die zentrale Bindung der Währungen, es hat die gemeinsame Gefahr, es hat die gemeinsame Tradition, es hat eine gemeinsame Idee Jahre hindurch am eigenen Leibe gespürt. Die Spuren dieses gemeinsamen Lebens sind nicht mehr auszulöschen. Sie sind untergepflügt worden von einer neuen Pflugschar des Krieges. Aber unter den Schollen der neu umbrochenen Erde liegt die Saat der Zukunft unzerstörbar. Das alte Unkraut, das auf ihnen zu wuchern beginnt, wird sich nicht halten können, wenn die Saat aufgeht.

Es kommt also darauf an, den gegenwärtigen Augenblick der europäischen Geschichte nicht als Ende, sondern als Reifezeit aufzufassen. Im ersten Ansturm sind Möglichkeiten ausgeworfen worden, die zunächst nicht reifen konnten. Sie werden untergepflügt und damit doch auch vor Verdorrung und Vernichtung geschützt. Nach den Erfahrungen des stürmischen Frühlings kann die kommende Erntezeit besser geplant werden. Die gegenwärtige Pause ist keine Pause des Verzichts oder der Verzweiflung, sondern eine Pause der Besinnung und des neuen besseren Anfangs. Wen der Rückschlag dieses Jahres nicht umgeworfen hat, der ist durch ihn stärker geworden.

Diese Besinnung ist jedem europäischen Volk aufgegeben. Es gibt keines, das nicht Fehler gemacht hätte. Es gibt keines, das nicht durch bitterste Erfahrungen seine Illusionen loswerden muß. Es gibt aber auch keines, das nicht gerade in diesem Jahre schwere Opfer für das gemeinsame Neue gebracht hat. Unverständnis und Enge, Rückwärtsgewandtheit und Ungeschicklichkeit, Zaudern und Bequemlichkeit werden aufgewogen durch die zerstörten Städte, die bei der Arbeit getöteten Männer und Frauen, die im Felde Gefallenen, die von Banditen Ermordeten, die vom Standgericht Erschossenen. Die Zerreißprobe dieses Jahres hat überall Schwache gefunden. Kein Volk hat das Recht, auf ein anderes mit dem Finger zu zeigen und es eine Nation von Verrätern zu nennen. In jedem Volk haben sich Feiglinge und Überläufer gefunden. Aber in jedem Volk haben sich Männer gefunden, die unverrückt die Fahne der Zukunft festhielten. Sie sind in die Fremde, in die Gefängnisse, in den Tod gezwungen worden, aber sie haben ihrem Volke das Recht an der gemeinsamen Zukunft gesichert.

Um dieser Zukunft willen ist es nötig, daß nicht diesem oder jenem kleinen Volk das Versagen vor dieser oder jener Aufgabe, daß auch nicht dieser oder jener Regierung diese oder jene Fehlentscheidung vorgerechnet wird, sondern daß der gemeinsame Wille zur Zukunft bestimmte Grundergebnisse seiner vergangenen ersten Chance klar erkennt. Auf Grund dieser Erkenntnisse kann er dann zu einer politischen Umgruppierung kommen, die wie eine militärische Umgruppierung am Ende der einen und vor Beginn der nächsten Phase des Kampfes notwendig ist.

Die erste Grunderkenntnis gilt der Unentbehrlichkeit des europäischen Nationalismus. Das gemeinsame Europa darf den Nationalismus der europäischen Völker nicht vernichten, aber es muß ihn „aufheben" im Hegelschen Sinne des Wortes, bestehen lassen und als lebendiges Element in eine größere Einheit einführen. Die Feinde Europas putschen den Nationalismus mancher Völker zu selbstmörderischem Wahnsinn hoch und lassen ihn sich verbluten.

Dieselben Feinde Europas verkünden als Kriegsziel die Auslöschung ganzer Völker, die rationale Organisation des Erdteils ohne Rücksicht auf nationale Traditionen, sie fordern von den eigenen Verbündeten die Aufgabe ihrer selbst. Die Vertreter der europäischen Zukunft dagegen sind weder bereit, einen anarchischen Nationalismus die gemeinsame Ordnung zerbrechen zu lassen, noch ein Europa ohne seine nationalen Elemente aufzubauen. Sie hätten es in der Vergangenheit oft einfacher haben können, wenn sie wie ihre Gegner ohne Scham die Vernichtungsinstinkte des zuchtlosen Nationalismus der europäischen Anarchie für sich mobilisiert oder wenn sie ohne Sorge um nationale Gefühle und Empfindlichkeiten traditionslos Grenzen eingerissen und Menschen verpflanzt hätten. Sie sind den Weg gegangen, den ihnen ihr Gewissen vorschrieb. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, daß nur dieser Weg in eine europäische Zukunft führt, daß ein Abweichen von dieser Grundlinie nach der einen oder anderen Seite tödliche Gefahren in sich schließt.

Die Krise des Nationalismus in Europa ergibt sich selbstverständlich im Zeitalter der enger werdenden Räume und der außereuropäischen kontinentalen Zusammenschlüsse. Das Recht des Nationalismus in der europäischen Geschichte muß neu geprüft werden, wenn der Luftverkehr von einem Ende des Erdteils zum anderen nur Stunden braucht, wenn der Rundfunk jedes europäischen Landes mühelos in jedem anderen gehört werden kann, wenn die absoluten Wirtschaftsgrenzen die wirtschaftliche Vernichtung aller bedeuten, wenn nur politische Zusammenschlüsse mit großen Menschenballungen in der Weltpolitik noch Sitz und Stimme haben. Die Pariser Vorortdiktate von 1919 haben Europa zerstückelt, indem sie dem Nationalismus vermeintlich Recht gaben, indem sie angeblich jede Irredenta heimkehren ließen und jeder Völkerschaft einen eigenen Staat bescherten. Diese Geschenke der europafremden Diktatoren von 1919 waren Danaergeschenke. Wo den Inhabern der Macht die völkische Ordnung Europas nicht in ihr Spiel paßte, da schufen sie künstliche Völker wie die „Tschechoslowaken“ oder „Jugoslawen“. Wo die Volksgrenzen ihren strategischen Interessen nicht entsprachen, zwangen sie fremde Völker in künstliche Staatsgebilde hinein oder verkündeten sie das Recht auf historische Grenzen. Echte geschichtliche Lebensgemeinschaften zwischen Völkern und Völkerschaften aber rissen sie auseinander. Ihr Nationalitätsgedanke war nicht wie der Volkstumsgedanke ein echtes Ordnungsprinzip, sondern ein Mittel zur mechanischen Atomisierung. Das Zeitalter, in dem das Selbstbestimmungsrecht der Völker triumphieren sollte, wurde zur Zeit der wildesten Nationalitätenkämpfe, die Grenzen standen in Flammen, nur innereuropäische Rüstungen konnten „Sicherheit“ gewähren.

Die mechanische Verwirklichung der Ansprüche des europäischen Nationalismus hat ein solches Zerrbild des geschichtlichen Europa geschaffen, daß man den Nationalismus vernichten zu müssen glaubte. Auch dieser „internationale“ Gedanke war mechanisch und geschichtsfremd. Das Genfer Mehrheitsprinzip und der Plan der „Internationalen Polizeitruppe“, die Sanktionsverpflichtung und die Fixierung des Status quo, der Kriegsausweitungswille und die ideenlose Gleichsetzung unvergleichbarer sozialer und kultureller Gegebenheiten tarnten dabei nur die Tatsache, daß in Wahrheit der Nationalismus durch den unbedingten Machtanspruch weniger Großmächte „überwunden“ werden sollte, die nicht kraft Berufung führen, sondern kraft Macht herrschen wollten.

Der anarchische Nationalismus von 1919 und die ebenso anarchische und mechanische „Überwindung des Nationalismus“ von 1919 haben gemeinsam Europa in den gegenwärtigen Krieg gestürzt. Der rabiate und geschichtsfremde Nationalismus der Polen hat gemeinsam mit dem Paktmechanismus der Westmächte den Anlaß zu diesem Krieg gegeben. Der echte europäische Nationalismus geht andere Wege.

Er ist als geschichtliche Kraft erst 150 Jahre alt. Die Levée en masse der Franzosen, der Volksaufstand der Spanier und Deutschen gegen Napoleon, das

italienische Risorgimento stehen an seinem Anfang ebenso wie die Kämpfe der südosteuropäischen Völker gegen die Oberhoheit des Osmanenreiches. In den letzten Jahrzehnten des 18. und den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wurden die europäischen Völker selbst in die Kadres der aktiven Geschichtsträger einbezogen. Die Massenheere stützten sich auf das Volksaufgebot, der politische Wille suchte sich in der Stimme des Volkes zu begründen, in den Fabriken wurde die Volkskraft planmäßig und diszipliniert zur Erweiterung des Lebensraumes eingesetzt, Geburt und Tod kamen vor das Auge der Geschichte, indem die Zusammenhänge von Zeugung, Fortpflanzung und Tod mit Nahrung und Arbeit, mit Krieg und Frieden gesehen wurden. In dieser Zeit, in der die Massen zu wiegen begannen, in der die Völker wach wurden, begannen sie nach sich selbst zu fragen. Sie suchten nach den Grenzen ihres Leibes und ihres Geistes, den Wirkungen ihrer Leistung, den Gesetzen ihrer Geschichte. Die Deutschen erwachten zum Bewußtsein ihrer Volkheit, die Franzosen begriffen sich als Nation, andere Völker gaben sich andere Namen. Jedes Volk glaubte, jenseits der Grenzen seiner selbst ähnliche Wesen zu sehen, die Deutschen sahen neben sich Völker, die Franzosen Nationen. Es ist viel geschrieben worden über den Unterschied des deutschen Volksbegriffes vom französischen Nationsbegriff. Das Geschriebene ist richtig, soweit es sich um eine dogmatische Deutung handelt. Es war auch notwendig, weil unechte Überlagerungen und unbegründete Herrschaftsansprüche abgewehrt werden mußten. Aber es hat heute wenig Sinn, um Worte zu streiten. Sowohl die Deutschen als auch die Franzosen übertrugen den Begriff, mit dem sie sich selbst verstanden, auf ihre Nachbarn. Nur wenige Nachbarn waren stark genug, unbekümmert um diese Übertragungen nur sich selbst treu zu bleiben und eigene Deutungen ihrer geschichtlichen Existenz zu finden. Viele nahmen die Übertragungen an und wollten Volk sein wie die Deutschen oder Nation wie die Franzosen, obwohl Herkunft, Art oder Umstände ganz anders waren als bei Deutschen und Franzosen. Jedenfalls wurde klar, daß Völker, Nationen, Volkstümer, Völkerschaften die Geschichte zu tragen hatten, daß eine feste Ordnung erst dann an die Stelle des zerbrechenden europäischen Staatensystems treten könne, wenn der Drang der Völker und volkähnlichen Gemeinschaften nach geschichtlicher Integration erfüllt sei. Die Einigungskriege der Deutschen und Italiener bestimmten einen guten Teil der europäischen Geschichte im 19. Jahrhundert. Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts vollzogen sich weitere Volkwerdungen oder mindestens Sammlungen von Völkern in politischen Gebilden. Die endgültige gesamtdeutsche Zusammenfassung konnte erst 1940 vollendet werden.

In derselben Zeitspanne, in der ein Nationalismus erwachte und als Kraft die europäische Geschichte in ihren inneren Auseinandersetzungen und Grenzbereinigungen zu treiben trachtete, schien doch dieser Nationalismus, der den kleinen Kontinent Europa in sich aufspaltete, schon unzeitgemäß. Die Historiker nennen die Zeit, in der erst eigentlich der Nationalismus seine großen Siege zu erringen schien, das Zeitalter des Imperialismus. Der kleinräumige Nationalismus, der in Europa sich in Fragen der Nationalität, Minorität und Irredenta erschöpfte, führte schon um 1890, als der Aufmarsch der Großmächte zur entscheidenden Auseinandersetzung begann, nur noch ein Scheindasein. Die Franzosen, die gerade noch mit Gebietsbefreiung und Völkerbeglückung die geistige Kriegsführung von 1914 bis 1918 zu bestreiten versucht hatten, sehen sich genötigt, in Genf ein „Paneuropa" zu predigen, und verkauften sich und ihre Schutzbefohlenen dem mechanischen Internationalismus. Wenn die Deutschen das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, das vom Westen her verkündet war, in Anspruch nahmen, dann glaubten die „Siegermächte" die Allgemeingültigkeit dieses Rechtes wieder abstreiten zu können (so wie heute Churchill ja ausdrücklich die Versprechungen der Atlantikerklärung als für Deutsche nicht gültig erklärt hat). So blieb der Westen dem verkündeten Nationalismus nicht treu. Wenn ein Zwergstamm ein altes Reich ungestraft sprengen konnte, indem

er sich nur zum „Volk" erklärte, dann meinten ihrerseits am Ende auch die Deutschen, der Volksbegriff könne nicht allgemein sein, sondern müsse wieder wie an seinem Anfang nur auf sie selbst bezogen werden. Der Nationalismus der anderen kam bei jedem europäischen Volk in Mißkredit. Wenn man von der Überwindung des Nationalismus als europäische Notwendigkeit sprach, meinte man meist den Nationalismus der anderen.

Zwei Erkenntnisse ergaben sich aus der Geschichte der 150 Jahre von 1790 bis 1940: Der Nationalismus war eine wesentliche Triebkraft der europäischen Geschichte geworden, und der ungezügelte Nationalismus drohte jedes gemeineuropäische System zu sprengen. Die Fehler in den Versuchen europäischer Zusammenarbeit seit 1940 ergeben sich daraus, daß nur die eine oder nur die andere dieser Erkenntnisse gesehen werden, daß der innere Zusammenhang von Freiheit und Ordnung, dieser Grundzusammenhang allen politischen Lebens, nicht gesehen wird.

Der Nationalismus des 19. Jahrhunderts ging in Frankreich von der Gleichheitslehre aus und verfiel ihr in Deutschland wenigstens nachträglich. Im schillernden Durcheinander der Begriffe setzte er Volk und Nation immer wieder gleich Masse. Er verband sich mit der liberalen Bewegung des Bürgertums und überlagerte die von ihr beherrschten politischen Kräfte der Arbeiterschaft im Westen, des Bauerntums im Osten Europas. Er glaubte, sich gegen Führung und Ordnung im Zusammenleben der Völker wenden zu müssen, und sprengte alte Reiche auseinander. Er genügt nicht.

Noch weniger genügt seine Ablehnung. Die Völker Europas wissen heute, wer sie sind. Sie lassen sich von keiner Überredung zur Selbstaufgabe bringen. Wer sie vernichten will, müßte Mann für Mann bis zu dem letzten, der dann immer noch die Fahne seines Volkes hochhält, vernichten. Europa geht unter, wenn es nicht auf seine Völker gegründet wird.

Es ist oft gesagt worden, der Nationalsozialismus habe den völkischen Gedanken verraten, als im März 1939 seine Regimenter nach Prag marschierten. Das Gegenteil ist richtig. Der Nationalsozialismus hat damals den allein möglichen europäischen Nationalismus, den geschichtlichen, gegen den doktrinären und damit anarchischen gesetzt.

Der deutsche Volksbegriff ist ursprünglich nicht egalitär, doktrinär, ungeschichtlich gewesen. Er ist viel zu sehr aus der Erfahrung des um sein Leben kämpfenden Volkes geboren worden, als daß er den Anspruch einer allgemeingültigen Theorie hätte aufstellen wollen. Ein Mann wie *Ernst Moritz Arndt* hat sehr klar um den Zusammenhang von Ordnung und Freiheit, von Lebensrecht und Macht, von naturgegebener und naturbestimmter Eigenheit und Pflicht zu geschichtlicher Bewährung gewußt. Auch in den anderen Völkern ist das Wissen um ihr geschichtliches Dasein als Grundlage des bewußten Nationalismus nicht als doktrinärer Anspruch entstanden, sondern als funktionelle Waffe im eigenen Selbstbehauptungskampf. Wenn der liberale Nationalismus den Völkern ihr Selbstbewußtsein entriß und es zu einem doktrinären Sprengstoff gegen die europäische Ordnung umformte, dann trifft die völkische Idee keine Schuld. Die echte völkische Idee weiß, daß jedes Volk Europas eigener Art ist, damit auch seinen eigenen Platz im Ganzen haben muß. Die Völker selbst gäben dieselbe Antwort, wenn man sie unmittelbar und ohne Umweg über ihre überfremdeten Doktrinäre fragen würde.

Der liberale Nationalismus will nur die eigene Nation, damit die Vernichtung der europäischen Lebenswelt, in der allein die eigene Nation weiterleben kann. Der völkische Nationalismus will Europa, damit die Garantie des Weiterlebens seines Volkes. Er will die Nation in ihrer geschichtlichen Wirklichkeit, also eingeordnet an ihrem Platz in die europäische Lebensgemeinschaft. Der echte tschechische Nationalist kann sich Böhmen nur in der Lebensordnung des Reiches vorstellen, er will das Reich, weil er das Leben seines Volkes will. Der doktrinär-liberale „Patriot" verkauft die Zukunft seines Volkes den Frem-

den aus kleinem Ressentiment gegen die große Ordnung, in der allein sein Volk leben kann. Der doktrinär-liberale „Patriot" Frankreichs stiert auf alte Grenzlinien und mordet Volksgenossen um längst vergangener Fragen willen. Der echte französische Nationalist findet die Sicherheit für die Zukunft seines Volkes im Frieden an der Ostgrenze und den großen gemeinsamen Aufgaben der europäischen Zukunft. Der anarchistische Nationalist, der sich gern „Patriot" nennt, schickt die Söhne seines Landes in das Maschinengewehrfeuer der Ordnungsmacht und läßt sie morgen durch die Fremden, deren Interessen sie gedient haben, schmählich verraten. Der echte Nationalist kämpft um den Frieden für seine Heimat.

Es kommt darauf an, daß der Nationalismus der europäischen Völker erkennt, auf welche Seite er in diesem Kriege gehört. Er gehört zu Europa und nicht zu Welten, die in Volk oder Nation nur Phantastereien oder Betrug sehen. Er kann seinem Volke nur dienen, wenn er Europa dient. Dieses Gesetz gilt für die großen Völker Europas ebenso wie für die kleinen, für die „Nationen" ebenso wie für die „Völker". Es gilt zuerst für die beiden großen Völker, die sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert, während riesige Gefahren für beide am Himmel standen, die Führung Europas streitig machten, für Deutsche und Franzosen. *Sicherheit gegen das Reich gibt es in Europa nicht, nur Sicherheit mit dem Reich.* Der europäische Nationalismus darf nicht vernichtet, sondern er muß „aufgehoben" werden, er muß als Grundkraft unseres Erdteils bleiben, indem er eingeht in die europäische Ordnung.

Im Zeitalter des Hochkapitalismus war der liberale Nationalismus in wirtschaftlichen Dingen besonders empfindlich. Die Staatengebilde des Versailler Systems verschanzten sich hinter Hochschutzwällen und bemühten sich, nach dem Muster der britischen Industriegesellschaft ein eigenes Industrie- und Kommerzsystem en miniature zu errichten. So wie jede Hauptstadt ihr „Ritz" und ihr „Bristol" hatte, so wollte jeder Kleinstaat eine wirtschaftliche Eigenmachtstellung wie die Englands.

Das Gegenmittel gegen den selbstmörderischen Irrsinn der kleinstaatlichen Autarkiebemühungen schien nur ein radikaler Abbau aller Wirtschaftsschranken zu sein. Die Forderung nach Großwirtschaftsräumen erhob sich und wurde oft so begriffen, daß in ihnen nun endlich die Eigensüchte der Nationen vernichtet werden sollten. Eine zentrale Planung sollte nach Gesichtspunkten wirtschaftlicher Rationalität ohne Rücksicht auf nationale Ansprüche Arbeit und Reichtümer des Gesamtgebiets einsetzen.

Gegen diese Forderung hatten die Kleinen Bedenken. Sie fügten sich notgedrungen, aber murrend. Sie nutzten jede Gelegenheit zur Sicherung eigener Stellungen in dem werdenden großen Gebilde. Am Ende bekamen auch die Großen selbst Sorge und fragten nach den Rücksichten auf ihre strategischen und sozialen Notwendigkeiten in der zentral geplanten, arbeitsteiligen Großraumwirtschaft, die auf dem Programm stand.

Große und Kleine hätten allerdings Grund zur Sorge, nähme man einmal an, die Pläne der Feinde Europas würden Wirklichkeit. In ihnen hebt man den Nationalismus nicht auf, sondern man vernichtet ihn. Dort ordnet man nicht die europäischen Nationalwirtschaften, sondern man zerschlägt sie zugunsten eines mechanischen Systems. Erst wenn die Friedenspläne der Konferenzen, die in den Vereinigten Staaten einander ablösen, einmal Wirklichkeit werden könnten, müßte der europäische Wirtschaftsnationalismus einsehen, welche Freiheit ihm selbst noch die Kriegswirtschaft des Reiches gelassen hat.

Nur eine europäische Zusammenarbeit gibt *den nationalen* Wirtschaften Europas ihre Möglichkeit. Ohne sie verkümmern sie entweder in kleiner Enge, oder sie werden zerschlagen in den doktrinären Planungen der europafremden Weltorganisatoren. Die europäische Ordnung ist umgekehrt nur möglich ohne das Prinzip der Ausbeutung einer Volkswirtschaft durch die andere. Sie muß die Gesundheit und selbständige Kraft ihrer Glieder wollen, um selbst leben

zu können, so wie ein Staat auf die wirtschaftliche Eigenständigkeit und Kraft seiner Landschaften und Städte angewiesen ist.

In dieser Pause der Besinnung muß sich also Europa darauf besinnen, daß es politisch, geistig und wirtschaftlich ohne den Nationalismus seiner Völker nicht leben kann, daß aber dieser Nationalismus aufgehoben sein muß in der größeren Einheit der um die Mitte des Erdteils geordneten Lebensgemeinschaft. Was die Predigt der Deutschen nicht vermochte, was der Zwang des Krieges oder menschliche Schwäche verschleierte, was starre Blindheit nicht sehen wollte, wird vielleicht sichtbar werden, wenn die fremden Okkupationsheere Politik und Geist und Wirtschaft der durch sie von der Mitte abgerissenen Völker zerstören.

Die zweite Grunderkenntnis in der Pause der Besinnung gilt der Unausweichlichkeit einer sozialen Neuordnung. Es hat noch 1939 und 1940 zahlreiche bürgerliche Kreise bis weit in die gut bezahlte Facharbeiterschaft in vielen Ländern Europas gegeben, die glaubten, die lästige Störung des Krieges werde bald vorüberziehen und danach könne die alte Welt so weiterleben wie vor dem Kriege. In England selbst, das als Vormacht dieser bürgerlichen Welt galt, zerbrach die Illusion von der Wiederkehr des Paradieses bald nach Dünkirchen, spätestens im Winter 1940/41, als unter der Wirkung der deutschen Luftangriffe das soziale Gefüge der Insel auf die Probe gestellt wurde und als klar wurde, daß die Männer und Frauen, die im Luftkrieg kämpften, nach dem Kriege ihre Forderungen stellen würden. Jahr um Jahr verging, ohne daß die erhoffte Wiederkehr des Alten eintrat. Als schließlich die fremden Heere wieder landeten, stützten sie sich nicht auf die Bürger, die für ihren Sieg nur gebetet hatten, sondern auf die bewaffnete Unterwelt, die sich die einmal gewonnenen Waffen nicht gutwillig wieder aus den Händen nehmen ließ. Die Erschießung von *Pucheu* in Nordafrika war ein klares Signal dessen, was kommen sollte. Bürgerkrieg im Südosten, in Frankreich, Italien zerstört die Hoffnung auf die Wiederkehr des Vergangenen. In England wird *Winston Churchill* immer lauter bescheinigt, er dürfe zwar den Krieg führen, aber nicht mehr die innere Neuordnung im Frieden in die Hand nehmen. Länder, die nicht bereit waren, mit sozialistischer Härte in den Alltag ihrer Bürger einzugreifen, erlagen dem Ansturm der Gegner. Die großen Massenwanderungen des Krieges, der Luftkrieg, die Blutopfer der Familien, die Kriegssteuern, die Warenverknappung haben eine Umwertung und Umschichtung der Vermögen und der Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten eingeleitet, die sich in einem sozialen Umschwung auswirken muß. 1940 war der Krieg wie ein schnelles Gewitter über die alte Welt gejagt, die sich nach ihm wieder aufzurichten versuchte. Inzwischen hat er vier Jahre schwer und formend gelastet. Wenn sein Druck verschwindet, steht keiner wieder so auf, wie er vordem war.

Der altgewordene Kapitalismus ist ideenarm und weiß über dürftiges Flickwerk einzelner Sozialreformen hinaus nicht, wie er den Ruf nach Neuem auffangen soll. Aus der völligen Ideenarmut der Feinde Europas im Westen erklärt sich, daß die Ratlosigkeit nach dem Gedankengut des Bundesgenossen im Osten greift. Selbst in den Inseln der bürgerlichen Hoffnungen, die sich an einigen isolierten Punkten der Welt gehalten haben, wird die Beschäftigung mit sowjetischen Gedanken und Experimenten Mode. Die Sowjetunion hat gezeigt, daß sie mit den ihr eigenen Mitteln eine schlagkräftige Wehrwirtschaft aufbauen kann, also bewundert sie der Bürger, der das mit seinen Mitteln nicht konnte. Die nächste Frage wird dann lauten: Da wir doch die alte Welt nicht wiederherstellen können, da wir doch ein paar Schritte zum Sozialismus gehen müssen, — wäre es dann nicht das beste, wir gingen gleich den ganzen Weg? Mit Sozialismus ist dabei nicht die brüderliche Gemeinschaft und kameradschaftliche Geschlossenheit gemeint, die man darunter verstehen kann, noch weniger eine sozialdemokratische Sozialreform, sondern ein autoritärer Einsatz des gesamten Wirtschaftsapparates, das heißt am Ende aller Arbeitskraft, für

die von einer kleinen Führungsschicht befohlenen Zwecke. Wenn man schon nicht den Reichtum besitzt, den man Amerika nachsagt — und man besitzt ihn nicht —, dann glaubt man, sich in der Welt nur mit sowjetischen Methoden behaupten zu können. Der Reaktionär von gestern wird zum Bolschewisten von heute.

Hier wirkt im Sozialen die gleiche geschichtsferne Haltung wie im Nationalen. Man kennt Rußland nicht und glaubt, die kolonialen Möglichkeiten Sowjetrußlands, die allein die Wirtschaftskraft der Sowjetunion ermöglichten, in dem komplizierten Apparat einer kleinräumigen europäischen Volkswirtschaft herstellen zu können. Wenn man schon nicht individualistischer Farmer bleiben kann, dann will man Manager eines großen Kolchosbetriebes werden. Wenn man schon nicht die eigene Uhrenfabrik weiterführen darf, dann sehnt man sich nach einem Direktorenposten in einem Kombinat, das allerdings für die Augen eines Mannes aus dem Kusnezkgebiet ebenso lächerlich winzige Ausmaße haben dürfte wie ein französischer Handwerksbetrieb für einen amerikanischen Eisenbahnkönig. Der bürgerliche Bolschewismus der Verzweiflung bringt die echten Kapitalisten ebenso wie die echten Bolschewisten nur zum Lachen. Es gibt nur eine Antwort auf ihn: Sein Wille zur Selbstaufgabe wird zur Kenntnis genommen. Nach der Kapitulation werden dann die kolonialen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß ein bolschewistischer Apparat erfolgversprechend arbeiten kann.

Das aber bedeutet die Vernichtung Europas. *Das Eigentum und die selbstverantwortliche Arbeit sind die Grundpfeiler der europäischen Gesittung gewesen.* So sehr sich die Völker untereinander bekämpften, so sehr waren ihnen doch bestimmte Grundformen des sozialen Lebens gemeinsam: die mit Vermögen begabte Familie und die Arbeit als freudiges Tun eigener Berufswahl sind Wirklichkeit oder mindestens Wunschbild beim finnischen Bauern und beim italienischen Arbeiter, beim niederländischen Kaufmann und beim griechischen Seefahrer. Wer diese Grundpfeiler aufgibt, gibt Europa auf. Er trägt bei zur Versteppung des sozialen Lebens.

Sowenig wie der echte Nationalismus vernichtet werden darf, sowenig dürfen die bürgerlichen Tugenden verlorengehen. Was die bürgerliche Welt zu ihren großen Leistungen, zu Erfindung und Entdeckung, zu Aufbau und Durchformung, zu Verdienst und Erfolg befähigte, ist nicht abzulehnen, sondern „aufzuheben". So wie der nationale Gedanke des 19. Jahrhunderts nicht verschwinden darf, sondern eingehen muß in das neue Europa, so darf auch die Sittlichkeit der europäischen Bauern und Arbeiter, Industriellen und Kaufleute, Beamten und Geistesarbeiter, die im 19. Jahrhundert die große Industriegesellschaft und ihre Auswirkung über die ganze Erde aufbauen konnte, nicht untergehen. Sie kann nur bewahrt werden in einer neuen Sozialordnung, die bei aller Vielfalt der europäischen Völker die Grundidee eines nationalen Sozialismus festhält. Wenn diese Sittlichkeit, die Keimzelle der Größe Europas in der Welt, starr an ihren liberal-kapitalistischen Überzeugungen festhält, verkommt sie allmählich oder geht sie im Sturm des äußeren Angriffs unter. Wenn sie glaubt, sich mit bolschewistischen Methoden wehren zu müsssen, und meint, den Bolschewismus dann von sich aus durchdringen zu können, vernichtet sie sich selbst in einem lächerlichen und kleinen Abklatsch der kolonialen Chancen Rußlands. Sie kann nur bestehen bleiben, wenn sie ihren eigenen Weg, den europäischen, den nationalsozialistischen Weg geht, nicht den Weg ins Maquis und die Sabotage, die Zwangsvollstreckung und die Staatsfabrik, sondern den Weg zur verpflichteten Wirtschaft.

Der Nationalsozialismus lehnt jede Romantik ab und bekennt sich zur Technik. Aber er will die Technik nicht zum Herrn, sondern zum Diener der Menschen machen. Der Nationalsozialismus nimmt seine Fabriken in Pflicht und erhält doch die Unternehmerinitiative. Der Nationalsozialismus will sein Bauerntum nicht zu einem individualistischen Marktfarmertum verwildern lassen, es aber

auch nicht in der Kolchose vernichten, sondern es auf freien Höfen als Lebensträger völkischen Erbes und völkischer Verpflichtung aufbauen. Er glaubt nicht nur, sondern er weiß es, daß ein freiwilliger Soldat besser kämpft als ein gezwungener, daß ein freier Arbeiter besser arbeitet als ein versklavter. Er will seine Volksordnung auf die Ehre und die Sittlichkeit, den Leistungstrieb und die innere Bindung hochwertiger Menschen aufbauen und nicht auf die menschenverachtenden Berechnungen des Antreibers. Er ruft die Dienstpflichtigen auf und zieht die Verpflichteten ein, aber er entläßt sie auch wieder nach Ableistung ihres Dienstes. In den kommenden Jahrhunderten der großen interkontinentalen Kraftproben kann Europa sich nur halten, wenn es nicht nur in bourgeoiser Müdigkeit verweichlicht und nicht in bürokratischer Menschenverachtung vergewaltigt wird, sondern wenn seine schöpferischen Kräfte zu freudiger Leistung gelöst, dann aber auch planmäßig eingesetzt werden. Es handelt sich dabei weniger um ein Programm einzelner Maßnahmen, das von Land zu Land verschieden sein muß, als vielmehr um eine soziale Idee, um die Vorstellung einer sozialen Lebensform, die allen sozialen Schichten und allen völkischen Gruppen unseres Erdteils gleich verständlich ist. Um sie geht der Kampf.

In den letzten vier Jahren hat man den Deutschen oft vorgeworfen, daß sie keine europäische Charta verkündeten. Sie müßten ein Programm aufstellen mit konkreten Versprechungen, um Anhänger in Europa zu gewinnen. *Die Deutschen haben die Agitation mit Zukunftsmusik ihren Gegnern überlassen und die Welt über die Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, nicht mit albernen Worten betrogen. Sie haben für Europa weniger ein Programm als vielmehr eine Idee. Diese Idee ist die europäische Idee selbst, nichts anderes.* Der Mensch Europas kennt als höchsten Wert das Wesen seines Volkstums, zu dem Glaube und Sitte ebenso gehören wie das Bewußtsein der heimatlichen Landschaft, der großen Geschichte und der zukünftigen Berufung. Der europäische Nationalismus kämpft in jedem einzelnen Manne für diesen höchsten Wert. Er ist das eine Kernstück der europäischen Idee. Der Mensch Europas lebt seinen Alltag nicht unter Zwang, sondern in freiwilliger Leistung um den Lohn des Eigentums und der Familiengründung willen. Der europäische Sozialismus kämpft um die Erhaltung dieses alltäglichen Lebensgrundes. Er ist das andere Kernstück der europäischen Idee.

Die Nationalisten, die gegen Europa kämpfen, das von seiner Mitte aus gestaltet wird, kämpfen gegen sich selbst. Die Sozialisten, die dem kolonialen Ausbeuterkapitalismus oder dem kolonialen Planstaat des Ostens den Weg in unsere Heimat bahnen wollen, verraten ihre eigenen Ideale. Die Not der kommenden Jahre wird bringen müssen, was die leichtere, erste Chance der europäischen Zusammenarbeit nicht gebracht hat. Im Feuer der Erschießungskommandos, in der Härte der Enteignung und der Zwangsarbeit, in der verständnislosen Zerstörung der Bauten und der Familie wird sichtbar werden, wofür Deutschland kämpft und wofür Franzosen und Norweger, Kroaten und Letten an allen Fronten des europäischen Kriegs neben Waffengenossen aus allen Völkern sterben. Deutschland selbst wird sich in diesen schweren Monaten nicht nur seines Willens und der Notwendigkeit zu eiserner Rücksichtslosigkeit bewußt, sondern auch der eigentlichen Größe seines Auftrags, der manchmal vom Rausch des Sieges umnebelt schien. Wo seine Soldaten nicht mehr überall in Europa stehen, weiß es um so eher, daß es mit seinem Kampf um die eigene Selbstbehauptung um das Fortbestehen Europas kämpft. Männer aller europäischen Sprachen arbeiten in seinen Fabriken und an seiner Erde, kämpfen und sterben neben seinen Söhnen in der Schlacht oder erleiden den einsamen Opfertod für ihre europäische Gesinnung durch die Kugel des Mörders oder des Henkers. *Arbeit, Kampf und Tod in der europäischen Gemeinsamkeit von heute sind die Garantien dafür, daß morgen endgültig alle Männer Europas, die ihr eigenes Volk lieben und in sozialistischer Bereitschaft das Neue bauen wollen, zu uns gehören werden.*

Ideologie und Außenpolitik der USA.

Von Ingeborg Richarz-Simons

Ende März dieses Jahres hat Staatssekretär *Cordell Hull* sich veranlaßt gesehen, nachdem *Churchill* im englischen Unterhaus die Atlantik-Charta preisgegeben hatte, eine Erklärung über die Ziele und Zwecke der nordamerikanischen Außenpolitik abzugeben, in der er versucht hat, darzulegen, daß die USA. immer noch an ihr festhalten. Damit hat er die Aufmerksamkeit wieder auf die merkwürdige Neigung der Nordamerikaner zu moralistischen Argumenten, zu Ideologien gelenkt. Diese Neigung könnte ihr Privatvergnügen bleiben, wäre sie nicht auch auf das Gebiet der Außenpolitik übertragen worden und hätte dort viel Unheil angerichtet. Denn die Nordamerikaner haben es verstanden, in Menschen aller Länder und Rassen die Vorstellung zu erwecken, als hätten sie eine „neue Welt" geschaffen, in der nicht nur für den einzelnen, sondern auch für das Leben der Staaten untereinander neue, bessere und gerechtere Gesetze aufgestellt und verwirklicht worden seien. Die wirkliche Geschichte der USA. aber ist ein Beweis dafür, daß die USA. sich niemals selber durch die Prinzipien gebunden gefühlt haben, die sie als „amerikanische Ideale" proklamieren.

Die Nordamerikaner fassen diese Ideale vorzugsweise in die Worte ihrer Unabhängigkeitserklärung, daß alle Menschen gleich geschaffen seien und die gleichen unveräußerlichen Rechte besäßen, darunter Leben, Freiheit und Streben nach Glück. Diese Vorstellungen wurden auch kurzerhand in die Außenpolitik übertragen: alle Staaten sind gleich, jedes Volk hat das unveräußerliche Recht, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Die Politik soll dem Recht, die Außenpolitik dem Völkerrecht untergeordnet werden. Die nordamerikanische Einstellung zur Politik ist gewissermaßen juristisch-moralisch von Anbeginn an, getreu jener Forderung der Verfassung von Massachusetts: Government of laws and not of men. In der nordamerikanischen Vorstellung ist ihre Revolution auch eine Revolution gegen die politischen Doktrinen eines *Macchiavell*, durch sie soll ein neues, ein moralisches Prinzip in die Politik eingeführt werden. Aus diesem Grunde haben sie auch so wenig Verständnis für einen Mann wie *Alexander Hamilton*, in dessen Ablehnung Woodrow Wilson so weit ging, daß er sagte: „Er war ein großer Staatsmann, aber kein guter Amerikaner." Damit wiederholte er übrigens nur eine Erkenntnis, die Hamilton selbst gehabt hatte, als er in einem Brief vom 27. Februar 1802 schrieb: „Jeder Tag zeigt mir mehr und mehr, daß ich für diese amerikanische Welt nicht geschaffen worden bin." Warum aber ist Hamilton „unamerikanisch"? Weil er kein Anhänger der Ideologie ist, sondern sachlich und nüchtern, ein Realpolitiker. Er stellt offen an die Spitze seiner Überlegungen das nationale Interesse seines Landes und greift nicht, wie *Jefferson*, vom Intellektuellen her in die Politik ein. Deswegen ist er nach nordamerikanischer Anschauung ein neuer Macchiavell, der mit dem Machtgedanken rechnet und alles Moralisieren aus der Politik herausläßt.

Doch haben die Nordamerikaner stets so gehandelt, wie sie es Hamilton vorwarfen, ihre Sprache aber blieb die eines Jefferson. Die „amerikanischen Ideale" haben keinen gestaltenden Einfluß auf die nordamerikanische Außenpolitik gehabt, sondern als Deckmantel für einen seit dem Entstehen der Vereinigten Staaten ungehemmten Expansionismus gedient. Dieser „materialistische Mystizismus", wie ihn ein Kritiker der nordamerikanischen Verhältnisse nannte, hat den Nordamerikanern das Erreichen vieler weltlicher

Güter erleichtert und gleichzeitig ihre Sehnsucht nach moralischem Zweck und moralischer Rechtfertigung beruhigt.

Gründer einer neuen Welt?

Die Neigung, ihre Politik vom Religiösen, Ideologischen, Moralischen her zu begründen, ihren *Missionierungsdrang*, haben die Nordamerikaner von ihren englischen puritanischen Vorfahren geerbt. Da jeder Puritaner glaubte, das Wort Gottes selbst auslegen zu dürfen und so eine universal gültige Wahrheit zu finden, geschah es nur zu oft, daß der einzelne berechtigt zu sein glaubte, seine Wahrheit anderen aufzuzwingen und Sekten oder Vereine zu gründen, die nur diese Wahrheit anerkannten. Unduldsamkeit und Proselytenmacherei waren Kennzeichen des Puritaners. Es wäre aber ein Irrtum zu glauben, daß diejenigen, die nach Amerika auswanderten, nur von idealen Motiven geleitet wurden: neben der religiösen Freiheit suchten sie auch freies Land und wirtschaftliche Freiheit, die sie auch in weitestem Umfang besaßen in den 180 Jahren, währenddessen die englischen Kolonien in Amerika zum Mutterland gehörten.

Aber haben sie deswegen wirklich eine „neue", eine „bessere" Welt gegründet? Oder haben die ersten englischen Auswanderer, die nach Nordamerika gingen und Europa den Rücken kehrten, nicht in gewisser Weise versucht, auf dem neuen Kontinent einen Zustand zu verewigen, der ihnen durch die Entwicklung im alten gefährdet erschien? Die „Westliche Hemisphäre" stand damals wie heute in Opposition zu Europa, zu einem sich wandelnden und sich entwickelnden Europa, dem sie damals wie heute starres Festhalten an überkommenen Dogmen entgegensetzte.

Wenn die Puritaner ausgezogen waren, Freiheit zu suchen, so brachten sie jedenfalls Unterdrückung. „Das von einer biblisch-hebräischen Weltanschauung inspirierte Puritanertum"[1]) ging gegen die Eingeborenen des nordamerikanischen Kontinents mit derselben unbeschreiblichen Grausamkeit vor, wie sie kurz vorher die Engländer zur Unterjochung Irlands angewandt hatten. Ihr alttestamentarischer Haß gegen ihre Feinde, die sie kurzerhand zu Feinden Gottes machten, paßte ausgezeichnet zu den englischen Kolonisationsgesetzen, nach denen das Land nicht, wie im spanischen Kolonialreich, Eigentum des Königs und die Indianer auch seine Untertanen wurden, sondern dem zufiel, der es als Beute nahm.

Es ist beachtenswert und nachdenklich, daß Engländer und Angloamerikaner schon damals eine Politik anwandten, die ihnen später noch oft gute Dienste leistete. Sie beschränkten sich nicht auf die blutige und mitleidslose Ausrottung der Indianer in Nordamerika, sondern sie begannen mit der systematischen Diffamierung der spanischen Kolonisationspolitik in Süd- und Mittelamerika, um von ihren eigenen Methoden abzulenken. Sie haben die Auffassung propagiert, als ob Spanien in Amerika nur als Goldsucher, Kulturzerstörer und Ausrotter der Indianer aufgetreten sei. Schon die Tatsache aber, daß auf dem nordamerikanischen Kontinent die Indianer bis auf die kümmerlichen Reste in den Reservationen ausgerottet sind, während in Süd- und Mittelamerika die Urbevölkerung in großem Umfang erhalten geblieben ist, sollte stutzig machen. Engländer und Angloamerikaner haben nur eine Politik gegenüber den Indianern gekannt: Ausrottung. Sie betrachteten Amerika als eine Eroberungskolonie und deren Einwohner als ihre rechtlosen Feinde. Engländer und Angloamerikaner haben damals das Wort geprägt: „Every indian is a bad indian, only a dead indian is a good indian", dieses Wort, das sie in späteren Jahrhunderten auf die Deutschen angewendet haben. Bei dem Bestreben, dieses Postulat zu verwirklichen, machten sie keinen Unterschied zwischen Mann, Weib, Kind oder Greis, denn sie kämpften schon damals gegen das ganze Volk, nicht nur gegen ein feindliches Heer. Die

---

[1]) *H. G. Scheffauer:* Das geistige Amerika von heute. Berlin 1925.

englische Regierung setzte Kopfpreise aus für erschlagene Indianer, ein Beweis, daß es sich um eine amtliche Politik gehandelt hat, nicht um Übergriffe einzelner. Die Segnungen der Zivilisation, welche die nordamerikanische Urbevölkerung von den englischen Kolonisten, von diesen puritanischen Freiheitsfanatikern empfing, hießen Tod und Sklaverei, und die Mittel dazu Feuer- und Stahlwaffen, Branntwein, Krankheiten, Hungersnot, Gewalt und Betrug, und zwar bis in die Gegenwart hinein, denn die letzten Kriege und Strafexpeditionen der Union gegen die Indianer auf ihrem Gebiet reichen bis ins Jahr 1891[2]), und übertreffen an Grausamkeit, Blutgier und Vernichtungswillen die europäischen Kriege des 19. Jahrhunderts bei weitem.

Demokratie und kontinentale Expansion

Fanden die Puritaner in ihrer Religion die Rechtfertigung für ihre Niederlassung und Ausbreitung auf dem nordamerikanischen Kontinent, so haben spätere Generationen die Demokratie zu einem Religionsersatz gemacht, der ihre Handlungen in gleicher Weise rechtfertigte. Typisch dafür ist *Thomas Jefferson*, der bis auf den heutigen Tag für die politische Vorstellungswelt der Nordamerikaner und für das Verständnis ihrer Neigung, Machtpolitik ideologisch zu verbrämen, von ausschlaggebender Bedeutung ist. Jefferson ist der Begründer der nordamerikanischen Demokratie und des nordamerikanischen Imperialismus, und zwar ging er in völliger Verkennung und Ablehnung aller geschichtlich entstandenen Bindungen, die ja in den Vereinigten Staaten auch fehlen, in seinem politischen Denken vom einzelnen Menschen aus, der, wenn man ihn nur in Freiheit ließe, vernünftig genug sei, um ohne Führung, Autorität, Gesetz oder Zwang in Frieden und Ordnung zu leben und glücklich zu sein. Voraussetzung ist für ihn allerdings, daß dieser freie Mensch in Amerika lebt, wo es im Gegensatz zu Europa keine großen Städte, keine Industrien gab, denn nur dort konnte er gut sein und dementsprechend fähig, sich selbst zu regieren. Aus diesem ideologisch verbrämten Grund war er Expansionist: neues Land sollte auf dem amerikanischen Kontinent erworben werden, damit immer neue Farmer dorthin strömen könnten und so die wirtschaftliche Struktur seiner Demokratie erhalten bliebe[3]). Aber nicht nur aus diesem Grunde: Jefferson war auch der Vorläufer des Missionsgedankens nordamerikanischer Prägung. Wenn nur in Amerika der paradiesische Zustand des idealen, vernünftigen, demokratischen Staates, in dem alle Menschen frei sind, verwirklicht ist, so ist dieser Zustand auch eine Verpflichtung. Amerika hat eine Mission zu erfüllen, eine menschheitliche Mission. Die Vereinigten Staaten sind in Jeffersons Worten „the Worlds best hope", die beste Hoffnung der Welt. Diese Verpflichtung gegen die Menschheit, welcher sein Vaterland dient, wächst sich bei Jefferson zu einem hemmungslosen Expansionismus aus, einem wilden Imperialismus, der seine Rechtfertigung findet in der Vorstellung, als Streiter Gottes zu handeln, nicht für sich selbst zu erobern, sondern das Reich der Freiheit und Vernunft auszubreiten, zum Segen der Besiegten selbst[4]).

Aus dieser Geisteshaltung entsteht nicht nur die Anmaßung, Überheblichkeit und Verständnislosigkeit, mit denen noch heute die Vereinigten Staaten den europäischen Problemen gegenüber stehen, daraus entsteht bei Jefferson die Ablehnung der alten Welt als der Heimat der „europäischen Verbrecher", als dem Kontinent, auf dem „diese Klasse von Löwen, Tigern, Mammuts in Menschengestalt, die man Könige nennt" regieren, kurzum, die ganze Terminologie, die dann im Weltkrieg 1914/18 gegen den deutschen Kaiser und

---

[2]) Vgl. hierzu auch *G. Jentsch:* Die USA. als Gewaltstaat, ds. Ztschr. Dezember 1942.

[3]) *Ch. A. Beard:* The idea of national interest, an analytical study in american foreign policy. 1934.

[4]) Vgl. *O. Vossler:* Der Nationalgedanke von Rousseau bis Ranke.

den preußischen Militarismus und später gegen die autoritären Staaten und ihre Führer wieder hervorgeholt wurde.

Weiter entsteht aber aus diesem konstruierten Gegensatz zwischen europäischer Unterdrückung und amerikanischer Freiheit die in eine politische Doktrin gekleidete Unduldsamkeit puritanischen Ursprungs: die *Monroedoktrin.* Unter Jeffersons und *Madisons* Mitwirkung entstanden, versucht sie den ideologischen Gegensatz zwischen Europa und Amerika zu verewigen mit dem Satz: „Die Vereinigten Staaten lehnen für sich und den ganzen Kontinent ein anderes als ihr demokratisches Regierungssystem ab."

Denn die Vorstellung, daß Gerechtigkeit und Freiheit, so wie die Neue Welt sie sich glaubte erworben zu haben, überall durchgesetzt werden sollte, finden wir auch bei den übrigen „Gründervätern", den Founding Fathers, die schon den Anspruch erhoben haben, sie nicht nur innerhalb der Grenzen der ehemaligen englischen Kolonien, sondern zunächst auf dem ganzen amerikanischen Kontinent durchzusetzen. Die nordamerikanische Unabhängigkeit war ursprünglich kontinental gedacht. Aus der Zeit, da Jefferson als Gesandter in Paris weilte, (1786) stammt seine Äußerung: „Unsere Konföderation muß als das Nest betrachtet werden, von dem aus ganz Amerika, Nord und Süd, bevölkert werden soll. Wir sollten Sorge tragen, nicht zu früh auf die Spanier einen Druck auszuüben. Jene Länder können nicht in besseren Händen sein. Meine Angst ist, daß sie zu schwach sind, um sie zu halten, bis unsere Bevölkerung genügend vorgeschritten ist, um sie Stück für Stück von ihnen zu gewinnen." In dieser Beziehung war Jefferson auch mit seinem Gegner Hamilton völlig einig, der schon früh erkannt hatte „We are the embryo of a great Empire" oder, an anderer Stelle, im „Föderalisten": „Durch stetige Anhängigkeit an die Union können wir binnen kurzem hoffen, der Schiedsrichter Europas in Amerika zu werden und zu vermögen, das Schwanken der gegenseitigen europäischen Begehrlichkeiten in diesem Erdteil so zu neigen, wie unser Interesse es diktieren mag."

Das Interesse aber war räumliche Expansion. Nordamerikanische Geschichtsschreiber behaupten oft, die Geschichte ihres Landes zeige, wie man auch auf friedlichem Wege sich ausbreiten, neue Gebiete erwerben könne, daß sie ein einzigartiges Beispiel dafür sei, wie ein Land seine Grenzen durch Kaufverträge erweitert habe. Sie vergessen dabei gern, daß diese Kaufverträge durch Methoden zustande gekommen sind, die in keiner Weise ihren politischen Idealen entsprachen, sondern aus Gewaltanwendung, Betrug und Machtdrohung bestanden. Als die Vereinigten Staaten in ihrem Friedensvertrag mit England 1782 den Teil Louisianas erwarben, den Frankreich durch den Frieden von Paris 1763 an dieses Land verloren hatte, handelten sie entgegen ausdrücklichen Verpflichtungen, die sie gegenüber ihrem französischen Bundesgenossen aus dem Befreiungskrieg eingegangen waren, nämlich keinen Separatfrieden zu schließen. Außerdem betrogen sie ihn um die Früchte, die er sich von dem Krieg erhofft hatte, denn der Verlust seines amerikanischen Kolonialbesitzes an England und dessen Verbündeten, Spanien, schmerzte Frankreich tief.

Auch bei dem Kauf von Florida 1819 handelte es sich um keine friedliche Erwerbung, wenn man berücksichtigt, daß die Vereinigten Staaten von Anfang an entschlossen waren, es bis zum Kriege kommen zu lassen, wenn Spanien das begehrte Gebiet nicht „freiwillig" abtrat.

Das Vorgehen der Vereinigten Staaten gegen Mexiko, dem sie im Laufe der Jahre mehr als die Hälfte seines ursprünglichen Staatsgebietes abgenommen haben, entsprach auch in keiner Weise ihren angeblichen Vorstellungen über die Beziehungen der Nationen untereinander auf der Grundlage von Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit. Entgegen den mexikanischen Gesetzen wurden aus den USA. Siedler nach Texas entsandt, entgegen dem nordamerikanischen Neutralitätsgesetz vom Jahre 1818 wurden die revolutionären Unruhen dieser Siedler gegen Mexiko mit Waffen und „Freiwilligen" unter-

stützt. Mit einem Betrug wurde dem nordamerikanischen Kongreß 1845 die endgültige Aufnahme von Texas in die Union schmackhaft gemacht, indem nämlich Präsident *Tyler* kurzerhand behauptete, Texas gehöre zu Louisiana, sei also mit diesem schon 1803 erworben und es handele sich nur darum, ein den USA. längst gehöriges Gebiet endlich in Besitz zu nehmen. Da man aber nicht nur Texas haben wollte, sondern auch Kalifornien, provozierte man Mexiko so lange durch methods short of war, bis man sich, als die Mexikaner sich wehrten, für angegriffen erklärte. Dann nahm man ihnen in „einem der ungerechtesten Kriege einer starken Nation gegen eine schwache", wie der spätere Präsident *Grant* sagte, 1846/48 nicht nur Kalifornien, sondern auch Nevada, Utah, Arizona und Neu-Mexiko ab. Dies alles, trotzdem ein Schiedsgerichtsvertrag zwischen beiden Nationen bestand. Ebenfalls hinderte ein Schiedsgerichtsvertrag mit England die Nordamerikaner nicht, unter höchst erpresserischen Manövern dies Land zu zwingen, ihnen das Oregongebiet 1846 abzutreten.

Bei diesem ganzen Vorgehen aber handelte es sich nach nordamerikanischer Lesart nicht um das aggressive Vorgehen einer landhungrigen Macht, sondern dies war Expansion zur Sicherung der nordamerikanischen Zivilisation und des demokratisch-republikanischen Gedankens. Denn aus Jeffersons Ideologie war inzwischen — um die Mitte des vorigen Jahrhunderts — die Theorie des manifest destiny entstanden. Eine Form des politischen Idealismus, die für die Welt sehr gefährlich war, ging sie doch von der hebräischen Vorstellung aus, daß Gott mit seinem Volk besonderes vorhabe.

So war bis zum Ausbruch des Bürgerkrieges Expansion das politische Schlagwort, nicht zuletzt, weil man damals gerade so wie heute *Roosevelt* von den innerpolitischen Spannungen durch außenpolitische Abenteuer ablenken wollte. Expansionisten wie *Polk* und *Buchanan* waren Präsidenten, die Annexion Yucatans, Nicaraguas, ganz Mexikos, Kubas, Santo Domingos, Kanadas, wurde geplant, gewünscht, erstrebt, versucht. Die Tatsache, daß zwischen 1844 und 1860 das Staatsgebiet der Vereinigten Staaten sich um 50% vergrößert hatte, genügte noch nicht, doch kam es erst nach dem Bürgerkrieg zu einer neuen Gebietserwerbung, nämlich dem Kauf Alaskas von Rußland 1867.

Alle Gebietserwerbungen aber wurden gemacht ohne Rücksicht auf die Tatsache, daß die Gebiete, die man erwarb, ja nicht unbewohntes, herrenloses Land waren, sondern daß sie im tatsächlichen Besitz der indianischen Urbevölkerung waren. Die Verträge mit den einzelnen Indianerstämmen wurden nur zu deren Nachteil geschlossen und auch dann wieder gebrochen, die Indianerkriege aber im vergangenen Jahrhundert mit derselben Grausamkeit und demselben Haß geführt wie während der Kolonialzeit.

Diese Form des Krieges, in dem Unmenschlichkeiten aller Art auch gegen das, was man heute die Zivilbevölkerung nennen würde, ausgeübt wurden, in dem man Dörfer, Wohnstätten und Vorräte systematisch vernichtete, diese ganze Kriegführung wurde übrigens auch im nordamerikanischen Sezessionskrieg angewandt, der ja nicht zu Unrecht, da er sich außerdem auch noch der wirtschaftlichen Kriegführung bediente, als ein Vorläufer des modernen totalen Krieges bezeichnet worden ist.

Moral und Weltherrschaftsanspruch

„Gegen diese wohlüberlegte Heimsuchung unschuldiger Nichtkämpfender mit Leiden, gegen solche Zuflucht zu Mitteln, die die Stimme der menschlichen Zivilisation verdammt, gegen die grausame Verwendung von Feuer und Hunger, um auf unsichere Weise mittelbar zu erreichen, was der militärische Arm unmittelbar zu erzielen anscheinend machtlos ist, ist der Präsident gezwungen, im Namen des amerikanischen Volkes und der gemeinsamen Menschlichkeit zu protestieren." Dieser Satz stammt nicht etwa aus einem Dokument, das die modernen Waffen der Hungerblockade und des Luftkrieges

noch etwa die eben geschilderten nordamerikanischen Kriegsmethoden der Vergangenheit verurteilt. Dieser Satz steht in einer der zahlreichen Noten von Staatssekretär *Sherman* an die spanische Regierung und diente als Begründung für die nordamerikanische Einmischung in die Verhältnisse auf Kuba, das Ende des vorigen Jahrhunderts noch spanische Kolonie war.

Es ist etwas verblüffend, daß ausgerechnet die „unmenschliche Kriegführung" der Spanier in Kuba diesen Vorwand liefern muß, im übrigen ist es interessant, daß die neue, imperialistische Epoche der nordamerikanischen Geschichte auch von neuen Schlagwörtern begleitet wird.

Diese neue Epoche wird eingeleitet durch Präsident *McKinley*, dessen Staatssekretär Sherman war. Ihm gebührt die Ehre, auch ein neues Element in die Ideologie eingeführt zu haben. Nach seinem Biograph *Ch. S. Olcott* war McKinley der erste nordamerikanische Präsident, der erkannte, daß die USA., nun eine starke Nation, „die Pflicht hätten, die Gebrechlichkeiten der Schwachen auf sich zu nehmen"[5]). Aus dieser Vorstellung entstand auch jenes berühmte Gedicht von *Kipling* an McKinley, in dem er ihn aufforderte, die Bürde des weißen Mannes auf sich zu nehmen. Von McKinley und seinen Nachfolgern wird die nordamerikanische Außenpolitik vorzugsweise mit moralischen Pflichten und Erwägungen begründet[6]). Man spricht von jetzt an gerne im Namen der Menschheit und der Zivilisation, im Namen der Moral und der Sittlichkeit, des Friedens und der Gerechtigkeit.

Diese neue Formulierung in der außenpolitischen Phraseologie fällt zusammen mit dem Beginn der imperialistischen Ausbreitung der USA., wenn man darunter nicht so sehr die Beschaffung billiger Arbeitskräfte als vielmehr die Gewinnung neuer Rohstoffgebiete und neuer Absatzgelegenheiten versteht.

Die klassische Begründung für den Erwerb des Kolonialreiches gab Präsident McKinley in jener zwar bekannten, aber durch ihre kaum zu übertreffende Scheinheiligkeit doch immer wieder erstaunlichen Erklärung am 21. November 1899 vor einer Methodistenkonferenz, über die Gründe, die ihn zur Annektion der Philippinen bewogen hatten. Er sagte: „Die Wahrheit ist, ich wollte die Philippinen nicht haben, und als sie an uns kamen als ein Geschenk der Götter, wußte ich nicht, was ich mit ihnen anfangen sollte ... ich suchte Rat von allen Seiten ... aber bekam wenig Hilfe, ich lief im Weißen Haus Nacht um Nacht auf und ab bis Mitternacht, und ich schäme mich nicht, Ihnen, meine Herren, zu sagen, daß ich auf die Knie fiel und zum Allmächtigen Gott um Erleuchtung und Führung in mehr als einer Nacht betete. Und eines Nachts kam es zu mir auf diese Weise, ich weiß nicht wie, aber es kam: Erstens, daß wir sie nicht Spanien zurückgeben könnten, das wäre feige und ehrlos; zweitens, daß wir sie nicht an Frankreich oder Deutschland geben könnten, unseren Handelsrivalen im Orient — das wäre ein schlechtes Geschäft und zu unserem Nachteil; daß wir sie aber auch nicht sich selbst überlassen könnten, sie wären ungeeignet für Selbstregierung und sie würden bald Anarchie und Mißwirtschaft haben, schlimmer als jemals in spanischen Zeiten, so daß uns viertens nichts übrigblieb, als sie alle zu annektieren, um die Filipinos zu erziehen, emporzuheben, zu zivilisieren und zu christianisieren und durch Gottes Gnade das allerbeste zu tun, was wir ihnen als unseren Mitmenschen antun konnten, für die Christus auch gestorben ist. Und dann ging ich zu Bett und schlief ein und schlief fest."

Damit war der Krieg mit Spanien, begonnen, um Kuba die Freiheit zu bringen, auf eine für die USA. sehr vorteilhafte Weise beendigt worden: außer den Philippinen erwarben sie auch Puerto Rico und Guam, dazu einen ausschlaggebenden politischen Einfluß auf die kubanischen Angelegenheiten, der sich mit und ohne Platt-Amendment bis auf den heutigen Tag erhalten hat,

---

[5]) Zitiert nach: *Ch. Beard:* The idea of national interest, an analytical study in american foreign policy. 1934.

[6]) Vgl. bes. Kap. X bei *Beard*, a. a. O.

auch wenn Mr. *Hull* sich in der eingangs zitierten Erklärung als ein Gegner von Einflußsphären bekennt!

Auch *Theodore Roosevelt, Taft* und *Wilson* begründeten z. B. ihr Vorgehen gegenüber Mexiko, Mittelamerika und Westindien „moralisch". *Roosevelt* erklärte 1904: „Jedes Land, dessen Volk sich gut benimmt, kann mit unserer herzlichen Freundschaft rechnen. Wenn eine Nation zeigt, daß sie weiß, wie sie wirksam und anständig in sozialen Fragen zu handeln hat, wenn sie Ordnung hält und ihre Schulden bezahlt, braucht sie keine Einmischung von den Vereinigten Staaten zu fürchten. Ständiges Unrecht oder eine Unfähigkeit, die in eine allgemeine Auflösung aller Bande einer zivilisierten Gesellschaft ausartet, muß in Amerika wie anderswo zuletzt zu einer Intervention durch einen anderen zivilisierten Staat führen, und auf der westlichen Hemisphäre kann die Monroedoktrin die Vereinigten Staaten, wenn auch widerwillig, dazu veranlassen, in offenkundigen Fällen solchen Unrechts oder Unfähigkeit, eine internationale Polizeimacht auszuüben." Wilson hatte ebenfalls „moralische Gründe" für sein Abweichen von der traditionellen Politik der USA., die in der Anerkennung jeder de facto Regierung bestand, und seiner neu aufgestellten Forderung, jede Regierung müsse, um anerkannt zu werden, verfassungsmäßig an die Macht gekommen sein. Wilson wollte nach seiner eigenen Äußerung „die Südamerikaner lehren, gute Männer zu wählen".

Diese Politik, sei es die des „großen Stockes" oder die „Dollardiplomatie", lief in Wirklichkeit auf zwei Dinge hinaus: den Panamakanal strategisch zu sichern und die Ausbreitung des nordamerikanischen wirtschaftlichen Einflusses zu fördern.

Betrachtet man dieses Bestreben, die ausschließliche Vorherrschaft im karibischen Raum zu erreichen, so kann man der nordamerikanischen Darstellung nicht folgen, daß die entgegengesetzte Politik der Unverletzlichkeit und Offenen Tür in China besonderen Vorstellungen idealer Gerechtigkeit im Leben der Völker entspräche. Man muß sie vielmehr als einen Schachzug der USA. im politischen Spiel mit den übrigen Mächten betrachten, insbesondere im Gegensatz zu der Politik Großbritanniens, das sich seinerzeit im Opiumkrieg einen großen Vorsprung gesichert hatte.

*

Woodrow Wilson aber tat den entscheidenden Schritt: war bisher die nordamerikanische Ideologie in erster Linie im Zusammenhang mit der Politik auf dem amerikanischen Kontinent entwickelt worden, so war er der erste, aber nicht der letzte Präsident, der sie zum Vorwand nahm, sich in die Weltpolitik einzuschalten. Das nordamerikanische Volk wurde 1917 in den Krieg hineingeführt, „um die Grundsätze des Friedens und der Gerechtigkeit zu schützen", in Wirklichkeit aber um die nordamerikanischen Anleihen an die Alliierten zu schützen und zu sichern.

Alle die hier geschilderten Elemente der nordamerikanischen Ideologie und Außenpolitik kehren heute bei *Franklin D. Roosevelt* wieder. Die Überzeugung, im Alleinbesitz der heilbringenden Wahrheit zu sein, ist verbunden mit der Unduldsamkeit gegenüber Andersdenkenden, die aus dem Feind nicht nur den Feind, sondern gleichzeitig den moralisch Verworfenen macht. Gegen einen solchen aber ist jedes Mittel der Kriegführung zulässig. Die Methoden aus den Indianerkriegen, aus dem Sezessionskrieg, von McKinley ohne „moralische" Bedenken gegen die Freiheitskämpfer auf den Philippinen gerichtet, von Wilson ohne Hemmung zur Unterdrückung nationaler Bewegungen in Haiti und Santo Domingo angewandt, kehren heute in der Form des terroristisch geführten Luftkrieges wieder.

Immer vorhanden aber war die Vorstellung der nordamerikanischen Weltherrschaft auf moralischer Basis, das Bestreben, über das Amt eines Sittenrichters die Beherrschung der Welt zu erlangen. In ganz anderer Weise noch als Wilson strebt Roosevelt danach, besessen von der Vorstellung, daß so wie

im Altertum das Mittelmeer Zentrum der Welt war, der Atlantik es heute sei und morgen der Pazifik. Die Vereinigten Staaten, zwischen beiden liegend, halten sich für auserwählt, beide zu beherrschen, so wie sie schon den Kanal beherrschen, der beide verbindet.

In diesem Kampf liefert die Ideologie heute wie früher die Rechtfertigung für eine hemmungslose Expansion, sie ist ein Teil dieses Kampfes, eine Waffe des geistigen Krieges, nicht aber ein bildendes, formendes, ordnendes Element der Politik. Auch hier gilt das Wort von *Max Weber*: „Interessen, nicht Ideen, beherrschen unmittelbar das Handeln der Menschen. Aber die „Weltbilder", welche durch Ideen geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte."

Das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut im Jahre 1944

Von Franz Alfred Six

Das Jahr 1944 hat dem deutschen Volk in dem Bereich aller seiner Lebensformen und Lebensgebiete schwere Entscheidungen auferlegt. Alles Ungesunde, Schwache und Unbeständige versank, alles Zukunftsträchtige und Bewährte wurde durch die Last neuer Aufgaben erneut erprobt. Forderungen des Tages weckten den Willen zu ihrer Erfüllung, Funktionen wuchsen, wo sie gebraucht wurden.

Diesem Jahre hat das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut standgehalten. Es hat die Belastungen des Luftkrieges in Berlin überdauert. Es hat den größten Teil seiner Studenten und einen großen Teil seiner Mitarbeiter zum Einsatz in der Rüstungsproduktion freigegeben. Es hat trotzdem erhöhte Aufgaben übernommen und erfüllt.

I. Die Lehraufgabe

Der Lehrbetrieb verlief planmäßig. Im September und Oktober fand ein Wiederholungskursus für Kriegsversehrte statt. Zur Auslandswissenschaftlichen Fakultät zählen jetzt etwa 1000 fernimmatrikulierte Frontstudenten. Im Laufe des Jahres legten 49 Studierende die akademische Übersetzerprüfung (früher Prüfung für das sprach- und landeskundliche Zeugnis) ab, und zwar

Sprache: *Englisch*

Dr. Müllauer, Joachim W. S.

Sprache: *Amerikanisch — englisch*

Erle, Martin W. S.
Claus, Elisabeth W. S.
Däschlein, Fireda S. S.
Domagala, Ludwig S. S.
Rüsch, Friedrich W. S.

Sprache: *Französisch*

Berger, Edith W. S.
Günther, Lieselott S. S.
Marr, Gabriele S. S.
Nagel, Barbara W. S.

Sprache: *Italienisch*

Eggeling, Ursula S. S.
Krause, Gertrud W. S.
Lehmberg, Ingeborg W. S.
Taufmann, Ursula S. S.

Sprache: *Spanisch*

von Baudissin, Maria S. S.
Bergmann, Vera W. S.
Boeker, Maita-Frauke S. S.
Grape, Traud S. S.
Hilpert, Margarete W. S.
Kleinicke, Brigitte W. S.
Mehrkens, Gisela S. S.
Praetsch, Ruth S. S.

Sprache: *Schwedisch*

Rauschenberger, Elisabeth S. S.

Sprache: *Polnisch*

Osadczuk, Bohdan S. S.

Sprache: *Ungarisch*

Lübbert, Irmela S. S.

Sprache: *Rumänisch*

Sauer, Irmfried-Heinz S. S.
Turczynski, Emanuel S. S.

Sprache: *Serbisch*

Gross, Anna S. S.

Sprache: *Kroatisch*

Dörfler, Leopoldine S. S.

Sprache: *Türkisch*

Dobe, Richard W. S.
Heuer, Ilse W. S.
Meyer, Ursula W. S.
Topolov, Toma W. S.

Sprache: *Japanisch*

Ebel, Anneliese W. S.
Finlay-Freundlich, Joe W. S.
Heeger, Heinrich S. S.
Koch, Susanne S. S.
Kok, Hildegard W. S.
Schulte-Holtey, Gabriele S. S.
Wolfslast, Liesel W. S.

Sprache: *Hindi*

Zimmermann, Ruth S. S.

Sprache: *Suaheli*

Köhler, Oswin S. S.
Merkx, Jan S. S.

Sprache: *Deutsch für Ausländer*

Al Hamui, Mamun W. S.
Schlachtitz, Siegfried W. S.
Froundjian, Bedros S. S.
Leszczuk, Sosont S. S.
Merkx, Jan S. S.
Okic, Jusuf S. S.

Die Diplomdolmetscherprüfung wurde von 15 Studierenden abgelegt:

Name	Dolmetscherfach	Sachfach
1. Ursula Konopath	Englisch	Politische Geschichte
2. Helga Bönicke	Amerikanisch	Außenwirtschaft
3. Tatjana Schmid	Amerikanisch	Außenwirtschaft
4. Eva Fink	Französisch	Volkstumskunde
5. Friederike Schlesier	Französisch	Volkstumskunde
6. Christa Brandt	Italienisch	Außenpolitik
7. Ada v. d. Bussche	Italienisch	Außenpolitik
8. Ruth Halbach	Italienisch	Außenwirtschaft
9. Elfriede Leister	Italienisch	Außenwirtschaft
10. Annemarie Thieke	Italienisch	Außenwirtschaft
11. Ursula Losse	Spanisch	Außenpolitik (Auslandspresse)
12. Irene Hermann	Russisch	Außenwirtschaft
13. Gisela v. Hoffmann	Arabisch	Geopolitik
14. Gabriele van Dorp	Persisch	Außenwirtschaft
15. Anneliese Peters	Persisch	Außenwirtschaft

6 Kandidatinnen haben sich für den Dezembertermin 1944 zur Prüfung gemeldet.

Das Diplom der Auslandswissenschaften haben 22 Studierende erworben:

1. Gisela Gland: Die europäische Idee Mazzinis.
2. Christel Seitner: Der Orient im Wirtschaftskampf der Großmächte seit 1920.
3. Liselotte Dox: England und der Panamakanal.
4. Ursel Alander: Der Einfluß der dänischen Wehrfrage auf die deutsch-dänischen Beziehungen seit 1901.
5. Gerda Lasse: Der USA.-Kurzwellenfunk im Dienste der panamerikanischen Idee.
6. Willi Siegling: Die Grundsätze der Handelsvertragspolitik der Südafrikanischen Union unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-südafrikanischen Handelsbeziehungen.
7. Annemarie Horsch, geb. Vogt: Englands intellektueller Marxismus am Beispiel von Auden und Cripps.
8. Lore Mahler: Die Entwicklung der französischen Eisen- und Stahlindustrie seit dem ersten Weltkrieg.
9. Ursula Reuter: Der sozialpolitische Gehalt in den Werken Bernard Shaws.
10. Bohdan Osadczuk: Das Pressewesen der Karpathenukraine.
11. Anneliese Roos: Der englische Publizist Seton Watson und seine Stellung zu Südosteuropa.
12. Erika Schröder, Frau: Der spanische Einfluß in Kalifornien.
13. Elsbeth Clauss: Die deutsch-ungarischen Kulturbeziehungen seit 1934. (Ersatzarbeit für verbranntes Manuskript.)
14. Ingeborg Creutz: Das Wirken des Grafen Cesaro Balbo für ein neues Italien.
15. Sigrid Gogarten: Die außenpolitischen Beziehungen Rußlands zur Türkei.
16. Gerda Grothe: Das Erlebnis des Weltkrieges bei Duhamel, Montherlant und Raynal.
17. Ingeborg Gossow: Untersuchungen zur Frage des Bestehens eines großgermanischen Einheitsgedankens in Schweden zur Zeit Karl X. Gustav (1654—1660).
18. Annemarie Horstmann, geb. Krebs: Die russische Orientpolitik unter Nikolaus I. von 1825—1840.
19. Maria Orth: Die russische Außenpolitik in Europa unter Alexander III. (1881 bis 1894).
20. Hella Spahn: Die Hochschulen in der Sowjetunion.
21. Johannes Maass: Die wallonische Frage.
22. Hans-Joachim Wüstenberg: Islam und Nationalismus am Beispiel der Türkei.

4 Kandidatinnen und ein Kandidat haben sich für den Dezembertermin 1944 zur Prüfung gemeldet.

Der Promotion haben sich 10 Studierende unterzogen:

1. Hans Bäder: Das Deutschtum in Finnland im 19. und 20. Jahrhundert.
2. Mamun al Hamui: Die Anwendung des Mandatssystems.
3. Lydia Hentschel: Die Bedeutung der Bismarckschen Außenpolitik für die französische Kolonialpolitik 1878/1885.
4. Gerda Klein: Die geschichtliche Entwicklung der europäischen Kolonien in Guyana.
5. Otto Blumke: Struktur und Produktionskapazität der Landwirtschaft im sibirischen Raum.
6. Horst Jürgen Becker: Die Stresakonferenz 1935 im Rahmen der italienischen Außenpolitik.
7. Brigitte Lohmeyer: Das Deutschlandbild der Franzosen im 19. Jahrhundert.
8. Charlotte Heinrichs, Frau: Landwirtschaftliche Erzeugung und Bevölkerungsbewegung in Frankreich.
9. Kurt Loske: Rundfunkkrieg und Völkerrecht.
10. Günther Schubert: Der chinesisch-japanische Konflikt und das Problem des Kriegszustandes unter besonderer Berücksichtigung der japanischen Völkerrechtsliteratur.

Wesentliche Änderungen im Lehrplan wurden nicht mehr vorgenommen, nachdem die Erfahrungen der Vorjahre den Grundplan der Fakultät als richtig erwiesen hatten. Der Lehrkörper wurde weiter ausgebaut.

Es *habilitierten* sich in der Auslandswissenschaftlichen Fakultät:
Am 2. 3. 1944 Dr. Werner Schmidt-Pretoria, Legationssekretär im Auswärtigen Amt, für das Fach „Volks- und Landeskunde Südafrikas". Das Thema seiner Habilitationsschrift lautete: „Deutsche Wanderung nach Südafrika im 19. Jahrhundert". (Wissenschaftliche Aussprache: „Jan Smuts");
am 20. 4. 1944 Dr. Albin Eduard Andreas Beau aus Coimbra/Portugal. Das Thema seiner Habilitationsschrift lautete: „Das portugiesische Nationalbewußtsein. Bildung und Entwicklung." (Wissenschaftliche Aussprache: „Die Hauptprobleme der portugiesischen Außenpolitik");
am 8. 8. 1944 Dr. Hans Roemer. Das Thema seiner Habilitationsschrift lautete: „Südamerika zwischen USA. und Europa, 1913 und 1943." (Wissenschaftliche Aussprache: „Erdölpolitik der Vereinigten Staaten im Nahen Osten".)

Zum *Dozenten* für Volks- und Landeskunde Arabiens wurde Dr. Ernst Klingmüller ernannt. Zu *Honorarprofessoren* in der Auslandswissenschaftlichen Fakultät wurden ernannt:
Ministerialrat Dr. Karstedt aus dem Reichsarbeitsministerium und
Oberregierungsrat Dr. Scurla aus dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

Der außerplanmäßige Professor Dr. Alsdorf wurde zum außerordentlichen Professor ernannt.

Am 1. 10. 1944 wurde in der Deutschen Heimschule in Templin ein Ostasienzug unter maßgebender Mitwirkung von Mitarbeitern des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts eröffnet.

II. Die Forschungsaufgabe

Die Forschungsarbeiten des Instituts gingen planmäßig weiter. Die großen Handbücher sind fertiggestellt. An Neuerscheinungen waren zu verzeichnen:
Kleine Auslandskunde: „Ägypten". Von Ernst Klingmüller.
Schriften zur Weltpolitik: „Der Pazifik und sein Umkreis". Von Josef März.
Europa-Bibliographie: „Schweiz". Band 2, Heft 1—3.
Forschungen: „Die Führungsschichten Frankreichs von 987 bis zur Gegenwart". Von Ernst Wilhelm Eschmann.
Dokumente zur Länderkunde: „Dokumente britischer Palästina-Politik". Von Mamun al-Hamui.
Dokumente der Deutschen Politik: Band 8, Teil I und II. Band 9, Teil I und II.
Sprachenkundliche Lehr- und Wörterbücher: „Praktische Grammatik der Tamil-Sprache". Von Hermann Beythan.
Praktische Grammatik des Albanischen.
Veröffentlichungen: „Europa und die Welt". Gesammelte Beiträge.

Studien zur Auslandskunde: „Politische Wissenschaft". Herausgegeben von Gesandten Prof. Dr. F. A. Six. Band I (1943), Lieferung I—III, Band II (1944), Heft I/IV.
„Vorderasien". Herausgegeben von Prof. Dr. Gotthard Jäschke. Band 1, Lieferung I und II.
„Ostasien". Herausgegeben von Prof. Dr. Clemens Scharschmidt. Band 1, Lieferung II.
„Das britische Empire und USA." Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Heinz Pfeffer und Prof. Dr. Friedrich Schönemann. Band 2, Lieferung I und II.

III. Die kulturpolitische Aufgabe

Das Institut sammelte auftragsgemäß die kulturpolitischen Kräfte der deutschen Wissenschaft: Im April fand in Weimar eine Arbeitsbesprechung der deutschen Wissenschaftler von der Iberischen Welt statt, im Oktober in Pirna eine Arbeitsbesprechung der deutschen Ostasienwissenschaftler mit dem besonderen Ziele der Vorbereitung des Lehrplanes der ersten deutschen Japanschule in Templin.

Die wissenschaftliche Betreuung der Deutschen Wissenschaftlichen Institute im Ausland wurde dem Institut neu übertragen und sofort in Angriff genommen.

Die Internationale Arbeitsgemeinschaft für Politische Wissenschaft wurde ausgebaut. Sie hat nunmehr Verbindung mit etwa 300 maßgebenden Männern der politischen Wissenschaft in Europa.

Im Dezember hielt das Institut in zeitgemäß schlichtem Rahmen seinen Ausländerkursus in Weimar ab, der von 120 Teilnehmern aus 26 Ländern besucht wurde.

Das Institut wirkte in der Öffentlichkeit durch erhöhten Einsatz seiner Mitarbeiter mit Vorträgen, außerdem durch geschlossene Vortragsreihen.

Im Februar 1944 fand im Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut eine Vortragsreihe „Der europäische Arbeits- und Nahrungsraum" statt, in der folgende Vorträge gehalten wurden:

6. 2. 1944 Reichsbankdirektor Dr. Eicke: „Die Außenhandels- und Finanzpolitik im europäischen Bereich",
13. 2. 1944 Generalreferent Dipl.-Landwirt F. Müller: „Die europäische Ernährungswirtschaft",
20. 2. 1944 Minsterialrat Dr. Stothfang: „Der europäische Arbeitseinsatz",
27. 2. 1944 Professor Dr. Kiesewetter: „Grundfragen der wirtschaftlichen Neuordnung Europas".

Im Rahmen der „Wittheit" zu Bremen wurden unter dem Thema: „Die politischen Kräfte der außereuropäischen Welt" vom Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut aus folgende Vorträge gehalten:

14. 1. 1944 Professor Dr. Ludwig Alsdorf: „Indien",
28. 1. 1944 Professor Dr. Friedrich Schönemann: „USA.",
4. 2. 1944 Professor Dr. Otto Quelle: „Spanisch-Amerika",
11. 2. 1944 Dr. Carl-Heinz Hunsche: „Brasilien",
18. 2. 1944 Professor Dr. Karl Heinz Pfeffer: „Die britischen Dominien",
25. 2. 1944 Professor Dr. Gerhard v. Mende: „Zentralasien",
3. 3. 1944 Professor Dr. Walter Donat: „Japan",
10. 3. 1944 Professor Dr. Gotthard Jäschke: „Die politische Entwicklung der Türkei seit Beginn dieses Krieges".

Im April wurde eine Hochschulwoche in Celle veranstaltet mit folgenden Vorträgen: Gesamtthema: „Europa".

23. 4. 1944 Professor Dr. Frauendienst: „Wesen des europäischen Staatensystems",
24. 4. 1944 Professor Dr. Kiesewetter: „Grundfragen der europäischen Neuordnung",
25. 4. 1944 Professor Dr. Grewe: „Die europäische Nachkriegsordnung in den Kriegszielprogrammen unserer Gegner",
27. 4. 1944 Professor Dr. Pfeffer: „Europa und England",

28. 4. 1944 Professor Dr. Schönemann: „Europa und Amerika",
29. 4. 1944 Professor Dr. Wagner: „Idee und Mythos des Reiches".

In Linz veranstaltete das Deutsche Auslandswissenschaftliche Institut eine Vortragsreihe, die folgende Vorträge umfaßte:

28. 2. 1944 Professor Dr. K. C. von Loesch: „Die Völker Europas und die neue Ordnung",
31. 3. 1944 Professor Dr. Karl Heinz Pfeffer: „England und Europa",
28. 4. 1944 Professor Dr. B. Kiesewetter: „Grundfragen der wirtschaftlichen Neuordnung Europas",
25. 5. 1944 Professor Dr. F. Wagner: „Idee und Mythos des Reiches",
7. 7. 1944 Professor Dr. W. Frauendienst: „Wesen des europäischen Staatensystems",
10. 10. 1944 Professor Dr. W. Donat: „Europa und Ostasien",
24. 10. 1944 Professor Dr. F. Schönemann: „Europa und Amerika",
15. 1. 1944 Professor Dr. W. G. Grewe: „Europäische Nachkriegsordnung in den Kriegszielprogrammen unserer Gegner".

Einen Sondervortrag hielt am 19. Juli 1944 Exzellenz Professor Nichifor Crainic, Bukarest, über das Thema: „Rumänien und das Neue Europa".

Das Jahr 1944 hat die Richtigkeit der geistigen Grundlinie bewiesen, auf der das Institut von Anfang an seine Arbeit ausgerichtet hat. Es kommt darauf an, die Stellung des Reiches in Europa und die Stellung Europas in der Welt geistig zu begründen.

Kleine Beiträge

Collaboration?

Auf dem Hintergrunde der militärischen Ereignisse der Monate August und September 1944 stellt sich die Frage: War die europäische Collaborationsbewegung der letzten Jahre eine Angelegenheit von Hoflieferanten, Sykophanten und Kurtisanen, wie es die feindliche und neutrale Presse darstellt, oder drängten echte politische Kräfte in ihr ans Licht? Wo Könige auftreten, schlagen Wechsler, Zauberkünstler und Bänkelsänger ihre Tische und Buden auf. Um jede Macht bildet sich eine Zone des feilschenden Geschäfts, und selbst dem Wissenden fällt es oft schwer, die Grenzen zu erkennen, wo sich lebendige Politik ins Halbdunkel unterirdischen Interessenkampfes verliert. Amerika, England, Rußland wünschen ein schwaches Europa, auf dessen Schachbrett sie die Figuren nach den Plänen ihres weltpolitischen Spiels beliebig verschieben. Europa ist schwach, wenn seine Nationen untereinander verfeindet, im Inneren von Bürgerkriegen verheert sind, seine Wirtschaft von auswärtigen Krediten und Aufträgen abhängig am Boden liegt. Europa ist schwach, wenn es als unanständig gilt, von den politischen Gesetzen dieses Kontinents aus die Welt zu denken. Ob die Gegner das Ziel der politischen und wirtschaftlichen Schwächung des Kontinentes erreicht haben, wird die Zukunft lehren. Zur Zeit schicken sie sich an, die moralischen Grundlagen des europäischen Gedankens zu zerstören. Europa als politische Einheit soll dem Europäer überhaupt nicht mehr denkbar sein. Wie wird dieses Ziel erreicht? Deutschland ist es gewesen, das in den letzten Jahren an alle Länder, in denen es politisch oder militärisch auftrat, den Appell zur europäischen Zusammenarbeit richtete. Dem französischen Beispiel entsprechend wurde diese Politik mit dem Ausdruck „Collaboration" bezeichnet. Man verschiebt nun die Assoziation „Collaboration avec l'Allemand" in der Richtung „Intelligence avec l'ennemi" um ein Weniges und ruft die stärksten Reaktionen, die im ehrliebenden Staatsbürger gegen Verrat,

Kriecherei, Simonie und ähnliches schlummern, auf den Plan. Die Schweizerischen Illustrierten zeigen als Vertreter des französischen Collaborationismus Freudenmädchen und Barkeeper. In Frankreich selbst führen die vorläufigen Sieger den Begriff „nationale Unwürdigkeit" als Grundsatz des öffentlichen Rechts ein. „National unwürdig" ist nach der Verordnung vom 26. Juni 1944 aus Algier jeder Franzose, „der freiwillig in Frankreich oder im Ausland dem Deutschen Reich oder seinen Alliierten eine direkte oder indirekte Hilfe geleistet oder sich freiwillig gegen die Einheit der Nation oder gegen die Freiheit und Gleichheit der Franzosen vergangen hat". Unter die Vergehen fallen „Teilnahme an den Regierungen, die in Frankreich seit dem 16. Juni 1940 die Macht ausgeübt haben; die Leitung gewisser Dienstzweige dieser Regierungen; Leitung von Abteilungen des Kommissariats für die Judenfrage; Teilnahme an allen Einrichtungen, die sich für die Collaboration eingesetzt haben; Teilnahme an künstlerischen, wirtschaftlichen und literarischen Kundgebungen zugunsten des Feindes oder zugunsten der Collaboration oder des Racismus". Es werden Sondergerichte zur Unterdrückung der Collaboration eingesetzt, die inzwischen ihre Tätigkeit begonnen haben. Neben Todesstrafe, Zuchthaus, Ausschluß von öffentlichen Ämtern, Geldstrafen wird die besondere Strafe der „nationalen Degradierung" eingeführt, die den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedeutet und nicht weniger als fünf Jahre dauern kann. Wer in Frankreich in den letzten Jahren an ein neues Europa geglaubt und dafür gewirkt hat, ist vogelfrei. Die europäische Partei wird von ihrer Gegnerin als Partei des politischen Untermenschentums verfolgt. Zwar spielt sich in allen von den außereuropäischen Mächten besetzten Ländern heute diese Menschenjagd in ähnlicher Weise ab. Aber Frankreich hat das Verdienst, mit seinem diskriminierenden Denkvermögen die Positionen besonders scharf herausgehoben und gegeneinander abgegrenzt zu haben. In der Gesetzgebung der provisorischen Regierung wird der Trennungsstrich gezogen zwischen europäischem, die Lehre vom Erbfeind überwindendem, politischem Denken und nationalistisch-reaktionärer Ideologie, die diesmal mit den angelsächsischen und bolschewistischen Kräften eine geistespolitische Allianz eingegangen ist. Die Frage, welche Kräfte im zweiten Lager die eigentlich treibenden waren, ob der reaktionäre Nationalismus die Angelsachsen nach Frankreich zurückgeholt oder die Angelsachsen den französischen Nationalismus gegen Europa hochgetrieben haben, läßt sich hier nicht beantworten. Die Einzelheiten der Verhandlungen in London und Algier sind noch zu wenig bekannt. Die Kenntnis der mitspielenden Personen läßt aber vermuten, daß diesmal die imperialistisch gesinnten Kräfte des alten Frankreich den Westmächten gründlich ins Garn gegangen sind.

Wer sind nun die im Sinne Algiers „national Unwürdigen"? Rekrutieren sie sich in jener Zwischenschicht von Politik, Geschäft und Erotik, wo die gegnerische Darstellung sie vor allem finden möchte, oder war die „Collaboration" eine echte politische Bewegung? Zwei Tatsachen dürfen bei der Beantwortung dieser Frage nicht vergessen werden: daß in der französischen Geschichte neben dem äußersten Nationalismus auch eine echte europäische Tradition zutage tritt und daß trotz der durch Jahrhunderte gepflegten Erbfeindtheorie immer wieder Strömungen für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich aufkommen. Die politische Spekulation hat sich von Sullys „Großem Plan", von den Entwürfen eines europäischen Bundes nach dem Muster der Verfassung des „Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation" durch den Abbé de Saint-Pierre über Saint-Simon, Hugo, Lamartine, Comte, Considérant, Montégut und viele andere bis zu Aristide Briand hin, immer wieder mit der Bildung eines politisch zusammengeschlossenen Europas beschäftigt. Der französische Universalismus drängte geradezu danach, die europäischen Völker aus ihrer Eigenstaatlichkeit zu erlösen. Gewiß sollte Frankreich die Führung dieses Staatenbundes übernehmen. Der Europagedanke war ein Teil seines imperialistischen Konzeptes. Europa sollte, wie im 18. Jahrhundert geistig und unter Napolean politisch, französiert werden. Aber in dem

französischen Europagedanken war doch auch ein Element verborgen, das auf echte europäische Gemeinschaft zielte. Deutschlands Appell zur europäischen Zusammenarbeit brachte deshalb im französischen Wesen Saiten zum Klingen, die längst gestimmt waren. Der Briandisme hatte noch ein Jahrzehnt vor der französischen Niederlage gerade in den Kreisen des kleinen Bürgertums viele Anhänger. „Europa" war ein Gedanke, unter dem sich der Franzose zwar bildlich nichts vorstellen konnte, dem er aber in seinem Innern längst Wohnung gegeben hatte.

Ebenso war es mit der Forderung nach einem geistigen und politischen Zusammengehen zwischen Deutschland und Frankreich. Als Unterströmung bestand zu allen Zeiten eine nach Deutschland gerichtete Bewegung. Sie wurde von den Ressentiments und den Rachegefühlen zweier Kriege in den letzten Jahrzehnten untergepflügt. Aber wenn die Stunde ihr günstig war, brach sie immer wieder mächtig auf. Kein Wunder, daß ein wichtiger Teil der französischen Nation, auf eine endgültige Lösung des europäischen Problems vertrauend, sich 1940 Deutschland zugesellte. Die „Kollaborationisten" gehörten zur Elite der Nation: Idealisten aller Stände und Berufe, angesehene Vertreter alteingesessener Familien, Handwerker, Kaufleute, Lehrer, Professoren, die Mehrzahl der lebendigen Vertreter französischer Kunst und Literatur — das geistige Bild der Dissidenz während der vergangenen Jahre war kläglich —, Studenten und Schüler, die den tapferen Anruf der Zeit vernahmen. Hunderttausende fanden sich in den verschiedenen Gruppen zusammen. Millionen sympathisierten mit der Bewegung. Die Reaktion der Dissidenz wäre nicht so heftig, wenn sie nicht die Macht dieses Geistes spüren würde. Die Behauptung, 95 v. H. des französischen Volkes wäre gegen Deutschland und die europäische Collaborationspolitik gestanden, ist falsch. Man kann die Meinungen eines Volkes nicht zählen, höchstens vielleicht wiegen. Unbestreitbar aber stand auf europäischer Seite der geistig gewichtigere Teil und, da das Bekenntnis zum neuen Europa Überwindung alter Prinzipien und Schulmeinungen verlangte, auch die beweglicheren und intelligenteren Kräfte der Nation. Man braucht bloß die Physiognomien von de Gaulle, Giraud, Massigli, Philip, Mauriac, Duhamel und anderen Exponenten der Dissidenz der Galerie der Persönlichkeiten des collaborationistischen Frankreich gegenüberzustellen, um in dem Starren, Gelben, Galligen, Unjugendlichen der ersteren den Unterschied der politischen Weltanschauung zu erkennen. Im übrigen beweist die Dissidenz mit ihren personellen und sachlichen Maßnahmen seit Ende August, daß ihr eigentliches Wesen Restauration ist.

Welche Kräfte standen im Kampf gegen die europäische Solidarität auf ihrer Seite? Eine Antwort läßt sich nur andeutungsweise geben. Die politischen Stellungskämpfe gingen mitten durch die überkommenen Gruppen durch. Schwerpunkte des Widerstandes lagen rechts bei den Kreisen der katholischen und protestantischen Großbürgertums, bei einem Teil der höheren Beamtenschaft und des Militärs, bei den wissenschaftlichen und literarischen Körperschaften, bei einem Teil des Lehrkörpers der Hoch- und Mittelschulen, links bei der Arbeiterschaft, soweit sie früher bereits den radikaleren Bewegungen angehört hatte, kommunistisch-sozialistisch eingestellten Intellektuellengruppen, vor allem unter der Volksschullehrerschaft und gewissen Clans der Wissenschaft und Literatur. Der Maquis, der durch die Zerreißung Frankreichs in zwei Zonen 1940 bis 1942 vorbereitet worden war, im Zuge der politischen und militärischen Entwicklung 1942 bis 1944 sich dann verstärkte, gab ein ziemlich getreues Spiegelbild dieser Gesellschaftsgruppen. Man traf dort neben arbeitsscheuem Gesindel der Großstädte, kommunistischen Totschlägern, Arbeitsdienstverweigerern, berufsmäßigen Agenten, Mönchen, Offiziere und Studenten aus den Optimatenfamilien des Landes. Manche hatte die Lust nach Verbrechen, manche der Reiz, auf diese Weise zu Sprengstoff zu kommen — wenn man schon nicht in regulären Heeren kämpfen durfte —, manche der Gedanke des vom „Erbfeind" besetzten Vaterlandes den unterirdischen Verbänden zugeführt.

Die geistigen und politischen Beweggründe der Maquisards waren so verschieden wie ihre Herkunft. Die Dissidenz war eben, wie die Resistance, nur eine im Negativen geeinte Bewegung. Selbst der Mythos der „Libération" war im tieferen Sinne kein einigendes Band. Von Charles Maurras und Paul Déroulède führt eben kein Weg zu Thorez. Dies wird sich — außerhalb der beginnenden Scharmützel zwischen den roten und weißen Banden — sehr bald in der Politik erweisen.

Es wird dann auch zutage treten, daß man dem Programm europäischer Zusammenarbeit keinen französischen Plan, sondern nur einen bolschewistischen oder angelsächsischen entgegenzusetzen hat. De Gaulles außenpolitisches Programm, mit einem mächtigen Kolonialreich im Rücken der Sowjetunion zur Beherrschung der in Kleinstaaten aufgeteilten europäischen Mitte ein Bündnis anzutragen, ist eine Illusion, solange dieses Kolonialreich samt dem Mutterlande von der amerikanisch-englischen Militärmacht besetzt ist. De Gaulle mag mit seiner Intransigenz manchen innenpolitischen Gegner aus dem Sattel geworfen haben. Er mag sich auch mit Hilfe des wiederaufgenommenen republikanischen Zahlenspiels noch eine Zeitlang an der Spitze halten. Es wird jedoch auf seinem Wege bald an eine Mauer geraten, auf der nicht mehr steht „La France seule" oder „La France d'abord", sondern in großen Lettern „Collaboration avec qui?" Die Weltmacht Frankreichs ist im Sommer 1942 in den Hotels von London, Algier, Casablanca und Dakar verspielt worden. Heute geht es deshalb nur noch um die Frage: In welchem System sind der französischen Nation die besten Möglichkeiten der Entfaltung geboten? Der tapfere Drieu La Rochelle wurde während vier Jahren nicht müde, seinen Landsleuten die Notwendigkeit der Wahl zwischen der Sowjetunion, Amerika und einem im Bunde mit Deutschland geschaffenen Europa zu predigen. Wie viele der besten Geister hat er sich zur Collaboration bekannt, als der auch französischen Lösung des deutsch-französischen Problems. Von den Schüssen, die Jean Jaurès niederstreckten, führt eine gerade Spur zu den Schüssen, unter denen heute die Collaborationisten zusammensinken. Man wird nie vergessen dürfen, daß hier vielleicht zum erstenmal in der französischen Geschichte Märtyrer fallen nicht für die Nation, sondern für das größere Vaterland — Europa. Im Angesicht dieser schlichten Tatsache versuchen nun auch die Verbände der Résistance ihre Toten zu heroisieren und ihnen das Märtyrerkleid der nationalen Befreier umzulegen. Der Maquis hat aber seinen Kampf geführt in einer seltsamen Mischung von Verbrechen, Grausamkeit, Habgier und Rachsucht. Er hat seine Opfer nur selten nach politischen oder militärischen Gesichtspunkten ausgenutzt. Er hat vor Frauen und Kindern nicht haltgemacht. Er hat Gefangene grausam mißhandelt. Der Kampf der idealistischen Kräfte ist untergemengt unter die Verbrechen der Unterwelt. Hierin liegt die moralische Schwäche der Résistance; hieraus wird sich ihre politische ergeben.

Collaboration oder nicht: Diese Frage steht heute, wie so viele andere, unter der Entscheidung des Schwertes. Aber die Waffen werden einmal schweigen. Dann ist es vielleicht nicht wertlos, den Charakter und den Tiefengang einer großen geistespolitischen Bewegung genau zu kennen. *Karl Epting*

Quebec, Vorposten Europas in Amerika

Mitte August 1944 fand in der kanadischen Provinz Quebec die Wahl zum Provinzialparlament statt. Fast zwei Drittel der Wähler stimmten gegen die Parteien, die sich für die Kriegspolitik des Ministerpräsidenten Mackenzie King, der die kanadische Bundesregierung führt, erklärt hatten. Die liberale Partei unter dem bisherigen Ministerpräsidenten der Provinz Quebec Godbout erlitt eine vernichtende Niederlage. Eine liberale Zeitung, „L'Action Catholique", schrieb: „Das Volk der Provinz Quebec hat einen Krieg satt, der den Einberufenen und

Dienstverpflichteten Zwang auferlegt, der Milliarden an England gibt, der Einschränkungen und Rationierungen bringt."

Sieger bei der Wahl wurde der Führer der Kanada-Franzosen Duplessis, der schon 1939 Ministerpräsident Quebecs gewesen war. Damals hat man ihn mit einer Wahlkampagne, die sich die Kriegshysterie zum Nutzen machte, gerade aus dem Sattel heben können. Heute kommt er wieder. Von den 91 Sitzen im Provinzialparlament sind 46 an seine „Union Nationale" gefallen und nur 38 an die Liberalen. Er wird sicher unterstützt durch den „Bloc Populaire Canadien", der vier Abgeordnete in das Provinzialparlament entsendet und noch fanatischer als Duplessis selbst gegen die Kriegsteilnahme Kanadas ist. Die beiden Parteien verlangen gegen die Regierung von Ottawa „Autonomie für Quebec".

Diese Wahl zeigt, daß es in Nordamerika eine Gruppe gibt, die mit dem Untergang der europäischen Überlieferung in der Massenzivilisation der USA nicht einverstanden ist. Die kanadischen Franzosen wollen weder den Bolschewismus noch den Amerikanismus auf Kosten Europas unterstützen.

1922 sprach der Kardinal Erzbischof *Villeneuve* von dem Ziel eines „französisch-katholischen Staates in diesem Jahrhundert im St. Lorenztal". 1936 fielen im Provinzparlament von Quebec 76 der 90 Sitze an die „Union Nationale". Am 20. März 1939 zogen Demonstranten durch Montreal und die Stadt Quebec unter dem Rufe: „Keine fremden Kriege."

Im Oktober 1942 begründete der Abgeordnete *Maxime Raymond* die neue politische Bewegung mit dem Namen Bloc Populaire Canadien und gab ihr als Parole: „Kanada für die Kanadier, Quebec für die Quebecer."

Trotz dieser Bewegungen ist nicht nur ganz Kanada, sondern auch das französische Volkstum in Quebec in den antieuropäischen Krieg hineingezwungen worden. Als die Bundesregierung am 27. April 1942 eine Volksabstimmung über die Frage abhielt, ob sie die allgemeine Wehrpflicht zum Dienst außerhalb der Landesgrenzen einführen dürfe, erhielt sie zwar eine Ja-Mehrheit von vier Fünfteln der Stimmen im ganzen Lande, in der Provinz Quebec stimmten jedoch 72 % der Wähler mit Nein. Ein führender Minister französischen Volkstums in der Bundesregierung trat zurück. Am 21. Mai 1942 beschloß das Provinzialparlament von Quebec, die Bundesregierung zu bitten, die Überseewehrpflicht nicht einzuführen. Im Bundesparlament von Ottawa stimmten die Abgeordneten der kanadischen Franzosen geschlossen gegen Mackenzie King. In Montreal gab es Straßenunruhen. Aber das Französische Kanada wurde majorisiert.

Seit 1900 gibt es einen aktiven „nationalistischen Widerstand" gegen Kanadas Beteiligung an „Empirekriegen".

Trotz dieses Widerstandes ließen sich auch die Kanadafranzosen 1914 zunächst durch die hysterische Kriegsstimmung hinreißen. So sehr sie aber auch in der Stadt Montreal für die alliierte Sache demonstrierten, so wenig drängten sie sich doch zu den kanadischen Freiwilligentruppen, deren erste Division schon am 30. September 1914 nach Europa eingeschifft wurde. In dieser ersten Division von 30 000 Mann dienten 12 500 Männer, die noch selbst in Großbritannien geboren waren, etwa 16 000 gebürtige Kanadier englischer Volkszugehörigkeit und nur 1200 Kanadafranzosen. Zur Verstärkung dieser ersten Division und zum Ersatz der Verluste wurden zahlreiche Freiwillige benötigt. Aber Quebec hielt sich immer mehr zurück. Seine Zurückhaltung wuchs, als die Führung der kanadischen Wehrmacht die Aufstellung besonderer Einheiten mit französischer Kommandosprache hintertrieb und verzögerte, und als die angloprotestantischen Hitzköpfe ausgerechnet in der Kriegszeit in der Provinz Ontario die Schulrechte der französisch-katholischen Minderheit zu schmälern begannen. Die Franzosen fühlten, daß das Britische Weltreich doch im wesentlichen eine Angelegenheit

des englischen Volkes sei und daß auf ihre Empfindlichkeiten in keiner Weise Rücksicht genommen werde. Am 23. Juli 1915 wurde zum ersten Male eine Rekrutierungsversammlung gestört. Bis zum März 1916 hatten die Kanadafranzosen, die 40 % der wehrfähigen männlichen Bevölkerung des Landes stellten, nur 4,5 % seiner Kriegsfreiwilligen aufgebracht.

Als die kanadische Regierung die britischen Forderungen nach Waffenhilfe nicht mehr mit Hilfe der freiwilligen Meldungen erfüllen konnte, beschloß sie im Juni 1917 die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Schon damals stimmten die Abgeordneten Quebecs geschlossen gegen die Überseewehrpflicht. Aber Quebec stand im Dominium allein. Am 22. März 1918 wehrten sich in der Stadt Quebec junge Männer gegen die Einziehung und brannten die Gebäude der Bundespolizei nieder. Am Ostersonntag mußten Truppen eingesetzt werden. Anglokanadische Kavallerie aus Otronto stand den Massen gegenüber, die unter dem Absingen der Marseillaise und des frankokanadischen Nationalliedes gegen die öffentlichen Gebäude andrängten. Am 1. April wurde der Aufruhr mit Maschinengewehrfeuer erstickt. Danach trat Kirchhofsruhe ein.

Frankokanada hat auch im Herbst 1939 wieder erfahren, daß es in einem parlamentarischen Staat jederzeit überstimmt werden kann. Es hat im Sommer 1940 aufgehorcht, als aus Vichy die Stimme eines konservativ-katholischen Frankreich über den Atlantik zu erklingen schien, die es seit 1789 nicht mehr gehört hatte. Es ist aber durch die Gewalt der parlamentarischen Mehrheit auch von Vichy wieder getrennt worden. Es sieht heute, daß die Frage der Wehrpflicht für einen Krieg in Europa gar nicht mehr eine Kernfrage ist, sondern daß seine Heimat selbst durch den übermächtigen amerikanischen Bundesgenossen Englands in ihrer eigentlichen Selbständigkeit bedroht wird. Der amerikanische militärische und wirtschaftliche Imperialismus greift nach dem Lande der französischen Bauern am St.-Lorenz-Strom.

Wie die Buren erfahren auch die Kanadafranzosen in diesem Kriege, daß eine isolationistische Politik des negativen Widerstandes ihr Volkstum nicht sichern kann, sondern daß ihr europäisches Erbe nur dann gewahrt bleibt, wenn Europa siegt. Das Wahlergebnis im August 1944 zeigt, daß Französisch-Kanada trotz allen Terrors zu erwachen beginnt.

Brasilianischer Kautschuk

Das Schicksal ibero-amerikanischer Monokulturen im anglo-amerikanischen System

Überblickt man die historische Entwicklung der brasilianischen Kautschukausbeute, so muß man folgendes feststellen:

In Hinsicht auf die außerordentlich dünne Bevölkerung Amazoniens, die für den Staat Pará 0,68, für Amazonas nur 0,15 und für das Territorium Acre nur 0,22 auf den qkm ausmacht, war es eine Riesenleistung, ohne fremde Hilfe, wie Neger, die gewaltige Anzahl der Gummizapfer zu stellen, um sie auf ein Ausbeutegebiet von mehr als 1 Million qkm zu verteilen. Diese beachtliche Arbeitsleistung wurde ausschließlich von brasilianischen Kräften geleistet. *Neger* wurden zur Kautschukzapfung nie herangezogen, wohl aber wanderten etwa 20 000 Bewohner der brasilianischen Nordoststaaten, die bekanntlich unter periodisch wiederkehrender Trockenheit leiden, nach den fernen Gummiwäldern Amazoniens aus; so besonders nach den verheerenden Trockenperioden von 1877 und 1880. Von diesen Leuten kam kaum einer wieder in seine alte Heimat zurück. Starben sie nicht an Fieber, so gingen sie durch Hunger und lange schwere Entbehrungen oder vollständige Entkräftung zugrunde. Die ständige Wanderung vom eigenen Heim zu den Zapfstellen in den fernen Gummiwäldern auf Tausenden von Kilometern Entfernung artete in ein wahres Nomadenleben der Zapfer, ja der ganzen

Bevölkerung Amazoniens aus. Die Kautschukausbeute machte aus den genügsam dahinlebenden Siedlern unstete, genußsüchtige Menschen, die, von Geld- und Gewinnsucht getrieben, dem Gummi nachjagten und schließlich enttäuscht, entnervt und abgewirtschaftet in die Sammelhäfen zurückkehrten, um dort den schwer erbeuteten Gewinn in kürzester Zeit bei Spiel und Alkohol zu verlieren. Dann kam der große, durch den ostindischen Pflanzgummi verursachte Preissturz des Kautschuks. In den volkreichen Städten Pará und Manáos zeigten sich bereits die ersten großen wirtschaftlichen Zusammenbrüche. Die Handelshäuser schlossen ihre Türen, das Elend griff rasch um sich. In Scharen strömten die Zapfer aus den Wäldern in die Städte. Sie standen vor dem völligen Zusammenbruch, vor ihnen gähnte der Hunger und die Arbeitslosigkeit.

Die verheerende Auswirkung der Preislagen des Kautschuks auf die gesamte Wirtschaft Amazoniens dürfte am besten aus einer Betrachtung der Preissteigerung und endlichen Preissenkung von 1830—1940 in je zehn Jahresperioden hervorgehen. 1830 stand der Preis für die Tonne Kautschuk auf 51,7 Gold, 1840 stieg er plötzlich wieder auf 72,7, 1850 fiel er dann wieder auf 45,6, 1860 schnellte er auf 117,7, 1870 auf 125,1, 1880 erreichte er 181,9, 1890 sank er wieder auf 160,0, 1900 kam er auf 204,3, 1910 schnellte er gar auf 389,5, 1920 sank er wieder auf 252,6, dann 1930 weiter auf 101, 8 und 1940 endlich auf 30,6. In diesem Jahre war demnach der Preis des Gummis noch unter den von 1827 mit 32,3 Gold je Tonne Gummi gesunken.

Inzwischen hatten die Engländer in Malakka reiche Kautschukausbeuten aus den am Amazonas gesammelten und auf indisches Klima umgewöhnten Heveapflanzungen.

Als in Amazonien 1912—13 das Maximum an Kautschukausbeute erreicht wurde, standen in Malesien auf 500 000 ha bereits 120 Millionen Gummibäume. Deren Ausbeute ergab schon 1906 424 t, 1909 3 057 t, 1912 bereits 19 260 t, 1916 stieg sie auf 152 650 t und 1920 auf 300 000 t. Stellen wir einmal die beiden Konkurrenten einander gegenüber:

	Amazonien	Englische Pflanzungen in Indien
1906	10 283 t	424 t
1909	10 193 t	3 057 t
1912	10 756 t	19 260 t
1916	8 092 t	152 650 t
1920	6 091 t	350 000 t

Der ostindische Pflanzgummi wurde außerdem als technisch vollkommenes und einheitliches Produkt an die Gummiindustrien ausgeführt. Dagegen war der durch den Raubbau gewonnene amazonische Gummi als wenig gleichförmiges Rohprodukt stets großen Preisschwankungen, Abschreibungen und schwankenden Bewertungen unterworfen. Es fehlte der gesamten Kautschukwirtschaft Amazoniens ein einheitliches System der Zapfung, eine durchgreifende Organisation des Präparierens und eine offizielle strenge Überwachung der Zapfperioden. Es fehlte ferner an einem staatlichen Schutz des Gummibaumes gegen die pausenlose und rohe Zapfung sowie eine finanzielle Hilfe von seiten des Staates. Alle diese Fehler und Mängel zusammen mit der unaufhaltsamen englisch-indischen Konkurrenz mußten schließlich den völligen Zusammenbruch der brasilianischen Kautschukwirtschaft herbeiführen.

Die Engländer hatten zunächst selbstverständlich Interesse für die brasilianische Ausbeute bewiesen und die Kautschukausfuhr weitgehend an sich zu reißen versucht, wie sich besonders in Manáos zeigte.

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war *Pará* der einzige Ausfuhrhafen für ganz Amazonien. Die bedeutende Zufuhr von Ausfuhrgütern des großen Sammelhafens am Rio Negro, *Manáos*, ging über *Pará* nach Europa. Schon 1874 suchte sich daher Manáos vom Einfluß Parás zu befreien und begründete eigene Schifffahrtslinien mit direktem Verkehr nach Europa. Während dieses Konkurrenzkampfes beider großer Ausfuhrhäfen wurde Manáos vom englischen Bankhaus Brocklechurst in Liverpool, aus dem später die Boothline-Gesellschaft hervorging,

stark unterstützt. Mit der Steigerung der westamazonischen Kautschukausbeute stieg auch die Einfuhr vieler Waren dorthin ganz bedeutend. Die englische Red-Cross-Line-Company sandte ihre Dampfer seit 1877 von Liverpool aus ohne Aufenthalt in Pará direkt nach Manáos und übernahm dort innerhalb von sechs Jahren fast 2000 t Kautschuk. Die rasch ansteigende Gummizufuhr aus dem benachbarten Peru und den reichen südwestlichen Flußgebieten des Madeira, Purús, Juruás, Matto-Grossos und Boliviens rief andere Dampferlinien ins Leben. Diese brachten große Mengen von Kautschuk nach dem Hafen Manáos.

Der Hafen von Manáos am linken Ufer des dort 2000 m breiten und 10 m tiefen Rio Negro, 15 km von seiner Mündung in den Solimoes und 1823 km von der Amazonasmündung entfernt, ist infolge der außerordentlichen Schwankungen des Wasserspiegels von im Mittel 15 m auf schwimmenden eisernen Pontons erbaut. Die schwierige und glückliche Lösung dieses einzigartigen Hafenbaues wurde 1900 von der Firma B. von Rynskiewiecz & Co. ausgearbeitet, die 1903 ihren Baukontrakt an die Londoner Manáos-Harbour-Ltd.-Comp. weitergab. Diese führte dann die schwierigen, durch gewaltige Hochwasserperioden zeitweise unterbrochenen Hafenbauten aus. 1918 waren diese Bauten, die durch die Kautschukkrise und die Folgen des ersten Weltkrieges stark behindert waren, noch nicht vollendet. Die Rentabilität des Unternehmens sank infolge der großen Preiserniedrigung des Kautschuks von 9% (1912) auf 1% (1918) des Baukapitals. Von 1913 an begann die Gesellschaft, die vorläufigen Hafenanlagen auszuwerten.

Der amerikanische Ingenieur Farquhar baute den Hafen von Pará an der Amazonasmündung aus.

Der Hafen von Pará hatte bis 1782 nur höchst einfache Ladevorrichtungen. Erst 1906 ging die brasilianische Bundesregierung mit Farquhar einen Kontrakt zum Bau einer neuzeitlichen Hafenanlage ein. Letzterer begründete hierauf die Port of Pará-Gesellschaft mit einem Kapital von 168 Millionen Fr., wovon 94 Millionen von französischen Geldleuten gezeichnet wurden. Die Bauarbeiten wurden von der englischen Firma S. Pearson and Sons und der französischen Schneider & Creusot übernommen. Das Bauprogramm sah weit ausgedehntere Hafenanlagen mit 20 gewaltigen Lagerhäusern vor, als schließlich infolge der Kautschukkrise durchgeführt werden konnten. Der erste Weltkrieg zwang die Gesellschaft, die Vollendung der Anlagen auf spätere Zeiten zu verschieben.

Der Schiffsverkehr von Pará war stets sehr rege und stieg von 1820 bis 1900 von 60 Schiffen auf 1194 Dampfer. Von deutschen liefen 1905 100, 1909 nur mehr 66 und 1914 nur ein Schiff ein und aus. Diese auffallende Verminderung war durch die scharfe Konkurrenz der englischen Linien, besonders der Boothline und der Red-Cross-Line, beide in Liverpool beheimatet, begründet. 1902 gingen die beiden englischen Gesellschaften so weit, den deutschen Dampfern zu verbieten: 1. keine Ladung auf der Rückfahrt Amazonas—Hamburg nach englischen Häfen mitzunehmen (eine gerade für die Kautschukausfuhr von 1902 mit 16 000 t empfindliche Frachteinbuße), 2. keine Weiterfahrt von Manáos aus nach dem fernen Hafen von Iquitos zu unternehmen. Auch dieser bedeutende Gummihafen war für den deutschen Überseehandel sehr wichtig. Die englischen Linien führten damals neben 150 000 t Kohlen 200 000 t Waren nach Amazonien ein. Die deutsche Gesamteinfuhr wurde dadurch auf 43 000 t verringert. 1911 kaufte die Gesellschaft Port of Pará die 1872 gegründete englische Amazon-Steam-Navigation-Comp. mit 40 Dampfern und bildete daraus eine neue Gesellschaft unter dem Namen The-Amazon-River-Steam-Navigation-Comp. mit einem Kapital von 300 000 Pfd. St. Später rief dieselbe Gesellschaft die neue Navigation of Amazon ins Leben. Diese beiden reichen Dampfschiffahrtsgesellschaften verschmolzen später zur gegenwärtigen Amazon-River-Steam-Navigation-Comp. Diese mächtige amerikanisch-englische Gesellschaft erschwerte natürlich die schon blühende deutsche Amazonasschiffahrt wo und wie sie nur konnte.

In zunehmendem Maße schalteten sich dann aber die USA. ein.

Von der brasilianischen Kautschukausbeute kann nur die aus dem Amazonasgebiet Anspruch auf Bedeutung für die Kriegswirtschaft der USA. erheben. Die

Gesamtausfuhr des Amazonaskautschuks stand zu der des brasilianischen Nordostens im Verhältnis von 30 : 1.

Infolge des bedauerlichen, durch den Krieg bedingten Mangels an gegenwärtigen brasilianischen wirtschaftlichen Berichten aus Amazonien kann die Aussicht der Gummiausbeute durch die USA. nur nach vorliegenden Statistiken, Schriftumsnachweisen und meinen eigenen Beobachtungen auf Grund einer zweijährigen Expeditionsreise durch Nordamazonien bis zum oberen Orinoco (1927 bis 29) beurteilt werden.

Durch Ankauf und Zusammenlegung großer englischer und anderer Schiffsgesellschaften verstanden es die Nordamerikaner, sich den Verkehr auf dem Amazonas zu sichern. USA.-Konsulate und Telegraphenstationen unterbauten diese Dampferlinien. Durch Landkonzessionen gewaltiger Ausmaße, besonders im Staate Amazonas, versuchten die USA. sich auch amazonischen Boden für Kautschukpflanzungen und Holzausbeute zu sichern. Nordamerikanische Techniker, Wissenschaftler und Geldleute bereiteten eine zukünftige großzügige, wirtschaftliche Ausbeutung Amazoniens vor. Die USA. suchten sich mit allen Mitteln eigene Kautschukquellen zu sichern. Der nordamerikanische Gummiverbrauch stieg jährlich um 103 000 t. Um 1922 sank das englische Pfund Pflanzgummi auf 8½ d, in den USA. auf 15 Cents. Diese niedrige Preislage ausnützend, sicherte sich die USA.-Industrie gewaltige Lieferungen von Kautschuk aus Indien auf lange Frist. Die englische Regierung schränkte daraufhin, auf Grund des vielumstrittenen, von Stevenson ausgearbeiteten Planes, ihre gesamte Gummiproduktion auf 60 % ein und setzte zur gleichen Zeit den Preis auf 1 s 6 d fest. In Neuyork dagegen schnellte der Gummipreis bald von 15 auf 36 Cents hinauf. Ein gewaltiger Entrüstungssturm setzte in den USA. ein mit dem Hinweis, daß die nordamerikanische Industrie bisher 75 % der englischen Gummiausfuhr und 70 % der Weltproduktion verarbeitete. Die nordamerikanische Industrie erachtete deshalb ihre Gummiversorgung für höchst gefährdet und hielt es, im Falle eines weiteren Krieges, für unmöglich, sich mit genügend großen Kautschukmengen einzudecken. In dieser mißlichen Lage trachteten die USA., ihre so gefährdete Abhängigkeit von der englischen Gummiausfuhr abzuschütteln und mit allen erdenklichen Mitteln nach neuen eigenen Kautschukquellen auf der westlichen Hemisphäre zu suchen. In erster Linie kamen dabei die Philippinen, Mittel- und Südamerika in Betracht. Auf dem südamerikanischen Kontinent war natürlich Amazonien als Pflanz- und Ausbeutegebiet das nächstliegende. Die brasilianische Regierung erbot sich alsbald, einer geplanten nordamerikanischen Sonderstudienkommission nach dem Amazonas jede nur mögliche Hilfe zu leisten. Die auf dem vom Gouverneur von Pará zur Verfügung gestellten Dampfer „Andirá" durchgeführte Reise dauerte vom 16. August 1923 bis zum Juni 1924. Sie führte die Kommission von Pará über Nordwest-Bolivien zum Rio Negro, von hier aus über den Solimões und den oberen Amazonas aufwärts bis Iquitos und zur Stadt Yurimagua. Auf dem Rückweg vom oberen Huallaga wurden außerdem noch die südlichen Nebenflüsse des unteren Amazonas besucht. Anschließend daran bereiste ein Teil der Mitglieder auf einer kurzen Exkursion den Staat Bahia bis zum Rio das Contas. Als Endergebnis dieser ausgedehnten und gründlichen Forschungsreise erwies sich besonders der untere Amazonas und Xingú als aussichtsreichste Zone für Hevea-(Kautschukbaum-)anpflanzungen. Die Bahianer Exkursion fand auch den 150 km breiten südbahianischen Regenwaldgürtel der berühmten Kakaozone für gleiche Zwecke sehr günstig. Zusammenfassend überzeugten sich die Teilnehmer davon, daß das ganze Amazonasgebiet durch systematisch durchgeführte Anpflanzungen der Hevea das englisch-indische Pflanzareal noch bedeutend überragen könnte. Der Eile und Gründlichkeit der abgeschlossenen Forschung entsprechend hätte man einen baldigen Beginn der groß geplanten Heveaanpflanzungen erwarten müssen. Aber Jahre gingen darüber hinweg. Ja, selbst als ich 1927—29 als Mitglied der Rondonkommission den ganzen nördlichen Amazonas bis zum oberen Orinoco bereisen konnte, fand ich keine Spur der von den USA. geplanten Umwälzungen der Kautschukwirtschaft vor. Im Gegenteil konnte ich wahrnehmen, daß überall das ehemals so reiche Gummigebiet völlig verödet und von seiner

Bevölkerung verlassen war. In vielen Städten und Dörfern fand ich kaum einen Bewohner vor. Kein Kautschukboot war auf den zahlreichen befahrenen Flüssen anzutreffen. Die Kautschukwirtschaft hatte sich bereits auf die Ausbeute von Ölfrüchten umgestellt.

Am unteren Tapajóz hatte der Automagnat *Ford* eine bedeutende Landkonzession von über 10 000 ha mit der ausdrücklichen Bedingung, dort Hevea zu pflanzen, von Brasilien erzielt. Auf dem noch von Regenwäldern bedeckten Boden entstanden alsbald Direktions- und Wirtschaftsgebäude, breite Autostraßen verbanden die Pflanzgärten, ein botanischer und zoologischer Garten erstanden, während am Fluß große Sägereien errichtet wurden. Hier ließ Ford die massenhaft anfallenden Edel- und Farbhölzer zu Werk- und Bauhölzern, hauptsächlich aber auch zu Parketthölzern verarbeiten und auf eigenen Dampfern nach den USA. verschiffen.

Der Tapajóz verbindet als Wasserstraße den Amazonas mit dem oberen Paraguay, von dem er durch eine Landbrücke von nur wenigen hundert Metern getrennt ist. Nach einem Lauf von 1992 km mündet er bei der Stadt Santarem mit der relativ geringen Breite von 1100 m in den Amazonas. Der Zugang zu Fordlandia, der sogenannten Fordschen Konzession, unterliegt einer sehr strengen Überwachung. 1933 waren dort noch viele leitende Stellen von Deutschen besetzt. Die 1918 begonnenen Pflanzungen dürften heute, bei 500 Heveas je ha, 5 Millionen zapfbarer Bäume zählen. Brasilianische Geologen erbohrten oberhalb Fordlandia Petroleum. Da die USA. jede Petrolumschürfung auf brasilianischem Grund grundsätzlich vereitelten, könnte dieser Umstand mit der Ortswahl der Konzession zusammenhängen. Le Cointe, der ausgezeichnete Kenner Amazoniens, erwähnt in seinem dreibändigen Werke „A Amazonia Brasileira" bezeichnenderweise Fordlandia mit keinem Wort. Das war offenbar unerwünscht.

Die Nordamerikaner werden auch die gegenwärtigen zerstreuten, längs des Amazonas und seiner Nebenflüsse verteilten privaten Kautschukanpflanzungen von gewöhnlich 5000—10 000 Bäumen verwerten wollen. Bei ihrer großen Entfernung voneinander dürften die schwierigen Transportverhältnisse eine große Rolle spielen, außerdem sind viele davon nach dem üblichen Raubbausystem schon ausgebeutet und teilweise verwüstet worden.

Den USA. verbleiben schließlich die restlichen wilden Kautschukdistrikte, die vom Hauptstrom allmählich gegen den Oberlauf seiner Nebenflüsse abgedrängt wurden. Die gesamte Ausbeute verlagerte sich in den weiten Umkreis Amazoniens längs der brasilianischen Grenzen. Die wenigen ausgebeuteten Wälder liegen zwischen dem Oberlauf der südlichen und nördlichen Nebenflüsse des Amazonas. Dahin aber fehlen fahrbare Wasserstraßen. Neben den geringen Aussichten auf reiche Ausbeute kommen die langen und schwierigen Transportverhältnisse von 3000 und mehr Kilometer in Betracht, die bei der Häufigkeit der Überwindung von Wasserfällen mit großen Verlusten rechnen müssen. Die Verpflegung der Zapfer wird dadurch äußerst erschwert.

Werden sich endlich die alten eingearbeiteten Zapfer wieder herbeilassen, von neuem in diese entfernten, fiebergefährlichen und menschenleeren Waldgebiete zurückzukehren, oder wollen die Nordamerikaner vielleicht Schwarze von den Antillen, wie gewöhnlich, herbeiholen? Das dürfte dann zu ähnlichen blutigen Rassen- und Klassenkämpfen führen, wie wir sie aus der Zeit der Ausbeute des Manihotkautschuks in den Staaten Bahia und Piauhy der Jahre 1912 und 1913 kennen, wobei die Station der Pflanzungen von den siegreichen brasilianischen „Maniçoberos" völlig eingeäschert und viele Barbadosnigger getötet wurden. In den Nordstaaten hat die seit 1912 dort arbeitende brasilianische Trockenkommission neue wirtschaftliche Lebensverhältnisse geschaffen, so daß deren Bewohner nicht mehr nach dem Amazonas wandern müssen. Geschulte Gummizapfer in genügender Anzahl zu erhalten, dürfte daher für die Nordamerikaner gegenwärtig sehr schwierig sein.

Nicht viel geringere Schwierigkeiten bieten die gewaltigen Entfernungen, die zahlreichen Wasserfälle und Schnellen der Oberläufe der Flüsse, auf die immer wieder hinzuweisen ist. Wie werden die Nordamerikaner die wahrlich nicht leichte

Nahrungsversorgung der in den fernen Wäldern arbeitenden Zapfer lösen? Wie wird das heutige Amazonien diese Nahrungsmengen allein aufbringen können, oder müssen, wie damals, wieder die Südstaaten mit ihren reichen Reserven eingesetzt werden? Alle Anzeichen sprechen dafür.

Einer raschen und ergiebigen Kautschukausbeute in Amazonien, wie sie gegenwärtig die nordamerikanische Kriegsindustrie fordert, steht folglich eine Reihe schwierigster Probleme gegenüber, deren Lösung viel Zeit, Geldopfer und Schiffsraum erfordert. Übertragen wir nur 1 500 000 ha mit Hevea bepflanzter Bodenfläche der englischen Gummiwirtschaft, die von billigen Chinesen und Malayen angelegt und betreut wurden, auf Amazonien. Woher dazu die dort so teuren Arbeitskräfte, die Bedienung der schweren Maschinen nehmen, um eineinhalb Millionen Hektar amazonischer Regenwälder in technisch vorbereitete Pflanzböden zu verwandeln? Wie teuer kommt wohl das Pfund dieses Kautschuks und wann kann die wahre Ausbeute begonnen werden?

Dennoch müssen die USA. auf die schon stark ausgebeuteten Kautschukwälder Amazoniens als Gummiquellen zurückgreifen. *Philipp von Luetzelburg*

Köpfe der Weltpolitik

Lord Templewood (Sir Samuel Hoare)

„Rückschauend frage ich mich, ob ich ein schlechtes Gewissen habe oder ob mein Gewissen rein ist. In aller Bescheidenheit bekenne ich dem Hause, daß mein Gewissen rein ist. Was das Urteil anderer anbetrifft, so bin ich mir peinlichst bewußt, daß ein großer Teil der öffentlichen Meinung dem Kurse, den ich eingeschlagen habe, äußerst kritisch gegenübersteht. ... Ich bin ernstlich davon überzeugt, daß der von mir eingeschlagene Kurs der einzig mögliche war. Es kann sein, daß die große Mehrheit dieses Hauses nicht mit mir übereinstimmt. Es ist möglich, daß viele meiner besten Freunde nicht mit mir einverstanden sind. Trotzdem bin ich sicher, daß bei der Behandlung dieser schweren Fragen der einzig gangbare Weg der ist, von dessen Richtigkeit man wahrhaft überzeugt ist. Ich glaube, daß es der richtige Weg war. Ich glaube, daß in Zukunft, wenn die Gemüter weniger erregt sind als heute, zum mindesten einige meiner Freunde erkennen werden, daß ich bessere Gründe für mein Handeln hatte, als sie heute annehmen."

So sprach im englischen Unterhaus am 19. Dezember 1935 der Abgeordnete Sir Samuel Hoare in einer persönlichen Erklärung, nachdem er gerade das Amt des britischen Außenministers niedergelegt hatte. Er hatte zurücktreten müssen, weil die Anhänger des Völkerbundes auf der Linken und äußersten Rechten seine versöhnliche Außenpolitik, insbesondere die Vorschläge, durch die er im Einverständnis mit dem französischen Außenminister Laval den italienisch-abessinischen Konflikt beilegen wollte, angriffen. Er wollte den Krieg, den er kommen sah, vermeiden, denn:

„Tatsächlich gibt es nur zwei Wege zur Beendigung eines Krieges: entweder Frieden durch Verhandlung oder Frieden durch Kapitulation ... Wenn es sich um einen Frieden durch Unterwerfung handelt, bedeutet das den vollständigen Zusammenbruch des einen oder anderen Kriegführenden. Meine eigene Ansicht, und ich bekenne sie dem Hause frei, ist, daß der Krieg durch einen Verhandlungsfrieden beendigt wird. Ich glaube, daß der Friede nicht durch eine völlige Kapitulation der einen oder anderen Seite erreicht wird."

Er behauptet, wie ein Besessener für den Frieden gearbeitet zu haben:

„Solange ich dem Foreign Office angehöre, quält mich die Notwendigkeit

> zweier ernster Aufgaben. Tagaus, tagein plagt mich die dringliche Notwendigkeit, alles in meiner Macht Stehende zu tun, um einen gesamteuropäischen Brand zu verhindern. Zweitens bin ich nicht weniger von der dringenden Aufgabe erfüllt, alles in meiner Macht Stehende zu un, um einen Teilkrieg zwischen Großbritannien und Italien zu vermeiden."

Als Sir Samuel Hoare seine Rede beendet hatte, schlug er die Hände vor dem Gesicht zusammen und ging in einem Weinkrampf aus dem Sitzungssaal hinaus. Das Unterhaus verurteilte seine Politik als Entgegenkommen gegenüber Italien und stellte das Steuer auf Krieg. Von diesem Augenblick an gibt es eine Legende um den gestürzten Außenminister. Er gilt als Freund des Friedens.

Samuel Hoare weiß, daß am Ende eines europäischen Krieges der Bolschewismus triumphiert. Er veröffentlichte die Erinnerungen über seine Tätigkeit als Chef des britischen Geheimdienstes in Rußland 1916—17 und schrieb am Ende des Buches: „Das vierte Siegel":

> „Die Grundlagen der Regierung waren vernichtet worden und eine Leere geschaffen, in die die Bolschewisten als Menschen von erbarmungslosen Vorsätzen und Zielen ungehindert eintreten konnten. Der Krieg schien umsonst geführt zu sein und Millionen von Menschenleben sinnlos vergeudet. Beinahe unerhörtes Leiden war ertragen worden. Und doch kam statt eines Sieges der Bolschewismus, statt eines Endes nach Jahren voll Gefahr und Trübsal kam ein Leben, das grimmiger und tragischer war als alles, was der Krieg in seinem Verlauf mit sich gebracht hatte. Auf allen Seiten zerstörte eine erstickende, tödliche Leere die Lebenskraft von heute, so wie sie alle Hoffnung auf morgen verscheuchte."

Die Schilderung über den Einbruch des Bolschewismus schließt mit den Sätzen der Apokalypse:

> „Und ich sah, und siehe, ein fahles Pferd. Und der darauf saß, des Name hieß Tod, und die Hölle folgte ihm nach, und ihm ward Macht gegeben, zu töten das vierte Teil auf der Erde mit dem Schwert und Hunger und mit dem Tod und durch die Tiere auf Erden."

Winston Churchill hat diesen Mann, der die Verständigung mit Italien suchte, der ein Feind des Bolschewismus ist, weil er ihn kennt, als Botschafter zur Regierung des Caudillo nach Madrid geschickt. Seit Sir Samuel Hoare in Madrid war, lebte er in einer Wolke von Gerüchten. Das harmloseste dieser Gerüchte behauptete, er sei, um Eindruck auf Spanien zu machen, zum römischen Katholizismus übergetreten. (Tatsächlich hat er nur bei einem Ordensgeistlichen spanische Sprachstunden genommen, die ihm dann als geistliche Vorbereitung zum Übertritt ausgelegt wurden.) In den Wunschträumen kriegmüder Völker taucht der Name Samuel Hoares auch dann immer wieder auf, wenn er keinerlei Anlaß zu den Gerüchten über seine Friedensvermittlungsabsichten gegeben haben kann.

Samuel Hoare ist für die englische Linke ein rotes Tuch, und *Churchill* hat ihn ausdrücklich decken müssen, indem er seine besonderen Verdienste in Spanien hervorhob. Samuel Hoare selbst schildert die Grundsätze, nach denen er sich in neutralen Ländern während eines Krieges zu verhalten pflegt, in seinen russischen Erinnerungen, wo er über einen Besuch im damals noch neutralen Rumänien berichtet:

> „Allen und jedem gegenüber nahm ich dieselbe Haltung bezüglich des Krieges ein. Ich ging über die Kritik hinweg, mit der jedermann die Alliierten zu bedenken schien. Ich gab offen die vielen Fehler zu, die die Alliierten gemacht hatten, aber ich verfocht unbedingt die Ansicht, daß Großbritannien zwar immer die ersten Schlachten eines Krieges verliere, die letzten aber immer gewinne. Laute Propaganda war nicht am Platze in dieser sophistischen Gesellschaft. Um die Regierung zu überreden, sich auf die Seite der Alliierten zu stellen, hielt ich es für am besten, alles Vergangene in toleranter und losgelöster Haltung zu betrachten und dafür der Zukunft mit zynischer Sicherheit entgegenzusehen."

Er ist gewiß nicht ungeschickt und hat genügend Erfahrung mit heiklen Aufgaben. Er ist sprachbegabter als viele Engländer und spricht Russisch und Ita-

lienisch. Er ist für den britischen Geheimdienst nicht nur in Rußland, sondern auch in Italien tätig gewesen. Er war jahrelang Luftfahrtminister und von 1931 bis 1935 Indienminister. Damals hat er das schwierige Verfassungsgesetz für Indien durch die Klippen des parlamentarischen Kampfes hindurchgesteuert. Am 7. Juni 1935 wurde er Außenminister. Er schloß das deutsch-englische Flottenabkommen ab. Am 18. Dezember 1935 mußte er durch Anthony Eden ersetzt werden. Als Marineminister enthüllte er 1937 kommunistische Sabotageakte in britischen Staatswerften, als Innenminister Neville *Chamberlains* machte Hoare sich weiter bei der äußersten Linken unbeliebt. Am 24. Mai 1940 schickte Churchill ihn nach Madrid.

Samuel Hoare stammt aus einer alten englischen Bankiersfamilie. Er ist in Harrow und Oxford gewesen und hat sich seine politischen Sporen in der Londoner Gemeindeverwaltung verdient. Er hat als aktiver Minister in Tennisturnieren gespielt. Er hat sich durch Sport jung gehalten. (Er ist Jahrgang 1880).

Sir Samuel Hoare, seit dem Sommer 1944 auf Churchills Vorschlag Lord Templewood, Großbürger und Träger eines adligen Namens, Konservativer und Augenzeuge der bolschewistischen Schrecken, sollte wissen, worum es in Europa geht. Er stellte sich aber in Madrid und in London nicht etwa die Aufgabe, Europa vor dem Bolschewismus zu warnen, sondern die Harmlosigkeit des Bolschewismus nachzuweisen. Er verkündet am 20. September 1943 vor seinen Wählern im Londoner Stadtteil Chelsea:

> „Die Gefahr für Europa ist nicht russischer Einfluß, sondern die Isolierung Rußlands ... Der Kommunismus ist trotz der Behauptung seiner eigenen Propagandisten nicht eine internationale, sondern eine nationale Sache. Wir müssen Rußland in der Gemeinschaft der europäischen Völker willkommen heißen, dankbar für die großartige Hilfe der Sowjetheere, ohne Vorurteil gegen die Lehren, die wir alle aus dem russischen Experiment ziehen können."

Sir Samuel Hoare mußte seiltanzen zwischen seinem eigenen Wissen und Gewissen einerseits und zwischen den Richtlinien, die ihm sein Außenminister Eden gab, andererseits.

Am 6. Juli 1944 sagte er vor der britischen Handelskammer in Barcelona:

> ‚Eine internationale Maschinerie wird unwirksam bleiben, sofern sie nicht von einem gemeinsamen moralischen Zweck inspiriert und geleitet wird."

Er wagte in dieser Rede sogar eine leise Beschwerde darüber, „daß sich die Russen nicht entschließen, die Grundzüge ihres Friedensplanes zu Papier zu bringen".

Seine Aufgabe in Spanien jedoch war, durch konservative Tarnung den von England geduldeten Vormarsch des Bolschewismus in das Mittelmeer abzudecken.

Selbst wenn Sir Samuel Hoare seiner Einsicht folgen wollte, so kann er doch vom gegenwärtigen England aus keine andere Politik treiben. In der Unterhausdebatte, die 1935 zu seinem Sturze führte, machte sich ein liberaler Abgeordneter über die englische Politik lustig, die der Gewalt nicht widerstehen könne und sich deshalb mit einigen frommen Reden doch beugen müsse. Er zitierte die Szene aus Shakespeares König Richard II., in der der schwache Herzog von York seine Pflicht verrät und die Dinge treiben läßt:

> „Gut, gut, ich sehe dieser Waffe Ziel.
> Ich kanns nicht ändern, wie ich muß bekennen,
> denn meine Macht ist schwach und nicht in Ordnung.
> Doch könnt ich es, bei dem, der mich erschaffen,
> ich nähme Euch alle fest und zwänge Euch,
> des Königs hoher Gnade Euch zu beugen.
> Doch da ich's nicht vermag, so sei Euch kund:
> Ich nehme nicht Partei."

Lord Templewood wurde aus seiner Rolle des Herzogs von York im Oktober 1944 abberufen.

Bücher des Monats

Das Jahrbuch der Weltpolitik 1944

Die wichtigste Veröffentlichung des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institutes, das *Jahrbuch der Weltpolitik*, das von Jahr zu Jahr stärker zum unentbehrlichen Hilfsmittel für den politisch Interessierten wird, ist in seinem neuen Bande erschienen.

Der Aufbau des Werkes hat sich an die bewährte Form gehalten. Der erste Teil: „Europa und die Welt" behandelt die europäischen Ereignisse des Jahres in grundsätzlichen Aufsätzen. Nach dem zusammenfassenden Überblick des Präsidenten des Instituts, Gesandten Prof. Dr. *Six*, über die Weltpolitik des Jahres 1943 behandelt Prof. Dr. *Bruno Kiesewetter* die „Entwicklungstendenzen der internationalen Wirtschaft", Prof. Dr. *Karl C. von Loesch* die „Lebensgemeinschaft der europäischen Völker" und Prof. Dr. *Wilhelm G. Grewe* „Die völkerrechtspolitische Entwicklung im Jahre 1943".

Die Hauptabteilung des Werkes, „Die Staaten der Erde", enthält die chronologische Aufzeichnung der Ereignisse in den einzelnen Ländern. Diese Beiträge sind Ausdruck für einen Teil der Institutsarbeit. Ihr Material wurde zum großen Teil von den einzelnen Abteilungen zusammengetragen. Jedem Beitrag sind, um die Brauchbarkeit als Nachschlagewerk zu erhöhen, Ministerlisten und Zeittafeln zur schnelleren Orientierung beigefügt.

Der dritte und Schlußteil „Die Deutschen Auslandswissenschaften im Berichtsjahr" befaßt sich in einem Aufsatz von Prof. Dr. *H. J. Beyer* mit der „Entwicklung der deutschen Ostforschung", in dem Bericht von Prof. Dr. *Six* mit dem Institut im Jahre 1943 und in der bibliographischen Zusammenstellung von Prof. Dr. *Gülich* mit den „Leistungen der Deutschen Auslandswissenschaften im Jahre 1943". Das beigefügte Personen- und Sachregister soll den sehr umfangreichen Band erschließen helfen.

Neue Afrika-Bücher

1. *U. Feyer, E. Keller, H. Sölken, D. Westermann:* Völker und Kulturen, Sprachen und Eingeborenen-Erziehung in Afrika. Berlin 1943, Walter de Gruyter u. Co. 207 S., mit Karten. Band XIII/1 des Gesamtwerkes: Afrika, Handbuch der praktischen Kolonialwissenschaften, herausgegeben von Dr. E. Obst.
2. *H. Krieger:* Das Rassenrecht in Südafrika, ein rechtspolitischer Überblick auf rechtsgeschichtlicher Grundlage, zugleich Anwendung einer neuen Systematik des Kolonialrechts. Berlin 1944, Junker und Dünnhaupt Verlag. 431 S.
3. *Carl Peters:* Gesammelte Schriften III. München 1944, C. H. Beck. 530 S.
4. *H. Rumpf:* Westafrika, Geschichte einer Küste. Berlin 1943, Junker und Dünnhaupt Verlag. 121 S.

Das erstgenannte dieser 4 Bücher ist ein Teilband des großen, unter Leitung von E. Obst herausgegebenen Afrikawerkes und gibt einen Überblick über Ethnographie, Linguistik sowie über den heutigen Stand der einheimischen Kulturen und der Eingeborenenerziehung. Die Mehrzahl der Verfasser brachte es mit sich, daß nicht alle Abschnitte gleichmäßig behandelt wurden. Dies zeigt sich besonders in dem Teil über die Völker. Während für die Südhälfte auf Grund der von H. Baumann (in der „Völkerkunde von Afrika", Essen 1940) eingeführten völkisch-kulturellen Gliederung nur ein kurzer Überblick über die völkischen, kulturellen und geschichtlichen Gegebenheiten geboten wird, stehen in dem Teil über die Nordhälfte Fragen über Völkerbewegungen und

Staatenbildungen im Vordergrund, wogegen die Behandlung der Einzelgruppen etwas kurz wegkommt. Dies ist aber insofern gerechtfertigt, als die Nordhälfte des Erdteils seit frühesten Zeiten ein Aufnahmebecken für Einwanderer aus dem Norden und Osten, ein Schmelztiegel und Ausgangspunkt ist für die Entstehung von Stämmen, Stammesgruppen und Völkern, von Sprachen, Kulturen und Staaten, an deren Entstehung und Verbreitung in besonderem Maße die „Weißafrikaner" des Nordens und Nordostens teilhatten. In der Südhälfte ist demgegenüber die Bevölkerung jung und liegen die Verhältnisse einfacher. Dies ergibt sich deutlich aus der sprachlichen Lage: während das ganze südliche Dreieck von Kamerun-Uganda bis ins Kapland, abgesehen von einigen altvölkischen Splittern, von den untereinander aufs engste verwandten Bantusprachen eingenommen wird, herrscht in der Nordhälfte eine Fülle selbständiger sprachlicher Typen, die auf langdauernde völkische Verschiebung, Aufsaugung, Vermischung und Neubildung hinweisen. Der heutige Stand unserer sprachlichen Kenntnisse wird in dem Abschnitt über die Sprachen und ihre Erforschung dargestellt, wobei zu begrüßen ist, daß auch das Problem der Verkehrssprachen und die Geschichte der afrikanischen Sprachforschung berücksichtigt werden.

Als besondere Bereicherung der beiden Abschnitte sind hervorzuheben die von H. Sölken entworfenen und gezeichneten Karten über die Völkerbewegungen und Staatengründungen, die Sprachfamilien und die Verkehrssprachen.

Der Abschnitt über die Kulturen beschäftigt sich, entsprechend dem Gesamtcharakter des Werkes, nicht oder höchstens in Einzelblicken mit den überlieferten Eigenkulturen der Eingeborenen, sondern mit der durch die europäische Durchdringung entstehenden neuen Lage, also dem Kulturwandel, und behandelt Gegenstände wie die Lebensfürsorge, Handwerk und Kunst, die Gesellungen, die Welt des Übersinnlichen, Stamm und Staat, die Rechtsordnungen, die Landfrage, die Rassentrennung, Marktproduktion und Güteraustausch, den Eingeborenen in europäischen Berufen.

Eine der wichtigsten Fragen der Neuordnung des Eingeborenenlebens ist die nach der Erziehung des Afrikaners. Sie findet in Abschnitt V des Buches eine nicht erschöpfende, aber in die Vielseitigkeit des Problems gut einführende Darstellung.

Im Mittelpunkt der afrikanischen Probleme steht heute das Nebeneinander von Schwarz und Weiß auf dem gleichen Raum, aber nirgends ist es so akut wie in Südafrika. Es ist deshalb mit Dankbarkeit zu begrüßen, daß Krieger in seinem Buch „Das Rassenrecht in Südafrika" diese Frage zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung gemacht hat, und man muß unumwunden zugeben, daß das „Wagnis", wie der Verfasser selber es nennt, in hohem Maße gelungen und ein Werk entstanden ist, das eine solide Grundlage bildet für alle weitere Forschung auf diesem Gebiet, und das durch seine sachliche Haltung und seine gründliche Verarbeitung alles einschlägigen Materials wohltuend absticht von so vielen anderen Versuchen, die meinten, Sachkunde durch Voreingenommenheit ersetzen zu können.

Die Wurzeln der heutigen unhaltbaren Lage sieht der Verfasser mit Recht darin, daß man, zumal in den Anfangszeiten, kein Verständnis hatte für das Stammeswesen, d. h. das arteigene Leben der Eingeborenenstämme, dies vielmehr durch eine Reihe von Maßnahmen, vorab durch die Eingliederung der Eingeborenen in den europäischen Arbeitsprozeß, untergrub und vielfach ganz vernichtete, und daß auf der anderen Seite durch die englisch-liberale Ideologie der Grundsatz der Rassengleichheit in politischer Hinsicht eingeführt wurde. Diese Utopie suchte man später abzumildern, indem man zwischen zivilisierten und unzivilisierten Eingeborenen unterschied und nur den ersteren politische Rechte zugestehen wollte, wobei es sich aber auch bei der zweiten Gruppe nur um ein „noch nicht" handeln sollte. Praktisch konnte man sich in dem Verlangen nach Erhaltung der europäischen Kulturhöhe der Weißen gegen das lastende Übergewicht der Schwarzen nur schützen durch Zwangsmaßnahmen

gegen die letzteren; sie führen oft zu unerträglichen Härten, die, zumal bei den zivilisierten Eingeborenen und den Mischlingen, eine steigende Verbitterung erzeugen und das Land in Unruhe erhalten, und die in Gestalt der „armen Weißen" die „furchtbarste Krankheit Südafrikas" erzeugen. Im Erziehungswesen besteht der paradoxe Zustand, daß man im Zuge der Zivilisierung der Eingeborenen, wenn auch in bescheidenstem Maß, eine moderne Schulung gibt, ihnen dann aber im Interesse des Weißenschutzes die Möglichkeit verschließt, das Angeeignete in einem gelernten Beruf zu verwerten.

Die Lösung der Frage sieht der Verfasser in der Schaffung eines Rassenrechts, das eine Sonderstellung für alle Rassenfremden, Eingeborene, Mischlinge und Asiaten vorsieht, in erster Linie aber auf die Eingeborenen zielt. Diese sind in ihrem Stammestum zu erhalten oder in es zurückzuführen. Hier liegt die entscheidende Frage. Daß die Vernachlässigung und die bewußt angestrebte Lockerung und Auflösung des Stammeswesens ein Fehler war, ist ohne Zweifel; man sollte sich das auch in anderen Teilen Afrikas zur Warnung dienen lassen, aber man tut es nicht, und man kann es vielleicht auch nicht, weil die Stunde längst verpaßt oder aber weil mit dem Kommen des Europäers die Europäisierung unvermeidlich ist. Auch in Südafrika wird keine Regierung es unternehmen wollen, einen vielfach längst der Vergangenheit angehörigen Zustand neu wieder einzuführen. Eine grundsätzliche und zugleich praktisch durchführbare Lösung ist heute kaum ersichtlich, aber für das Durchdenken der Aufgabe gibt Kriegers Buch eine Voraussetzung, wie wir sie uns nicht besser wünschen können.

Auch Carl Peters behandelt in einem seiner Aufsätze („Die Rassenfrage in Südafrika", 1911 zuerst veröffentlicht) das gleiche Problem. Er will es nicht lösen, sondern nur erörtern, und meint am Schluß seiner Ausführungen: „Afrika, unter der weißen Führung, wird erst wieder in gesunde Bahnen einlenken, wenn es nicht mehr beeinflußt wird von europäischen Büros und humanitären Kaffeekränzchen." Von bleibender Bedeutung sind die längeren Aufsätze über Paul Krüger, Cecil Rhodes und England und die Engländer.

Vorwiegend historisch gerichtet ist Rumpfs Arbeit über die Küste Westafrikas. Es ist ein Beitrag zur Geschichte der europäischen Erschließung Oberguineas, führt aber in den Abschnitten über das Eingreifen der USA in die Geschichte Liberias über „Neger hüben und drüben", über die modernen Verbindungswege und über Westafrika als Rohstoffquelle auch in die Gegenwart. Die Darstellung ist übersichtlich und in erfreulich sachlichem Ton gehalten, die mitgeteilten Tatsachen ergeben zwar keine erschöpfende Geschichte der Küste, sind aber zutreffend geschildert und zeugen von gutem Verständnis für geschichtliche Vorgänge. Auf die Eingeborenenbevölkerung fällt nur gelegentlich ein Licht, was aber aus der Aufgabenstellung des Buches verständlich ist. Es ist erschienen als Band 7 der Schriften zur Weltpolitik (herausgegeben von F. A. Six, Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut. *Diedrich Westermann*

DIE MITARBEITER DIESES HEFTES:

Prof. Dr. Karl Heinz Pfeffer, Direktor der Abteilung Großbritannien im Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Dr. Ingeborg Richarz-Simons, Marburg/Lahn, Mainzer Gasse 33

Gesandter Prof. Dr. Franz Alfred Six, Präsident des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Dr. habil. Karl Epting, Direktor des Deutschen Instituts in Frankreich, z. Z. in Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Dr. Philipp von Luetzelburg, Abteilungsleiter der Forschungsstätte für Botanik beim Reichsführer ϟϟ, Persönlicher Stab, Amt „A".

Prof. Dr. Diedrich Westermann, Direktor der Abteilung Afrika im Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut, Berlin C 2, Schinkelplatz 6

Hauptschriftleiter: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 8

Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44 | Verantw. f. d. Anzeigenteil: Heinrich Dieckmann, Berlin

Druckerei: August Hopfer, Burg bei Magdeburg | Z.Z. gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 | Printed in Germ


Quayaquil
Pongo de Manseriche
Obidos
Macapa
Gurupa
Almeirim
Salinas
Pará
Breves
Parintins
Aveiro
Altamira
Itaituba
Maraba
R. Tapajos
R. Xingu
R. Jatobá
R. Culyseu
R. das Mortes
R. Araguaya
I. de Bananal
S. Isabel
Cuyabá
zum Tei
USA Depar
Karte: nach R
Hevea b
Hevea



ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK



CARL HEYMANNS VERLAG · BERLIN W8

34. BAND HEFT 7/8 JULI/AUGUST 1944

INHALTSVERZEICHNIS

DIE MITARBEITER DIESES HEFTES:

Theodor Bühler, Wissenschaftlicher Generalreferent, ständiger Vertreter des Amtsleiters und Reichshauptstellenleiter im Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF, Berlin W 9, Leipziger Platz 14

Dr. Hans-Heinrich Rohde, Abt. Überseegeschichte im Deutschen Ausla[illegible]*lichen Institut, Berlin C 2, Schinkelplatz 6*

Prof. Dr. Wilhelm G. Grewe, Abteilung Rechtsgrundla[illegible] *Auslandswissenschaftlichen Institut, Berlin* [illegible]

Hans E. Rosenberg, Konstanz/Bad[illegible]

Prof. Dr. Gotthard Jäschke, D[illegible] *wissenschaftlichen In*[illegible]

Prof. Dr. Karl Heinz Pfeff[illegible] *landswissenschaftl*[illegible]

Hugo Rheiner, Grünhei[illegible]



DEUTSCHEN AUSLANDSWISSENSCHAFT…

durch

Professor Dr. F. A. Six



Schriftleitung: Dr. …
Anzeigenpreise und …

34. BAND

Grundfragen der europ…

Die Völker Europas …
nicht nur im politischen …
sozialen Alltag. Die …
die natürliche …
Bodenschätze …
Staaten stellen …
und zu …

Bei diesen …
wie sich …

…ma entspricht,
…nnen".
… in der Sozial-
…oktrin. Es gab
…le; sie drehten
…ene Auffassung
…schaften haben
… — Einfluß aus-
… tatsächlich den
…hen ihre Bahn
…ßstadtarbeitern.
…liche Weltgesetz-
…der behauptet,
…gend widerlegt
…ressen und Be-
… unternommen
… alle Völker zu
…erdankte dieser
…irkungsbereich.
…tstandards für
…gen der Sozial-
… Frau Perkins
…um Gegenstand
…, daß die Inter-
…en Wandel der
…ialen Ordnung

… für sich schon
…n sich nicht die
…enen die soziale

…sraum

… vorhanden ist, ist
…ischen der Bevölke-
…iten, zwischen Raum
… kein Wunder, wenn die
…ner wieder den Stil einer
…sen, so daß lange Zeit hin-
…iteren überseeischen Räume
… Beengtheit der europäischen
…hten.

gegenseitigen Beziehungen bedienen. Im übrigen aber wird die Kunst der Ordnung gerade darin bestehen, jeweils das wachsen zu lassen, was nach den vorliegenden besonderen Umständen am natürlichsten ist.

So ergibt sich für die sogenannte „internationale" Sozialpolitik im Zeitalter völkischer, autoritärer und totalitärer Staatsführung eine merkwürdige Umkehrung der liberal-demokratischen Anschauung. An sich wäre nämlich zu erwarten, daß gerade die liberale Demokratie die beste verfassungsmäßige Grundlage einer Sozialpolitik sein kann, die auf die völkischen, wirtschaftlichen, kulturellen und landschaftlichen Bedürfnisse Rücksicht nimmt. Ein autoritäres Regime dagegen liefe Gefahr — so sagt man —, derartige Rücksichten zu unterdrücken. Der liberal-demokratische Parlamentarismus hat jedoch gerade das Gegenteil bewiesen. In Wirklichkeit hat in ihm nämlich keineswegs die Vielzahl von Notwendigkeiten, sondern stets nur der Wille einer Abstimmungsmehrheit recht. Wer durch Propaganda, Intrige, Bestechung oder Gewalt die Mehrheit für sich gewinnt, kann über die anderen Interessen rücksichtslos hinwegschreiten. Das hat sich innerhalb der demokratischen Klassenstaaten nicht minder bewiesen wie in der Gewaltherrschaft, die in den Vielvölkerstaaten oder im Völkerbund von den zufällig an die Oberfläche geschwemmten Mehrheitsmachthabern ausgeübt wurde. Entsprechend ist im Zeichen der aus den englischen und französischen Revolutionen entstandenen liberalen Demokratien die Sozialpolitik zu einem Zentralismus und Schematismus erstaunlichen Umfangs gekommen. Was einmal und irgendwo als zweckmäßig befunden wurde, galt bald als allgemein anwendbare Regel. Begünstigt wurde diese Schematisierung durch einen verwaschenen Menschheits- und Zivilisationsbegriff, der nur in einem einzigen Punkte eindeutig war: in seinem Ausschließlichkeitsanspruch. Was die Mächtigen für richtig, menschenwürdig oder zivilisiert hielten, sollte für alle Völker Richtschnur sein. Was die parlamentarischen Mehrheiten für ihren Nutzen erkannten, mußte die Minderheit im Namen der Demokratie als Recht hinnehmen. Der Verlauf der 26. Internationalen Arbeitskonferenz in Philadelphia hat dies wieder deutlich unterstrichen. Ganz abgesehen von den Ausfällen gegen die nationalsozialistische Sozialpolitik und die soziale Ideenwelt der meisten übrigen europäischen Länder war selbst der Kreis der Kongreßteilnehmer nicht vor dem ausschließlichen ideologischen Herrschaftsanspruch der angelsächsischen Mehrheit gesichert. Die Machenschaften um den Ausschluß der Vertreter Argentiniens, weil das soziale System dieses Landes nicht dem von der

Internationalen Arbeitsorganisation festgelegten Schema entspricht, liegen ganz in der Linie der alten „Genfer Machinationen".

Aus dieser Haltung heraus entwickelte sich auch in der Sozialpolitik die Sucht nach einer allgemein gültigen Doktrin. Es gab zwar Meinungsverschiedenheiten in Hülle und Fülle; sie drehten sich aber fast ausschließlich darum, ob diese oder jene Auffassung die allgemein seligmachende sei. Die Naturwissenschaften haben hierbei einen unheilvollen — und mißverstandenen — Einfluß ausgeübt. Die Schwerkraft gehorcht auf dem Balkan tatsächlich den gleichen Gesetzen wie am Nordkap. Die Sterne ziehen ihre Bahn über Germanen und Slawen, Bergbauern und Großstadtarbeitern. Daß aber die sozialen Erfordernisse auf eine ähnliche Weltgesetzlichkeit zurückzuführen seien, ist zwar immer wieder behauptet, durch die soziale Not der Völker aber ständig schlagend widerlegt worden. Trotzdem ist in Schriften, Reden, Kongressen und Behörden immer aufs neue der verzweifelte Versuch unternommen worden, einheitliche sozialpolitische Methoden für alle Völker zu entwickeln. Das Genfer Internationale Arbeitsamt verdankte dieser Jagd nach Irrlichtern seine Entstehung und seinen Wirkungsbereich. Wenn heute z. B. die Einführung einheitlicher Weltstandards für Löhne und Arbeitsbedingungen sowie für die Leistungen der Sozialversicherung nach amerikanischen Vorbildern, wie sie Frau Perkins auf der Konferenz von Philadelphia verlangt hat, zum Gegenstand ernsthafter Erörterungen gemacht wird, so zeigt dies, daß die Internationale Arbeitsorganisation aus dem grundlegenden Wandel der Auffassung der Völker über die Prinzipien einer sozialen Ordnung in den letzten 20 Jahren nichts gelernt hat.

Die Mißerfolge auf diesem Weg wären allein für sich schon Grund genug, andere Wege zu versuchen, selbst wenn sich nicht die Voraussetzungen überhaupt gewandelt hätten, aus denen die soziale Ordnung erwächst.

II. Die Sozialordnung im neuen Lebensraum

Die europäische Sozialordnung, wie sie heute vorhanden ist, ist das Spiegelbild des dauernden Wettlaufes zwischen der Bevölkerungsentwicklung und den Lebensmöglichkeiten, zwischen Raum und Kultur. Es ist unter diesen Umständen kein Wunder, wenn die einzelnen Züge dieser Sozialordnung immer wieder den Stil einer geradezu kleinbürgerlichen Enge aufweisen, so daß lange Zeit hindurch gerade jene Geister in die weiteren überseeischen Räume getrieben wurden, die sich mit der Beengtheit der europäischen Heimat nicht mehr abzufinden vermochten.

Sie gingen damit nicht bloß ihrem eigenen Volkstum, sondern auch zugleich Europa verloren und schwächten dadurch nicht nur seine Kräfte zum inneren eigenen Ausbau, sondern zur Verteidigung europäischen Eigenlebens und Eigenrechtes. Es liegt noch eine besondere Tragik darin, daß diese abwandernden europäischen Menschen in den neuen kontinentalen und kolonialen Räumen unserer Erde jene Staaten, Kulturen und Wirtschaften des „weißen Mannes" schufen und organisierten, deren Potential heute in einem rücksichtslosen Kampf auf Leben und Tod gegen unseren alten Kontinent geworfen wird. Die beschämende Bundesgenossenschaft des kapitalistischen Imperialismus mit dem militanten Bolschewismus, der in modernster politischer und militärischer Form die Beutestürme der Avaren, Hunnen und Tartaren wieder aufzunehmen gewillt ist, macht diesen Kampf zu einer unmittelbaren und unausweichbaren Schicksalsfrage Europas.

So schwer diese Auseinandersetzung zur Zeit auf uns lastet, darf darüber die nach dem Sieg dem ganzen Kontinent gestellte Aufgabe nicht vergessen werden, die Bevölkerungsüberschüsse der Zukunft nicht mehr in fremde überseeische Räume zu entlassen, sondern sie in unserem alten Kulturkontinent zu halten. Das heißt aber von vornherein, daß für den europäischen Menschen anständige und würdige Lebensbedingungen zu schaffen sind.

Wir stehen damit im tiefsten Sinn des Wortes an einer Zeitenwende Europas. Im Gegensatz zu den revolutionären Entwicklungsvorgängen der letzten Jahrhunderte wird nunmehr eine tiefgreifende Revolution der europäischen Sozialgeschichte immer deutlicher werden.

Die gegenüber den Zeiten der liberalen Demokratie völlig veränderte Auffassung der sozialen Problematik hat seit Jahren schon in allen europäischen Völkern eine lebhafte Diskussion hervorgerufen[1]). Neuerdings hat sich diese Diskussion auf einer Arbeitstagung verdichtet, die auf Einladung des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront Sozialwissenschaftler aus 20 europäischen Völkern in Bad Salzbrunn zu einer mehrtägigen Aussprache zusammenführte. Hier zeigte sich, wie über alle nationalen Unterschiede hinweg gemeinsame Grundgedanken alle verbinden, die sich dem europäischen Kulturkreis zugehörig fühlen. Nichts dokumentiert das deutlicher als das Schlußprotokoll, das die Teil-

[1]) Einen aufschlußreichen Überblick gibt die vom Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF (Berlin W 9, Leipziger Platz 14) angefertigte Zusammenstellung „Europäisches Sozialdenken — Stimmen aus 15 Ländern".

nehmer dieser Tagung in gemeinsamer Arbeit formulierten. So heißt es dort u. a.[2]):

„Im 19. Jahrhundert hatte der Liberalismus alle Bindungen gelöst, die als Erbe der erstarrten mittelalterlichen Ordnung dem Fortschritt von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft entgegenstanden. Damit wurden freilich auch alle Dämme zerstört, die Persönlichkeit und Familie davor bewahren, im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf vernichtet zu werden. Der Liberalismus hatte zwar dem wirtschaftlichen Fortschritt die Bahn geebnet, zugleich aber der sozialen Zerrüttung der Völker Vorschub geleistet.

Der Marxismus gibt vor, die soziale Zerrüttung abwenden zu können, indem er die Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln verändert. An der Stelle der privaten Kapitalisten sollen die Gesellschaft, der Staat oder das Kollektiv die Besitzrechte ausüben und damit die Ausbeutung der Schaffenden verhindern. Diese Verheißung beruht aber auf einem grundlegenden Irrtum. Die soziale Frage ist nämlich nicht allein ein wirtschaftliches Besitz- und Verteilungsproblem, sondern in erster Linie ein geistig-seelisches Problem.

Das Proletariat entstand im kapitalistischen System nicht allein durch Armut, sondern vor allem durch die Mißachtung, die die herrschende Gesellschaftsschicht der breiten Masse entgegenbrachte, und durch den Haß, mit dem das Volk dem Kulturmonopol der oberen Schichten begegnete. Proletariat und Kapitalismus sind nicht nur wirtschaftliche Begriffe, sie beruhen vor allem auf einer ganz bestimmten Geisteshaltung. Der soziale Friede kann daher selbst durch großzügigste materielle Verbesserungen allein nicht erzwungen werden, solange sich nicht alle Schichten des Volkes zu einer geistigen und seelischen Gemeinschaft bekennen.

Weder Liberalismus noch Marxismus und Bolschewismus vermögen einen Ausweg aus der sozialen Krise zu zeigen. Der gesunde Instinkt der europäischen Völker lehnte sich von jeher gegen alle materialistischen Reformen und Revolutionen auf. Die Völker hoffen im tiefsten Herzen, daß es ihren verantwortlichen Führern gelingen möge, endlich eine wahrhaft sozialistische Ordnung zu errichten, die nicht allein der rechnenden Vernunft, sondern auch der sittlichen Gerechtigkeit und dem natürlichen Volksempfinden entspricht.

Der Dreiklang von Gemeinschaft, Persönlichkeit und Leistung als Grundakkord der von den europäischen Völkern ersehnten

---

[2]) Der ausführliche Text ist veröffentlicht in der Zeitschrift „Neue Internationale Rundschau der Arbeit", Jahrgang 1944, Heft 2 (Berlin, Verlag der Deutschen Arbeitsfront).

Sozialordnung setzt eine Reihe von Ordnungsprinzipien voraus, deren wichtigste etwa folgende sind:

1. Ausgangspunkt jeder sozialistischen Ordnung ist die Volksgemeinschaft; ihr ordnen sich alle Einzelinteressen unter; sie sichert Leben und Fortbestand der Persönlichkeit. Die Sozialpolitik kann sich daher nicht darauf beschränken, dem gelegentlichen Vorteil einzelner Personen und Gruppen zu dienen. Sie ist der Inbegriff all der Grundsätze und Maßnahmen, die ein gesundes Verhältnis aller Volksgenossen, gleichgültig, ob sie in selbständiger oder abhängiger Stellung sind, zur Volksgemeinschaft auf die Dauer sicherstellen.

2. Die Gemeinschaft ist nur lebensfähig, wenn sie sich auf Persönlichkeiten stützen kann, die in der Lage und gewillt sind, bei jeder ihrer Handlungen ein größtmögliches Maß von Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft auf sich zu nehmen. Wäre das nicht der Fall, würde die Gemeinschaft zu einem farblosen Kollektiv werden.

3. Die Leistung ist die Gesamtheit der Dienste, die der einzelne der Volksgemeinschaft auf allen Gebieten des völkischen Lebens erbringt.

Die Leistung für die Gemeinschaft bestimmt den sozialen Rang und die soziale Stellung der Persönlichkeit. Damit wird die Leistung zum Mittelpunkt der sozialen Ordnung.

4. Die erfüllte Pflicht zur Arbeit ist die Voraussetzung für die Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft und zur Teilnahme an ihren Rechten.

Umgekehrt eröffnet das Recht auf Arbeit jedem Volksgenossen die Möglichkeit, aus der dauernden Unsicherheit der Existenz befreit zu werden, die das soziale Schicksal der letzten Jahrhunderte kennzeichnet.

5. Die zentrale Stellung von Leistung und Arbeit in der sozialen Ordnung führt zur Ablehnung aller Vorrechte, die nicht auf persönlichem Einsatz beruhen.

6. Sie führt aber ebenso zur Forderung, daß jedem Volksgenossen alle Ausbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten offenstehen, die seiner Begabung entsprechen.

Das Recht auf Ausbildung öffnet den Weg zum sozialen Aufstieg.

7. Bei aller Notwendigkeit einer planmäßigen Lenkung der Arbeitskraft wird die Volksgemeinschaft dafür sorgen, daß die — dank ihrer Mithilfe — ausgebildeten und geförderten Begabungen aus freiem Entschluß und freier Verantwortung dem ihrem Können und

den volksgemeinschaftlichen Bedürfnissen entsprechenden Arbeitsplatz zustreben.

8. Jeder persönliche Aufstieg wäre nutzlos, wenn nicht die Familie als Keimzelle des Volkes ihre besondere Förderung erführe. Die Persönlichkeit muß die durch ihre Leistung erworbene Stellung in der Volksgemeinschaft auch durch die Gründung und Entwicklung einer gesunden Familie rechtfertigen. Um dieses Endzieles willen hat die Volksgemeinschaft wiederum dafür Sorge zu tragen, daß jeder Familie ausreichender Wohnraum und ausreichende Existenzmittel zur Verfügung stehen.

9. Jede Persönlichkeit soll ihr Schicksal aus eigener Verantwortung gestalten. Der Volksgemeinschaft aber obliegt die Sorge dafür, daß keines ihrer Glieder unverschuldet in Not gerät. Sie garantiert daher Sicherheit des Lebensabends, Sicherheit bei Krankheit, Invalidität und Mutterschaft sowie das Auskommen der Witwen und Waisen. Der Anspruch auf soziale Sicherheit erwächst für den einzelnen aus der Erfüllung seiner Pflicht als Volksgenosse — ohne Rücksicht auf den Zufall von Selbständigkeit oder Unselbständigkeit, der sozialen Stellung, des Einkommens oder eines Beitragssystems.

10. Der Pflicht zur Arbeit entspricht das Recht auf gerechten Lohn für jede Arbeit.

Ein gerechter Lohn setzt einen über alle Zufälle der Wirtschaftslage und der Konkurrenzverhältnisse hinaus gültigen Maßstab des Arbeitswertes und der persönlichen Leistung voraus.

11. Lohn und Leistung können auf die Dauer nur im Einklang gehalten werden, wenn die Sorge um die soziale Gerechtigkeit zum beherrschenden Grundsatz des völkischen Lebens erhoben wird und alle Handlungen der Volksgemeinschaft wie der Persönlichkeit durchzieht.

Die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit müssen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik ebenso zum Durchbruch kommen wie auf allen anderen Gebieten des völkischen Lebens.

12. Volksgesundheit und körperliche wie geistige Ertüchtigung sind tragende Pfeiler einer dauerhaften sozialen Ordnung und sind daher besonders großzügig zu pflegen.

13. Die Teilnahme am Kulturleben der Volksgemeinschaft macht den Schaffenden erst zu ihrem vollgültigen Mitglied. Ausreichende Freizeit und Sorge für ihre dem Kulturstand des Volkes entsprechende Ausgestaltung gehören damit zu den vornehmsten Aufgaben der Sozialpolitik.

Ein abgerundeter, den völkischen und örtlichen Bedürfnissen

entsprechender Lebensstil gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen des sozialen Friedens.

14. Der soziale Friede erfordert eine dem Wohl des Volkes angemessene Ordnung des Grundbesitzes, des Bauerntums wie überhaupt der gesamten Landarbeit.

Ein gesundes Landvolk muß die Grundlage der sozialistischen Ordnung auch in der Landwirtschaft bilden.

15. Der völkische Sozialismus ist der Inbegriff von Vernunft und Gerechtigkeit bei der Ordnung der sozialen Probleme. Er stellt sich in bewußten Gegensatz sowohl zum Liberalismus als auch zum Marxismus jeglicher Prägung. Er kann nicht auf Teilgebiete beschränkt bleiben. Er erfordert daher vor allem auch die Führung der Wirtschaft nach sozialistischen Grundsätzen.

16. Die Volksgemeinschaft schließt jede Art von Standes- und Gruppenegoismus aus. Sie überwindet damit auch alle Ansätze zur Ausbeutung und Proletarisierung der Menschen.

Indem sich die Völker zur Idee der Volksgemeinschaft bekennen, schaffen sie die Voraussetzungen für ein sozialistisches Europa ohne Proletarier.

17. Welche Wege ein Volk zur Verwirklichung dieses Zieles beschreitet, hängt von den verschiedenartigen Voraussetzungen ab, die es bei sich vorfindet. Der Sozialismus ist kein Schema, sondern eine Idee, um das Leben der europäischen Völkergemeinschaft voll zu entfalten. Die praktische Sozialpolitik wird die vielfältigsten Wege beschreiten, um von der allgemeinen Idee zur Wirklichkeit eines völkischen Sozialismus zu kommen."

Diese Kundgebung umreißt den sozialen Inhalt des gemeinsamen europäischen Existenzkampfes.

Die sozialen Verhältnisse der Völker werden in erster Linie gewiß durch die rassischen und weltanschaulichen Elemente gestaltet, die das nationale Leben beherrschen. Die einzelnen Völker würden unter den gleichen äußeren Verhältnissen wahrscheinlich recht verschiedenartige soziale Zustände hervorbringen. Ebenso selbstverständlich ist aber, daß mit den äußeren Verhältnissen, auf die die Gestaltungsenergien der Völker treffen, sich auch die Entwicklungsaussichten verändern, denen sich die Nationen gegenübersehen. Bisher gab es in Europa kaum ein Volk, das über Lebensraum genug verfügt hätte, um seinen Angehörigen die volle Entfaltung der ererbten Kulturkräfte zu ermöglichen. Fast ausnahmslos stehen die europäischen Völker seit vielen Generationen unter dem Druck eines zu engen und zu armen Bodens. In einer Fülle von kleinen und kleinsten Staaten drängte sich ein buntes

Gemisch mehr oder weniger verwandter oder feindlicher Völker in Europa auf einem Raum zusammen, dessen Ergiebigkeit weit hinter der Fruchtbarkeit anderer Weltgegenden zurückbleibt. Selbst die größten Raumgebilde des alten Europa nehmen sich im Erdraum recht bescheiden aus. Enge des Raumes und Begrenztheit der Lebensmöglichkeiten zwangen allerdings die europäischen Völker zu einer sich immer mehr steigernden Intensivierung ihres geistigen und kulturellen Lebens.

Der Zwang, auf engem Raum eine wachsende Bevölkerung zu ernähren, konnte freilich nur von Völkern gemeistert werden, die über jene geistigen Qualitäten verfügten, wie sie eben gerade den Völkern zu eigen sind, die dem europäischen Kulturkreis ihr Gepräge aufgedrückt haben. Trotz dieser faszinierenden kulturellen Leistungen der europäischen Völker verstrickten sich aber die Lebensgewohnheiten immer mehr in der Enge des Raums. Während auf der einen Seite unter der Herrschaft der fortschreitenden Naturwissenschaften der menschliche Geist die Naturkräfte bändigte und in seinen Dienst zwang, wurde der Bewegungsspielraum, der dem einzelnen Europäer zur Verfügung stand, immer geringer. Während sich der menschliche Geist aus den Fesseln der mittelalterlichen Scholastik löste, gerieten die sozialen Zustände in zunehmendem Grad in Verhältnisse, die selbst gegenüber der mittelalterlichen Gebundenheit als eng, beengend und unfrei empfunden wurden.

Der Gegenwart obliegt nun eine ähnliche grundlegende Aufgabe, wie sie den Generationen des frühen Mittelalters zugefallen war: nämlich einen Lebensraum abzustecken, zu ordnen und zu festigen, der für eine lange Reihe von Jahrhunderten eine neue Kultur zu tragen vermag. An der Schwelle eines solchen neu heraufziehenden Zeitalters werden Begriffe und Vorstellungen plötzlich problematisch, die sich durch Jahrzehnte und Jahrhunderte hindurch als tägliches Rüstzeug des sozialen Lebens bewährt haben. Wenn die revolutionären Bewegungen in einer großen Anzahl der europäischen Völker an der überlieferten sozialen Vorstellungswelt zu rütteln beginnen, so ist dies nicht unduldsame Neuerungssucht, sondern im ganzen gesehen eben der zwangsläufige Ausdruck der Wandlung, in der sich die europäische Sozialverfassung befindet. Wenn sich die Voraussetzungen verändern und die Aufgaben wachsen, wenn fast mit einem Schlag die Sorge um Arbeit und Brot in einen Mangel an Arbeitskräften umgeschlagen ist, können jene Vorstellungen nicht mehr maßgebend sein, die von Generationen geprägt

wurden, deren ganzer Lebenslauf von einem dauernden Mangel an Betätigungsmöglichkeiten beherrscht war.

Seitdem der Hochkapitalismus das Gesicht der europäischen Volkswirtschaften beherrscht, sind die wirtschaftlichen und sozialen Krisen fast ausnahmslos dadurch entstanden, daß die Menschen bereit waren, mehr zu leisten, als auf dem engen Lebensraum geleistet werden konnte. Die Überproduktion und das Überangebot an Arbeitskräften waren das Schreckgespenst jeder Wirtschaftsführung und der Grund, weshalb alle sozialen Reformen immer wieder scheiterten. Wo dagegen in der Gegenwart und in der Zukunft wirtschaftliche Störungen und Unzuträglichkeiten zu befürchten sind, gehen diese auf gegenteilige Ursachen zurück: schon jetzt — in der Kriegswirtschaft — gibt es in Europa kaum andere ernsthafte wirtschaftliche Schwierigkeiten als solche, die auf dem Mangel an Arbeitskräften beruhen.

Mit dieser von Grund auf veränderten Struktur des europäischen Lebensraums verändert sich die soziale Problematik nicht nur im großen, sondern auch im einzelnen. Die Sozialpolitik der Vergangenheit konnte sich unter dem Druck der Übervölkerung tatsächlich weitgehend als Verteilungspolitik auffassen, während unter der Herrschaft des unbefriedigten Bedarfs an Arbeitskräften der Zukunft die Sozialpolitik zweifellos in erster Linie eine Leistungspolitik sein wird. Die Sozialpolitiker der Vergangenheit mußten es unter den obwaltenden Umständen als ihre entscheidende Aufgabe betrachten, das Übermaß an Bevölkerung mit den beengten Verhältnissen des Lebensraums in Einklang zu bringen; Sozialpolitik war also tatsächlich die Kunst, sich unter unzuträglichen Bedingungen einigermaßen erträglich einzurichten. Es war unter der Enge der Vergangenheit also gar nicht so falsch, wenn das Wort „Sozial" im Laufe der Zeit einen für das Lebensgefühl des 20. Jahrhunderts so beschämenden Unterton von Mildtätigkeit und Almosen bekommen hat. Sozialpolitik war Verteidigung gegen die von einem übermächtigen Schicksal ständig drohenden Schläge. Das wird sich nunmehr nicht nur für jene Völker ändern, die sich — wie das deutsche mit dem Nationalsozialismus — eine von vornherein andere Lebensauffassung angeeignet haben; auch jene Völker, die bisher ohne eine solche veränderte weltanschauliche Grundlage vor die Probleme der neuen europäischen Ordnung gestellt werden, können nicht umhin, sich aus der defensiven Auffassung der Sozialpolitik zu einem positiv gestaltenden Ziel durchzuringen. Die Sozialpolitik der Zukunft wird alle jene Maßnahmen in den Vordergrund stellen, die geeignet sind, eine möglichst rasche und inten-

sive Nutzung des neugeordneten europäischen Lebensraums zu erlauben. An die Stelle des um die Erhaltung des notdürftigen Erbes ängstlich besorgten Kleinbürgers wird der mit frischem Mut an die Gestaltung einer neuen Zukunft herangehende Mensch das soziale Idealbild werden.

III. Die ideologischen Grundlagen der Neuordnung

Die vom neu geordneten europäischen Raum aufgeworfenen Probleme wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Art sind so mannigfaltig, daß auf keine Kraft verzichtet werden kann, die bereit ist, an dem Aufbau mitzuarbeiten. Gewiß wäre die politische Problematik des europäischen Kontinents um vieles einfacher, wenn nicht eine Vielzahl verschiedenartiger Völker nebeneinander in diesem Raume leben müßten. Es wäre um vieles leichter, eine europäische Sozialordnung zu formen, wenn ein oder zwei in sich homogene Völker den gesamten Raum beherrschen würden. Es wäre dann vielleicht doch noch möglich, ein einheitliches Sozialsystem über den gesamten Kontinent zu ziehen und an allen Orten des Erdteils die gleichen Methoden der Sozialordnung anzuwenden. Nachdem nun aber einmal das Schicksal die Vielheit der Völker in den europäischen Raum hineingestellt hat, ist es sinnlos, davon zu schwärmen, wie schön es wäre, wenn diese Vielheit der Völker nicht vorhanden wäre, oder zu versuchen, die Vielgestaltigkeit der nationalen Kulturen durch einen einheitlichen Rechtsschematismus zu übertünchen.

Die soziale Ordnung ist für jedes Volk eine Frage der inneren Ordnung und daher in manchem anders zu behandeln als Probleme, die das äußere Verhältnis der Völker zueinander bestimmen. Es gibt eine Unzahl von Angelegenheiten des europäischen Kontinents, die einer einheitlichen zwischenstaatlichen Regelung nicht entbehren können. Fragen des Verkehrs, der Erschließung der Naturschätze, möglicherweise auch die Probleme der kontinentalen Sicherheit müssen von den beteiligten Völkern in ihrem eigenen Interesse nach einer einheitlichen Linie zu behandeln sein. Auch die Art, wie ein Volk dem anderen begegnet, mag dem Zwang solcher zwischenstaatlichen Übereinkommen oder überstaatlichen Regelungen unterliegen. Die Staaten mögen gemeinsame Produktionspläne, Wirtschaftspläne und Handelsabkommen abschließen; sie mögen vielleicht sogar auch gemeinsame technische Einrichtungen schaffen, alles das aber berührt die innere Ausgestaltung der nationalen Sozialordnungen nur am Rande. Selbstverständlich bleibt es für den sozialen Aufbau der einzelnen Völker nicht ohne Folgen, wenn die

großen gemeinsamen Angelegenheiten des Kontinents nach einem vernünftigen gemeinsamen Plan geregelt werden. Manches Volk und manche Landschaft werden unter einem solchen gemeinsamen Plan Aufgaben und Möglichkeiten vor sich sehen, an die sie vor kurzem noch nicht zu denken gewagt haben. Trotzdem bleibt als Tatsache bestehen, daß jedes Volk nach Veranlagung und Temperament aus den ihm durch die gemeinsame europäische Ordnung zugefallenen Elementen sich ein anderes Heim und vielleicht sogar eine andere Art, die Welt zu betrachten, ableiten wird.

Die soziale Ordnung, die der Nationalsozialismus für das deutsche Volk errichtet, wird in jeder Hinsicht durch die Rangfolge der Leistung und damit der Persönlichkeit beherrscht sein. In gleicher Weise müßte sich auch das Verhältnis zwischen den Völkern einspielen, wenn es dem nationalsozialistischen Gerechtigkeitsempfinden entsprechen soll. Auf alle Fälle schließt das Prinzip der Leistung und der Persönlichkeit eine schematische Nivellierung der sozialen Ordnung der verschiedenen Völker aus.

Man mag das Problem nach allen Seiten drehen und wenden, am Ende ergibt sich stets, daß in einer auf eine echte Völkergemeinschaft abzielenden Ordnung die sozialen Verhältnisse kaum differenziert genug sein können, um der Wirklichkeit gerecht zu werden. Jedenfalls aber muß sie weit mehr in die nationalen Eigentümlichkeiten eindringen, als dies die bewußt „internationale" Genfer Politik sein konnte und wollte.

Differenzierung heißt nun allerdings keineswegs soziale Kirchturmpolitik oder sozialer Partikularismus. Die Unterschiede in den Maßnahmen und Techniken sind durch die Gemeinsamkeit des Zieles bestimmt. Gerade *weil* verschiedenartige Völker unter unterschiedlichen Voraussetzungen einem gemeinsamen Ziel zustreben, müssen sie verschiedene Wege gehen.

Ziel und Methoden müssen auf das strengste auseinandergehalten werden. Der bitterste Vorwurf, der dem Genfer System gemacht werden kann, ist der, daß es in der Regel die Methode mit dem Ziel verwechselt hatte, wie sich auch jetzt wieder in Philadelphia zeigte. Man war glücklich, eine Übereinkunft in möglichst vielen Staaten ratifiziert zu sehen, ohne sich darüber Rechenschaft abzulegen, daß die Wirkung der gleichen Maßnahme in einer ostafrikanischen Negerrepublik unter allen Umständen eine andere sein muß als in einem nordeuropäischen Staat.

Die Sozialpolitik im neuen Europa wird so vor allem auch jeglichem Kollektivismus ein Ende bereiten. Kollektivismus bedeutet Nivellierung: die kollektive Gesellschaftsordnung ist am vollkom-

mensten, wenn möglichst wenige ihrer Glieder über das allgemeine Durchschnittsniveau hinausragen. Sobald sich unter dem Kollektivismus die persönliche Initiative zu regen beginnt, stößt sie allenthalben auf die Grenzen, die durch die kollektive Vorstellungswelt gezogen sind. Anders in der echten Gemeinschaft, die ausgeprägte Persönlichkeiten voraussetzt.

Der Kollektivismus ist eine materialistisch-mechanistische Nivellierungsmaschine; er ist in allen seinen Spielarten bestrebt, das Ergebnis der persönlichen Betätigung einer vorgezeichneten Durchschnittslinie möglichst anzupassen. Demgegenüber ist eine wirkliche Gemeinschaft bestrebt, die Verbindung zwischen ihren Gliedern nicht im Ergebnis, sondern im Ausgangspunkt und damit in der gemeinsamen Marschrichtung zu suchen. Der Kollektivismus neigt stets zur Konstruktion von Systemen; die Gemeinschaft dagegen entwickelt sich am besten, wenn ihr möglichst wenig regulative Fesseln angelegt werden. Jede Gemeinschaft setzt das Vorhandensein von Persönlichkeiten voraus. Denn die Bedürfnisse der Gemeinschaft sind vielfältig; und je vielfältiger sie sind, um so mannigfachere Begabungen und Persönlichkeiten sind zu ihrer Befriedigung erforderlich. Je mehr der einzelne sich von dem farblosen Durchschnittstyp entfernt, vor allem, je höher er sich über diesen Durchschnitt erhebt, um so einmaliger, unersetzlicher und wertvoller werden seine Leistungen für die Gemeinschaft. Das gilt nicht nur für die Gemeinschaft innerhalb des Volkes, sondern auch für das Zusammenleben der vom Schicksal in den gleichen Raum verwiesenen Nationen. Auch diese gelangen nicht dadurch zur Gemeinschaft, daß sie sich einem schematischen Durchschnitt annähern, sondern nur dadurch, daß sie je nach Veranlagung, Fähigkeit und raumbedingter Möglichkeit ein Maximum an Persönlichkeitsleistung zum gemeinen Nutzen erbringen. Damit sie das können, müssen sie in dem auf die Persönlichkeiten unmittelbar einwirkenden Bereich, in der sozialen Gesellschaftsordnung, von jedem von außen kommenden Schematismus freibleiben.

IV. Wendepunkt des europäischen Sozialdenkens

Gleichzeitig mit der Zeitenwende der europäischen Geschichte vollzieht sich im Denken des europäischen Menschen eine Revolution. Ja noch mehr: die neue Weltanschauung schuf überhaupt erst die Kraft, die die europäischen Völker zur nachdrücklichen Vertretung ihrer Lebensrechte befähigt. Diese Kraft aber beruht auf dem sinnvollen Zusammenklang von Blut und Boden, und sie führt zwangsläufig zur Anerkennung der Tatsache, daß

es im neuen Europa — im Gegensatz zu der schematischen Mehrheitsdiktatur der liberalen Demokratie — notwendig ist, die sozialen Erfordernisse aller völkischen und wirtschaftlichen Gruppen zum gerechten Ausgleich zu bringen. Es ist dabei aber nicht notwendig, nach einem starren Abstimmungsschematismus eine Entscheidung „entweder — oder" herbeizuführen. Das wohlbedachte Abwägen aller Einzelinteressen erlaubt weit mehr als jeder Mehrheitsbeschluß das Nebeneinander verschiedenartigster Lösungen. Es ist durchaus möglich, hier jene, dort eine andere, vielleicht sogar entgegengesetzte Maßnahme zu treffen, wenn es zweckmäßig ist. Rassenkunde, Völkerpsychologie und Wirtschaftsgeschichte haben längst gezeigt, wie gleiche Handlungen unter gleichen Voraussetzungen Unterschiedliches zutage fördern. Diese Lehre wird sich die Sozialpolitik im neuen Europa in verstärktem Maße zunutze machen. Sie gerät dabei nun allerdings in unüberbrückbaren Gegensatz zu der liberal-demokratisch-bolschewistischen Vereinheitlichung[3]). Diese war bemüht, die „objektiv" besten Methoden für dieses oder jenes Problem zu finden. Man stritt über Arbeitszeitregelungen, Lohnformen, Versicherungsgrundsätze, betriebliche Fürsorgemaßnahmen, Arbeitsvermittlungsprinzipien und vieles andere immer mit der selbstverständlichen Forderung, die angepriesene Lösung in möglichst allen Ländern durchzusetzen. Höchstens, daß man sich gelegentlich zum hochmütigen Zugeständnis herabließ, daß dieses oder jenes Volk „noch nicht reif genug sei", um den aufgestellten Prinzipien folgen zu können. Der Gedanke, daß kraft der völkischen und örtlichen Besonderheiten für alle Zukunft die verschiedenartigsten Lösungen nebeneinanderstehen müssen, konnte einer in Begriffen wie Menschheit und Zivilisation denkenden Sozialpolitik gar nicht kommen. Die Dringlichkeit der einzelnen sozialen und wirtschaftlichen Fragen ist unter den unterschiedlichen geographischen und klimatischen Bedingungen keineswegs gleich. Dinge, die

---

[3]) Das Phrasenhafte dieser Genfer Prinzipienreiterei wird heute selbst in den sozialdemokratischen Kreisen neutraler europäischer Länder durchschaut. So trifft die „Berner Tagwacht" vom 13. Juni 1944 unter der Überschrift „Völker werden mit ‚Diskussionsgrundlagen' abgespeist" zum Ergebnis der 26. Internationalen Arbeitskonferenz u. a. folgende bezeichnende Feststellungen:

„Zum Schluß wurde der Welt eine Prinzipienerklärung, eine ‚Charter von Philadelphia' vorgesetzt, die sich mit ihren bombastischen und unverbindlichen Wendungen würdig neben der ‚Atlantic Charter' sehen lassen kann und die liberalistischen Tiraden des nach dem letzten Krieg aufgestellten Teiles XIII des Friedensvertrages nahezu überbietet.

Geht es so weiter, so dürfte niemand in Erstaunen geraten, wenn der ‚Sieg der Demokratie' zum Vorspiel ihres sicheren Unterganges würde."

am nördlichen Rande des europäischen Kontinents geradezu lebensnotwendig sind, mögen am südlichen Ende überflüssig, vielleicht sogar schädlich sein. Der Osten erfordert anderes als der Westen. Und wenn auf diese unterschiedlichen geographischen Voraussetzungen gar noch unterschiedliche völkische Elemente treffen, ist es klar, daß eine Vereinheitlichung der internationalen Ordnung geradezu eine Katastrophe bedeuten müßte. Jedes Volk wird selbstverständlich danach streben, in dem von ihm beherrschten Raum gleichmäßige rechtliche Bedingungen zu schaffen. Indes wird schon dort, wo der Raum groß ist, gelegentlich die Notwendigkeit auftreten, örtliche Differenzierungen vorzunehmen. Solange aber wenigstens die völkischen und damit die weltanschaulichen Grundlagen der Einwohnerschaft die gleichen sind, können doch verhältnismäßig straffe Gesetzesformulierungen gleichmäßige Gültigkeit über den gesamten Herrschaftsraum beanspruchen. Je weniger aber diese Voraussetzungen zutreffen, um so hoffnungsloser müßte das Beginnen erscheinen, mit einer solchen imperialistischen Vorstellung den künftigen europäischen Raum gestalten zu wollen. Hier müssen andere Ordnungsprinzipien Platz greifen, von denen das wesentlichste durch das persönliche, durch das individuelle und durch das nationale Recht auf die Behauptung des ererbten Charakters gegeben ist. So wie innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft die Familie eine ihren eigenen inneren Gesetzen unterworfene geschlossene Gemeinschaft ist, so muß in der künftigen europäischen Völkerordnung die Sozialstruktur jeder Nation den natürlichen rassischen Voraussetzungen entsprechen. Nur auf diese Weise wird es gelingen, jedes Volk zu der seiner Lage und seiner Veranlagung entsprechenden Höchstleistung zu führen. Man wird es also nicht nur in Kauf nehmen müssen, sondern sogar zu fördern haben, daß das eine Volk mehr wirtschaftliche, das andere mehr musische Begabungen, das eine mehr logische, das andere mehr technische Fähigkeiten zu entwickeln vermag. Man wird sich darauf zu stützen haben, daß ideelle und materielle Interessen der Völker in verschiedener Mischung zutage treten, daß manchem Volk etwas unerträglich erscheint, was einem anderen vielleicht zuträglich ist.

Die soziale Revolution des europäischen Kulturraums ist so zwar mit einer radikalen Umwertung vieler traditioneller Begriffe verbunden. Sie ist aber in keiner Hinsicht destruktiv. Ihr wesentlicher Inhalt ist die Anpassung des Lebensstils an das neue Arbeitsethos.

Selbstverständlich gibt es im Zeitalter des Verkehrs und des großzügig organisierten Arbeiteraustausches zahlreiche Fragen, die zwischen zwei oder mehreren Staaten durch Verträge geregelt wer-

den müssen. Indes bezwecken bereits solche Verträge nicht ohne weiteres, bestimmte Einrichtungen gleichmäßig in allen Staaten zu erzwingen. Die Verträge könnten im Einzelfall ebenso dazu dienen, die besonderen nationalen Einrichtungen trotz der zunehmenden zwischenstaatlichen Verflechtung zu halten.

Welches von den Zielen angestrebt werden soll, hängt von den nationalen Bedürfnissen ab. Wenn das Leistungs- und Persönlichkeitsprinzip auch zwischen den Völkern gelten soll, dann müssen die sozialen Einrichtungen der einzelnen Völker ihren besonderen Lebensbedingungen, Sitten und vor allem ihrer besonderen Mentalität entsprechen. Es kann nicht oft genug betont werden, daß eine auf ehrliche und saubere Abgrenzung des Volkstums aufgebaute politische Ordnung eben nach anderen Methoden gebaut werden muß als ein auf einen wahllos durcheinandergerührten Völkerbrei abzielendes System. Daß sich die Lebensbedingungen, die Sitten und vielleicht auch die Mentalität einzelner Völker im Laufe der Zeit ändern können, ist kein entscheidender Einwand. In der jeweiligen Lage jedenfalls ist die Sozialverfassung mit allen ihren Einzelheiten der unmittelbarste Ausdruck der nationalen Persönlichkeit. Vor diesem ideologischen Hintergrund erscheint das Schauspiel, das die Vertreter der Internationalen Arbeitsorganisation auf ihrer jüngsten Tagung in Philadelphia geboten haben, wie eine Darstellung welt- und zeitfremder Geisteshaltung. Man will den Kapitalismus grundsätzlich aufrecht erhalten, seine natürlichen Folgen aber verleugnen. Man will freie Wirtschaft, aber keine Arbeitslosigkeit. Man fordert freie Marktpreisbildung, gleichzeitig aber starre Löhne. Man ersehnt soziale Gerechtigkeit, verbeugt sich aber vor der Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft. Diese und viele andere Widersprüche hoffen die Zauberkünstler aus Genf und Philadelphia zu überbrücken, indem sie den Staaten die Anwendung sozialtechnischer Normen empfehlen, ohne dabei zu bedenken, daß damit günstigstenfalls das Elend in der ganzen Welt genormt wird. Die europäischen Völker beginnen demgegenüber zu erkennen, daß hier nur klare Entscheidungen einen Ausweg eröffnen: entweder will man den Kapitalismus — dann heißt dies eindeutig und unmißverständlich: Ende jeder Hoffnung auf soziale Befriedung. Oder aber man will den sozialen Frieden, dann müssen Liberalismus und Kapitalismus fallen. Dann hilft auch der Bolschewismus nichts, der dank seiner materialistischen Herkunft ja nur einen auf die Spitze getriebenen (Staats-)Kapitalismus darstellt. Sozialer Friede und sozialer Fortschritt können nur auf dem Boden eines bewußten Bekenntnisses zum Volkstum und der aus den Erfordernissen der Volksgemein-

schaft erwachsenden Anerkennung der Persönlichkeit wachsen. Das ist also der Kern des Gegensatzes, der zwischen der Welt von Philadelphia und dem in Bad Salzbrunn dokumentierten Sozialwillen der europäischen Völker klafft: Entpersönlichung, Vermassung, Nivellierung und Internationalismus auf der einen Seite; Volkstum, Volksgemeinschaft, Persönlichkeit und Verantwortung auf der anderen. Kapitalismus und Bolschewismus wollen den Menschen der Wirtschaft untertänig machen. Das Lebensgefühl des europäischen Menschen aber lehnt sich dagegen auf; der europäische Mensch will gestalten, Verantwortung tragen und seine Leistung anerkannt sehen. Um Raum und Recht, eine Sozialordnung auf diesen Elementen aufbauen zu können, wird dieser Krieg geführt. Es wäre sinnlos, wenn an seinem Ende die Welt von gestern unverändert auferstünde — wie es den Verfassern der Erklärung von Philadelphia vorschwebt.

Rußland und das Mittelmeer

Von Hans-Heinrich Rohde

Wenn man das Streben nach den warmen Meeren seit *Peter dem Großen* als den Leitgedanken der russischen Außenpolitik zu betrachten gewohnt ist, so haben innerhalb dieses Programms, das zunächst auf die Ostsee und das Schwarze Meer, dann auf das Mittelmeer, später auch auf den Persischen Golf und den Pazifik abzielte, das Mittelmeer und als Nahziel vor allem der Zugang dorthin, die Meerengen, stets eine besondere Anziehungskraft besessen. Die entscheidende Ursache für diese Zielsetzung ist einmal die geographische Tatsache, daß das Schwarze Meer, die Meerengen und das Mittelmeer als zusammenhängender Wasserweg für Rußland — auch heute nach dem Bau des Eismeerkanals — die verkehrsgünstigste eisfreie Seeverbindung mit den Hochstraßen des Weltverkehrs darstellen. Immer noch sind die diesseits des Ural gelegenen Gebiete der Kern Sowjetrußlands. Sie sind am dichtesten bevölkert, haben besonders ertragreiche Böden und sind wirtschaftlich wie verkehrsmäßig am besten erschlossen. Der Anschluß dieser Gebiete an die Welthandelsstraßen wurde daher schon immer als eine besonders wichtige Aufgabe der russischen Politik angesehen. Über diesen verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkt hinaus hat aber zweifellos auch häufig der Gedanke mitgespielt, daß eine dauernde Fußfassung am Mittelmeer Rußland in

die Lage versetzen würde, sich wesentlich stärker in Europa einzuschalten, als ihm dies seine abseitige Lage am Rande des Kontinents gestattete, wenn nicht gar die führende Macht des Kontinents zu werden. Wenn solche Erwägungen schon in der Zarenzeit hervortreten konnten, so haben sie erst recht im bolschewistischen Rußland ihre schwerwiegende Bedeutung gewonnen.

Den russischen Mittelmeerplänen kamen anfangs verschiedene Umstände entgegen. Besonders begünstigte sie der innere Zerfall der türkischen Macht auf dem Balkan seit den großen Siegen *Prinz Eugens*, wie auch die Bindung Englands und Frankreichs in Übersee sowie die Verstrickung der übrigen Mächte in kontinentale Händel die Durchführung der ersten Programmpunkte dieser Politik wesentlich erleichterten. Nachdem die Sicherung Indiens im 19. Jahrhundert Leitgedanke der britischen Außenpolitik zu werden begann, änderten sich diese Voraussetzungen allerdings wesentlich. England wurde für fast ein Jahrhundert der große Gegenspieler Rußlands auf allen Schauplätzen der Weltpolitik, auf denen sich die beiden Mächte begegneten, besonders aber im Mittelmeer und in Mittelasien. Ungeachtet aller Mißerfolge und Rückschläge, die ihm die englische Gegnerschaft eintrug, verlor Rußland sein Ziel nicht aus den Augen. Unter ebenso zäher wie meist auch geschickter Ausnutzung der jeweiligen Möglichkeiten bedienten sich die Zaren der vielfältigsten Mittel, um der Verwirklichung ihrer Pläne näher zu kommen. Auch die völlige Wandlung der inneren Struktur Rußlands durch die bolschewistische Revolution hat daran nichts geändert. Die Ausbreitung des Bolschewismus wurde vielmehr mit den alten, aus der Zarenzeit übernommenen Zielen und Methoden verkoppelt und ihre Wirkungsmöglichkeiten damit vervielfacht. Angefangen von der Schwarzmeerpolitik Peters des Großen bis zu *Stalins* weitgreifenden Mittelmeerplänen hat die Ausbreitung nach Südwesten bald mehr, bald weniger offenkundig die russische Außenpolitik beherrscht. Mögen sich vorübergehend andere Fragen in den Vordergrund geschoben haben, Bosporus, Dardanellen und Balkan sind die Ziele, für die Rußland im Laufe seiner Geschichte den verhältnismäßig größten Teil seiner nationalen Kraft eingesetzt hat. Wenn trotz allem den russischen Bemühungen bisher ein dauernder Erfolg versagt blieb, so deswegen, weil stets im entscheidenden Augenblick europäische Mächte Rußland in den Weg traten und eine Verwirklichung seiner Absichten zu verhindern verstanden.

Bereits unter Peter dem Großen wurde mit der Eroberung der Schwarzmeerküste begonnen und damit Voraussetzung und Grund-

lage einer späteren russischen Mittelmeerpolitik geschaffen. Dabei mußte sich Rußland mit der Türkei auseinandersetzen, die nach der Eroberung des byzantinischen Reiches (1453) das Schwarze Meer mitsamt seinen Küsten beherrschte und für die Schiffahrt sämtlicher europäischer Mächte verschlossen hielt. Der 1699 den Türken entrissene wichtige Handelshafen Asow konnte allerdings nur bis 1711 gehalten werden. Mit diesem Anfangserfolg hat aber Peter seinen Nachfolgern den Weg nach dem Süden gewiesen und Rußland auf eine Bahn geführt, die unter Berücksichtigung der diesem Staatswesen innewohnenden Dynamik nur in mittelmeerische Zielsetzungen münden konnte. Schon die Eroberung der nördlichen Schwarzmeerküste war jedoch dank des zähen Widerstandes der Türkei ein Unternehmen, das erst gegen Ende des Jahrhunderts zum Abschluß gebracht werden konnte. Noch der Friede von Belgrad (1739) bestimmte, daß Rußland weder auf dem Asowschen Meer noch auf dem Schwarzen Meer eigene Handelsschiffe halten dürfe. Der Hafen Asow selbst wurde dank der russischen Erfolge im voraufgegangenen Türkenkrieg neutralisiert.

Nachdem der Versuch *Katharinas*, durch die Gründung einer Mittelmeerkompanie (1763)[1]), die von der Ostsee aus nach Livorno Handel treiben sollte, gescheitert war, kam die Zarin zu der Überzeugung, daß nur eine wesentliche Erweiterung der russischen Machtgrundlagen im Süden die Möglichkeit zur Anknüpfung von engeren Handelsbeziehungen zu den führenden Mächten des Mittelmeers und für eine Einflußnahme in diesem Gebiet schaffen würde. Diesem Ziel dienten die beiden Türkenkriege, die Katharina 1768—74 und im Bunde mit Österreich 1787—92 führte. Nach dem entscheidenden Seesieg von Tschesme, der bei wohlwollender Neutralität Englands mit Hilfe englischer Offiziere durch die in das Mittelmeer übergeführte Ostseeflotte errungen wurde, gewann Rußland im Frieden von Kütschük-Kainardschi (1774) das Küstengebiet zwischen Dnjepr und Bug, die Hafenstädte Asow, Kertsch und Kimburn, die nordkaukasische Landschaft Kabarda und vor allem das Recht der freien Handelsschifffahrt auf dem Schwarzen Meer und durch die Meerengen. Außerdem mußte die Türkei die Unabhängigkeit der Krimtataren anerkennen. Die Fußfassung in Nordkaukasien leitete als erster Schritt die russische Ausdehnung nach Mittelasien ein, die später von England ebenso heftig bekämpft wurde wie Rußlands auf das Mittelmeer abzielende Pläne. Der Friede von Jassy (1792) brachte

[1]) D. Gerhard: England und der Aufstieg Rußlands, 1933, S. 104.

der Zarin das Gebiet zwischen Bug und Dnjestr mit der Stadt Otschakow sowie die Anerkennung der russischen Herrschaft über die Krim ein, so daß Katharina nunmehr das ganze Nordufer des Schwarzen Meeres für Rußland in Besitz genommen hatte. Daß sie weit darüber hinausgehende Ziele verfolgte, zeigt ihr mit dem Günstling *Potemkin* entworfener Plan, Konstantinopel zu erobern und ein großgriechisches Reich unter ihrem zweiten Enkel *Konstantin* auszurufen, d. h. die Türkei zu zerschlagen. Angesichts der ungewissen Haltung einiger europäischer Mächte beschränkte sich die Zarin jedoch auf die Annexion der Krim.

Englands Politik war damals auf den Atlantik ausgerichtet. Seine Mittelmeerinteressen ordnete es der großen Auseinandersetzung mit Frankreich unter. 1763 suchte es mit Rußland gegen die Türkei vorzugehen, um den Verbündeten Frankreichs zu schwächen. Schon damals war es bestrebt, die Bande zu lockern, die Ägypten mit der Türkei verbanden. Daran, daß Rußland die Dardanellendurchfahrt gewährt wurde, war England allerdings keineswegs gelegen. Andererseits konnte auch der Gedanke an Indien damals im Denken des britischen Volkes noch nicht die beherrschende Rolle spielen, die ihm in der Folgezeit zukam. Der östliche Teil des Mittelmeeres lag noch abseits des Gesichtsfeldes des atlantik-orientierten Durchschnittsengländers, dem politisches Denken im Grunde ohnehin nicht lag. Die Türkei war nach alter Anschauung kein Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft, kam also für eine Zusammenarbeit nicht in Betracht. Ungeachtet aller Enttäuschungen, die seine Politik ihm bereits gebracht hatte, suchte der Gegner Pitts, *Fox*, zwischen den beiden Kriegen das russische Bündnis. Aber obwohl er Katharina versicherte, daß sie auch im Falle weiterer Verwicklungen mit der Türkei auf die wohlwollende Neutralität Englands rechnen könne, kam es wiederum nicht zu einem Abschluß. Die Zarin wollte aus der englischen Freundschaft zwar den größtmöglichen Vorteil ziehen, die Voraussetzungen für ein engeres Verhältnis der beiden Mächte auf vertraglicher Grundlage erachtete sie jedoch nicht für gegeben. Nichts kennzeichnet das englisch-russische Verhältnis gegen Ende des Jahrhunderts besser als die Tatsache, daß England der Zarin noch 1796 Korsika anbot[2]), nachdem es im amerikanischen Krieg vergebens versucht hatte, Rußland durch Abtretung von Minorka als Gegengewicht gegen Frankreich zu gewinnen. Man war sich in London über die weiteren Ziele der russischen Expansion also durchaus im klaren,

---

[2]) D. Gerhard, a. a. O. S. 420.

trug aber keine Bedenken, ihr in die Hand zu arbeiten und die noch nicht sehr entwickelten britischen Mittelmeerinteressen als Kompensationsobjekt für größere Ziele einzusetzen. Im Hinblick auf die Französische Revolution mit ihren das Zusammenleben der europäischen Völker so weitgehend beeinflussenden Ausstrahlungen nicht minder als mit Rücksicht auf den Ostseehandel, der England Schiffbauholz und andere wichtige Rohstoffe lieferte, wähnte man sich auf ein gutes Verhältnis zu Rußland angewiesen. Für den jüngeren *Pitt* allerdings war die Vorstellung, daß Rußland eines Tages das östliche Mittelmeer beherrschen könnte, unerträglich. Er verlangte daher, daß die Erhaltung der Türkei zum Grundsatz der englischen Außenpolitik gemacht würde. Dagegen erhoben sich jedoch starke Widerstände, denen er sich schließlich fügen mußte, um so mehr, als das verbündete Preußen im entscheidenden Augenblick versagte.

Der bedeutendste Gegner der russischen Türkenpolitik war in diesen Jahrzehnten noch nicht England als vielmehr Frankreich, das durch eine Freundschaft, die bereits ein Vierteljahrtausend überdauert hatte, mit der Türkei verbunden war. Allerdings sah sich Vergennes, der leitende Minister *Ludwigs XVI.*, infolge des überseeischen Krieges mit England nicht in der Lage, zugleich eine aktive Türkenpolitik zu betreiben. Sorgfältig darauf bedacht, sein kunstvoll aufgebautes Gleichgewichtssystem nicht zu gefährden, nahm er 1779 eine vermittelnde Stellung zwischen Rußland und der Türkei ein. Einerseits geboten dies die weitreichenden französischen Wirtschaftsinteressen in der Levante, andererseits wünschte er auch Rußland enger an Frankreich heranzuführen. Als nun die Zarin im Herbst 1782 mit Aufteilungsplänen vorsichtig vorfühlend an Frankreich herantrat, lehnte *Vergennes* nachdrücklich ab. Statt auf den Vorschlag Katharinas einzugehen, erkundigte er sich in London, ob England bereit sei, sich an einer gegen die russische Annexion der Krim gerichteten diplomatischen Aktion zu beteiligen. Die Gefährdung des französischen Prestiges, das unter der 1. Polnischen Teilung bereits erheblich gelitten hatte, war dafür nicht minder maßgebend als die Erwägung, daß ein vergrößertes Rußland und ein vergrößertes Österreich sein Europaprogramm als Ganzes stören wie auch vor allem auf Italien drücken würden. Die Republik trat im östlichen Mittelmeer erst in Erscheinung, als Napoleon Ägypten angriff, um gegen Indien vorzustoßen. Das Unternehmen besiegelte den endgültigen Zusammenbruch des französisch-türkischen Verhältnisses.

Die Expedition Napoleons wirkte nicht nur auf die Entwicklung im Mittelmeer, sondern mehr noch auf die europäische Politik

als Ganzes tiefgreifend ein. Die unmittelbare Folge war der Abschluß des englisch-russischen Bündnisses, dem sich die Türkei anschloß (1799). England kam es vor allem darauf an, die stärkste Festlandsmacht gegen Napoleon einsetzen zu können. Der Angriff auf Ägypten diente lediglich als Anknüpfungspunkt. Wie der Friede zu Amiens zeigte, in dem sich England verpflichtete, seine mittelmeerischen Stützpunkte preiszugeben, betrachtete es dieses Gebiet noch immer nicht als Interessenzone ersten Ranges. Der geisteskranke Zar dagegen, *Paul I.* (1797—1801), deutete den Vorstoß Napoleons als einen Schlag gegen die russische Mittelmeerpolitik, die er als ein Vermächtnis Katharinas, seiner verstorbenen Mutter, und als seine wichtigste Aufgabe ansah. Die englisch-französische Auseinandersetzung hoffte er dazu benutzen zu können, seine Pläne ein wesentliches Stück vorwärtszutreiben. In einer Geheimklausel des 1799 mit der Türkei geschlossenen Vertrages hatte er sich für den Kriegsfall freie Meerengendurchfahrt für die russische Kriegsflotte gesichert, während den anderen Staaten die Meerengen verschlossen bleiben sollten. Die Ionischen Inseln, die er sich von der Türkei hatte abtreten lassen, faßte er zu einer „Republik der Vereinigten Sieben Inseln" zusammen. Als England sich jedoch weigerte, das Napoleon abgenommene Malta an Rußland abzutreten — als Großmeister des Malteserordens hatte Paul Anspruch auf die Insel erhoben — und darüber hinaus durch fortwährende Übergriffe britischer Kriegsschiffe die russische Handelsschiffahrt geschädigt wurde, trug er keine Bedenken, das Steuer herumzuwerfen, sich mit Frankreich zu verständigen und einen Schlag gegen Indien vorzubereiten. Bevor er diesen Plan verwirklichen konnte, wurde er von einem seiner Offiziere ermordet. Sein Nachfolger, *Alexander I.*, schien gleichfalls einen antienglischen Kurs einschlagen zu wollen. Durch energisches Vorgehen gegen Dänemark als einen der schwächsten Anhänger der von Paul wieder ins Leben gerufenen „bewaffneten Seeneutralität" und als eine Rußland verbündete Macht verhinderte England jedoch eine Vertiefung der russisch-französischen Beziehungen. Erst nach dem Wiederausbruch des englisch-französischen Krieges konnte Alexander I. den bis dahin bedeutendsten Erfolg der russischen Mittelmeerpolitik erringen, als er 1805 von der Pforte die Meerengendurchfahrt auch für Friedenszeiten erwirkte. Infolge des in Tilsit mit Napoleon geschlossenen Bündnisses vermochte er jedoch das Erreichte nicht auszunutzen. Der Ionische Inselstaat war gleichfalls nur eine kurzlebige Schöpfung: Er wurde 1807 von den Engländern besetzt.

Daß die russische Dardanellenpolitik nicht Selbstzweck war,

sondern auf eine Fußfassung am Mittelmeer im weiteren Sinne abzielte, zeigte sich bald darauf, als Alexander den Versuch unternahm, durch Einflußnahme auf die Balkanslawen an die Adria vorzustoßen. Schon während der Türkenkriege Prinz Eugens hatten sich große Teile der orthodoxen Slawen in die österreichischen Grenzgebiete geflüchtet, wo man ihnen bereitwillig Gelegenheit gegeben hatte, sich niederzulassen. Österreich war damit in die Stellung einer Schutzmacht der Balkanslawen hineingewachsen. Diese Aufgabe trachtete nun, wie vorher schon unter Katharina, Rußland zu übernehmen. Als 1804 in den serbischen Gebieten ein großer Aufstand gegen die türkische Herrschaft ausbrach, ließ Alexander I., um die Serben zu unterstützen, russische Truppen in die Donaufürstentümer (Moldau und Walachei) einmarschieren. Angesichts des Rußlandfeldzuges Napoleons mußte der Zar allerdings den sehr schleppend geführten Türkenkrieg durch den am 28. Mai 1812 abgeschlossenen Frieden von Bukarest beenden und die Donaufürstentümer wieder herausgeben. Doch gewann er Bessarabien bis zum Pruth und konnte darüber hinaus die Autonomie Serbiens erwirken. Die freie Durchfahrt durch die Meerengen blieb der russischen Kriegsflotte hingegen auf Grund einer 1809 zwischen England und der Pforte getroffenen Abmachung versagt.

Unter wesentlich günstigeren Voraussetzungen konnte sich Rußland in den Freiheitskampf der Griechen einschalten. In allen Staaten Europas nahm man leidenschaftlich an diesem Ereignis Anteil. So konnten russische Truppen im April 1828 auf Grund einer mit England und Frankreich getroffenen Vereinbarung die Moldau und Walachei besetzen und gegen Adrianopel vorstoßen, das sich am 20. August ergab. Auch die nach Kaukasien entsandten Truppen kämpften erfolgreich. Im Frieden von Adrianopel 1829 erhielt Rußland die Ostküste des Schwarzen Meeres, die Inseln vor der Donaumündung, als wichtigstes Ergebnis die Schutzherrschaft über die Donaufürstentümer sowie das Recht der freien Durchfahrt durch den Bosporus und die Dardanellen. Griechenland wurde selbständig. Für die russische Mittelmeerpolitik hatte der Friede von Adrianopel bedeutsame Folgen. War das Einschreiten Rußlands auch im Einvernehmen mit England und Frankreich erfolgt, um die Türken zu einem Waffenstillstand mit den Griechen zu zwingen, so begannen doch die Siege des General *Diebitsch*, der entschlossen war, Konstantinopel zu nehmen, die europäischen Mächte stark zu beunruhigen. Frankreich zwar neigte jetzt im Hinblick auf seine durch die Kanalpläne gesteigerten ägyptischen Interessen mehr zu Rußland hin. Österreich und England dagegen fanden sich in der gemeinsamen

Gegnerschaft gegen die weitreichenden russischen Absichten. Obwohl angesichts der türkischen Schwäche die Möglichkeit bestand, die Meerengen im Handstreich zu nehmen, verzichtete das russische Kabinett auf Anraten *Nesselrodes* darauf, den mittelmeerischen Erfolg bis zur Neige auszukosten. Die Nachbarschaft einer bis zur Ohnmacht geschwächten Türkei zog man einem nach der Besetzung Konstantinopels für unvermeidlich angesehenen großen europäischen Kriege vor. Trotz seines Verzichts genoß Rußland jetzt eine Stellung auf dem Balkan wie nie zuvor: Griechenland zwar entglitt bald seinem Einfluß, dafür neigten die Bulgaren, Serben und Montenegriner um so eindeutiger nach Rußland.

Der Türkisch-Ägyptische Krieg 1832/33 bot dann dem Zaren Gelegenheit, seinem Ziel wieder um ein erhebliches Stück näher zu kommen. Das Vordringen des ägyptischen Statthalters *Mehemet Ali*, der als Lohn für seine im Kampf gegen die Griechen geleistete Hilfe über Kreta hinaus auch Syrien forderte, zwang den türkischen Sultan infolge der abwartenden Haltung, die die übrigen europäischen Mächte einnahmen, ungeachtet aller Bedenken den Zaren um Unterstützung gegen den aufständischen Vizekönig zu ersuchen. Nur allzu gern leistete *Nikolaus I.* dieser Aufforderung Folge. Bereits Ende Februar, wenige Wochen nach dem Hilferuf aus Konstantinopel, traf eine Flotte von 9 russischen Schiffen vor Konstantinopel ein, denen zwei weitere Geschwader folgten. Auf der asiatischen Seite des Bosporus wurden 10 000 Mann Infanterie ausgeschifft. Unter dem Eindruck der bewaffneten Demonstration Rußlands zog Mehemet Ali seine Truppen, die bereits Brussa bedroht hatten, über den Taurus zurück. Im Juli rückten auch die Russen wieder ab. Das geschickte Auftreten des Grafen *Orlow*, der als Sonderbeauftragter des Zaren inzwischen mit allen der zaristischen Diplomatie geläufigen Mitteln in Konstantinopel tätig gewesen war, brachte der russischen Regierung den Vertrag von Hunkjar Skelessi (1833) ein, der die beiden Unterzeichnermächte für die folgenden 8 Jahre zu gemeinsamer Verteidigung gegen jeden Angriff verpflichtete. Rußland verzichtete jedoch für den casus foederis auf jede Hilfe der Türkei gegen die Zusicherung, auf russisches Verlangen fremden Kriegsschiffen die Dardanellen zu sperren. Damit hatte der Zar am Goldenen Horn eine Stellung errungen, die sich von der eines Protektors kaum unterschied.

Aber wiederum wähnte er sich zu früh am Ziel seiner Wünsche. Wie schon seinen Vorgängern Paul und Alexander blieb es auch Nikolaus I. versagt, die Früchte seines diplomatischen Erfolges einzuheimsen. Schon längst hatte *Palmerston* die Gefahren erkannt,

die der Schlüsselstellung des britischen Weltreiches, Indien, durch den russischen Vormarsch in Zentralasien drohten. Darüber hinaus Rußland eines Tages auch im Mittelmeer auftreten zu sehen — was diese Gefahr noch wesentlich gesteigert hätte — erschien ihm untragbar. Er bemühte sich daher, dem russischen Einfluß bei der Pforte entgegenzuarbeiten und ließ zu diesem Zweck im Mai 1834 eine britische Flotte in der Nähe der Dardanellen kreuzen, ohne daß allerdings die Absicht einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Rußland dahinter stand. Die Erhaltung der Türkei wurde jedoch ein wesentlicher Faktor seiner auf die Sicherung des Indienweges abzielenden Politik. Einen Aufteilungsvorschlag Mehemet Alis, der in Gemeinschaft mit den Westmächten den Sultan stürzen und ein großarabisches Reich in Vorderasien gegen den zunehmenden russischen Einfluß errichten wollte, lehnte er daher ebenfalls ab; denn Englands Interesse schien ihm die Erhaltung der machtpolitisch bedeutungslosen Türkei nahezulegen. An die Stelle der Türkei einen großarabischen Staat zu setzen, entsprach nicht den englischen Plänen. Angesichts der Erfolge, die *Mehemet* 1839 gegen den Sultan errang, sah sich der Zar als verhinderte Schutzmacht der Hohen Pforte dieser gegenüber so bloßgestellt, daß er England kurzerhand den Vorschlag machte, Rußland gegen Preisgabe des Vertrages von Hunkjar Skelessi als Mandatar Europas den Schutz Konstantinopels anzuvertrauen. Durch dieses Angebot machte er sich natürlich der Türkei gegenüber eines Vertrauensbruches schuldig. England benutzte, statt darauf einzugehen, diesen Anlaß, sich von der Pforte versichern zu lassen, daß sie niemals wieder Hilfe bei den Russen suchen werde. Darüber hinaus gelang es Palmerston, die Meerengenfrage vor eine Konferenz der europäischen Großmächte zu bringen, die Rußland der Vorrechte, die es im Vertrag von Hunkjar Skelessi errungen hatte, beraubte, und durch die bis 1914 in Kraft gebliebene Meerengen-Konvention von 1841 eine endgültige Lösung herbeizuführen. Danach verpflichtete sich die Türkei, fremden Kriegsschiffen die Durchfahrt durch die Meerengen zu verbieten, solange sie sich im Frieden befand. In seinem Zustand weitgehender Entmachtung wurde das Osmanische Reich nunmehr für würdig befunden, in den Kreis der europäischen Mächte aufgenommen und unter ihren Schutz gestellt zu werden.

Rußlands direkter Vorstoß gegen die Dardanellen war damit abgeschlagen. Doch versuchte der Zar ein reichliches Jahrzehnt später, sich durch den Anspruch auf das Protektorat über die orthodoxen Christen der Türkei auf dem Balkan maßgeblichen Einfluß zu verschaffen, um so seinem heiß erstrebten Ziel unter Umgehung

der Meerengen näher zu kommen. Sogleich traten die Westmächte, denen sich später Piemont-Sardinien anschloß, Rußland im Krimkrieg (1854/56) mit bewaffneter Macht in den Weg. Dynastische Erwägungen bzw. die durch die Nachwirkungen der 48er Revolution bedingten Schwierigkeiten hielten Preußen und Österreich davon ab, sich der Expedition anzuschließen, obwohl in Österreich schon damals Strömungen vorhanden waren, die auf eine Intensivierung der Balkanpolitik drängten und dementsprechend ein gemeinsames Vorgehen mit den Westmächten befürworteten. Das militärische Übergewicht der Westmächte trat allerdings von Anfang an so offen zutage, daß ein Sieg der Russen nicht zu befürchten war. Mit dem Fall der Festung Sebastopol rückte die Erfüllung der russischen Wünsche abermals weiter in die Ferne. Der dritte Pariser Friede (1856), der unter vermittelnder Mitwirkung Österreichs und Preußens abgeschlossen wurde, gewährleistete erneut die Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit der Türkei. Rußland verzichtete auf das Protektorat über die Donaufürstentümer sowie die Schutzherrschaft über die orthodoxen Balkanchristen und trat den Süden Bessarabiens ab, der wieder mit dem Fürstentum Moldau vereinigt wurde. Das Schwarze Meer wurde für neutral erklärt, so daß Rußland eine Kriegsflotte dort nicht halten durfte. Angesichts der bedeutenden russischen Handelsinteressen, die in dem Aufblühen des erst im 18. Jahrhundert gegründeten Hafens von Odessa ihren Ausdruck fanden, wurde diese Bestimmung als besonders demütigend empfunden.

Daß Rußland sich mit den Bestimmungen des dritten Pariser Friedens abfinden werde, stand nicht zu erwarten. „Rußland schmollt nicht, aber es sammelt seine Kräfte", pflegte Gortschakoff zu sagen, der als erster wirklich bedeutender nationalrussischer Außenminister seinen Ehrgeiz darin sah, die russischen Südwestziele endlich zu verwirklichen. Er war in russisch-christlichen Gedankengängen aufgewachsen und stand dem Panslawismus nahe. Zunächst gelang es ihm, die lästigen Einschränkungen, denen Rußland sich 1856 auf dem Schwarzen Meer hatte unterwerfen müssen, wenigstens zu mildern. Bismarck kam seinen Wünschen entgegen, als 1871 die Schwarzmeerfrage auf der Londoner Pontuskonferenz erneut Gegenstand eingehender Beratungen der in Betracht kommenden europäischen Mächte war. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde Rußland eine Kriegsflotte auf dem Schwarzen Meer zugestanden, deren Durchfahrt durch die Meerengen allerdings von der Zustimmung der Türkei abhängig gemacht wurde. Im Vergleich zu dem, was Rußland erstrebte, war dies nur ein sehr bescheidener Erfolg. Unter

Ausnutzung einerseits der ständigen Schwierigkeiten, die die Türkei mit den slawischen Balkanvölkern hatte, sowie der mächtig angewachsenen panslawistischen Strömung andererseits, entschloß sich daher *Alexander II.*, noch einmal zu einem Gewaltschlag gegen die Türkei auszuholen. Die Voraussetzungen dafür waren auch insofern günstig, als die europäischen Mächte die Ausschreitungen der türkischen Truppen vor allem gegen die aufständischen Serben mißbilligten. Als aber Rußland nach anfänglichen Schwierigkeiten im Januar 1878 vor Adrianopel stand und der Türkei im Frieden von San Stefano die Selbständigkeit Rumäniens, Serbiens und Montenegros abnötigte, sowie für Bulgarien, das der Pforte als Tributärstaat verbunden bleiben sollte, einen Ausgang zur Ägäis sicherte, erhoben die Großmächte Protest. England, das eine russische Einflußsphäre in der Ägäis nicht dulden wollte, entsandte seine Flotte ins Marmarameer, Österreich-Ungarn, das um den Zusammenhalt seines Vielvölkerstaates und seinen bedeutenden Orienthandel besorgt war, mobilisierte. Dem vermittelnden Dazwischentreten Bismarcks auf dem Berliner Kongreß war es zu verdanken, daß ein Krieg der Großmächte vermieden werden konnte. Rußland blieb auf das Schwarze Meer beschränkt. Die Durchführung seiner Balkanpläne wurde auf lange Sicht verhindert. In tiefer Verstimmung, die sich zu Unrecht gegen Bismarck richtete, tat *Gortschakoff*, der russische Außenminister, den Ausspruch, daß er 100 000 Mann umsonst geopfert habe.

Der Türkenkrieg von 1877/78 und seine politischen Auswirkungen hatte Rußland gezeigt, daß es im Verfolg seiner Mittelmeerziele auf Widerstände stieß, die einen zu starken Kräfteeinsatz erfordert hätten. Der Zar setzte daher das Schwergewicht der russischen Machtpolitik an einer Stelle an, an der er sich allein mit England auseinanderzusetzen hatte. Mittelasien wurde für 25 Jahre der Hauptschauplatz der russischen Ausdehnung, während der Balkan und die Meerengen demgegenüber zurücktraten. Durch den Sieg über die Tekke-Turkmenen (1881) und die Besetzung von Merw (1884) war Rußland unmittelbarer Nachbar Afghanistans geworden, das England nach einem dritten Krieg (1879/80) zu einer Bastion gegen das russische Vorgehen auszubauen im Begriff stand. Daß es sich hier nicht um Fragen zweiter Ordnung, sondern um solche von entscheidender Tragweite handelt, erweist sich aus der schweren Krise, die 1885 nach dem Zusammenstoß russischer und afghanischer Truppen im indischen Vorfeld die beiden Weltmächte an den Rand des Krieges führte. Dank der Tatsache, daß der Sultan auf Druck der übrigen Großmächte der britischen Flotte die Meer-

engendurchfahrt verweigerte, wurde das Schlimmste vermieden und die Voraussetzung für einen Kompromiß geschaffen.

Doch setzte Rußland ungeachtet seiner Vorbereitungen in Ostasien, die es, gestützt auf das französische Bündnis, in den neunziger Jahren begonnen hatte, seine Tätigkeit auch im mittleren Orient fort um so mehr, als England durch den Burenkrieg gebunden war. Nach der Niederlage im Kriege gegen Japan rückten diese Gebiete, d. h. vor allem Persien, wieder in den Vordergrund der russischen Interessen. Es ist freilich durchaus möglich, daß Rußland nur in der Absicht hier auftrat, England für seine Meerengenwünsche gefügig zu machen[8]). Der britische Premierminister *Salisbury*, schon längst entschlossen, der englischen Isolierung ein Ende zu machen, schritt aber gegen die russische Expansion in Mittelasien nicht ein, da er auf weitere Sicht eine Annäherung an das russisch-französische Bündnis ins Auge gefaßt hatte, nachdem Wilhelm II. seinen Plan, die Türkei unter weitgehender Beteiligung Rußlands aufzuteilen, abgelehnt hatte. Deutschland gegenüber verhielt er sich zurückhaltend, die Reibungspunkte mit Frankreich und Rußland war er dagegen bemüht zu beseitigen. Auf der Grundlage dieser öffentlich niemals ausgesprochenen, gleichwohl aber deutlich erkennbaren Leitgedanken Salisburys versuchte später Grey, die russische Politik von Mittelasien abzulenken und mit dem Lockmittel der Meerengen gegen die Mittelmächte festzulegen. Die gemeinsame Gegnerschaft gegen den von Deutschland geleiteten Bau der Bagdadbahn, der die Erhaltung der Türkei bezweckte und somit dem Plan der beiden Mächte im Wege stand, trug dazu bei, England und Rußland schließlich zusammenzuführen. Rußland willigte in den Vertrag von 1907, durch den Persien in drei Zonen aufgeteilt wurde, gab aber gleichwohl seine dortigen Ziele keineswegs auf, verfolgte sie vielmehr unter weitestgehender Ausnutzung der Belastungsfähigkeit seiner Beziehungen zu England um so zielstrebiger weiter. Hauptgegner der russischen Balkanpolitik, die sich nach 1907 wieder ganz in den Vordergrund geschoben hatte, wurde Österreich-Ungarn. Doch zeigte sich der Außenminister der Donaumonarchie, *Aehrenthal*, bereit, sich mit Rußland zu einigen, als *Iswolski* ihm zusagte, gegen die Annexion Bosniens und der Herzegowina, die seit 1878 von Österreich-Ungarn besetzt waren, keinen Einspruch zu erheben. Infolge des Dazwischentretens verschiedener europäischer Mächte, vor allem Englands, blieben Rußland die Meerengen jedoch verschlossen. Dessen ungeachtet verfolgte Is-

[8]) Vgl. Oncken, H.: Die Sicherheit Indiens. Berlin 1935, S. 19.

wolski sein altes Ziel beharrlich weiter. 1909 schloß er mit Italien den Vertrag von Racconigi, in dem Italien der geplanten Meerengenbesetzung durch Rußland zustimmte, während Rußland der italienischen Regierung freie Hand gegenüber Tripolis gab. Infolge äußerer Umstände gelangte die Dardanellenfrage noch vor Ausbruch des Weltkrieges zu immer größerer Bedeutung. Die im Türkisch-Italienischen Krieg nach dem Angriff italienischer Torpedoboote auf die Dardanellenforts erfolgte Schließung der Meerengen brachte für die russische Wirtschaft schwere Schäden mit sich[4]). Als mit Ausbruch des ersten Balkankrieges die Gefahr einer Einnahme Konstantinopels durch die Bulgaren näher rückte, sah das russische Kabinett die Entsendung der Schwarzmeerflotte nach dem Goldenen Horn vor, um die russischen Interessen dort wahrzunehmen. Mit dem Näherrücken des Weltkrieges kam man am Zarenhof immer mehr zu der Überzeugung, daß im Ernstfalle Rußland die Meerengen besetzen müsse. Die Stellungnahme der russischen Regierung gegen die zu Beginn des Jahres 1914 erfolgte Entsendung der deutschen Militärkommission *Liman von Sanders* war dementsprechend heftig. Hätte man in Berlin nicht rechtzeitig nachgegeben, so wäre es möglicherweise schon damals zum Kriege gekommen.

Um England fest an sich zu binden und auf die russischen Kriegsziele zu verpflichten, scheute sich Rußland nicht, das Abkommen von 1907 zu brechen und in die neutrale Mittelzone in Persien einzudringen. Wiederum wandte es das Verfahren an, England durch den Druck auf die indische Sicherheitszone in einer entscheidenden Frage zum Nachgeben zu zwingen[5]).

Ungeachtet der schweren Niederlage, die die Zarenarmeen bis dahin erlitten hatten, erklärte die Duma im Februar 1915 den Erwerb Konstantinopels und der Meerengen zum ersten Kriegsziel Rußlands. England und Frankreich sicherten den Russen kurz darauf außer Konstantinopel den südlichen Teil Thraziens, größere Gebiete auf der asiatischen Seite der Meerengen und einige Inseln in der Ägäis zu, obwohl sie als Mittelmeermächte daran interessiert waren, Rußland von den Meerengen fernzuhalten. Bevor das Zarenreich Gelegenheit hatte, seine Wünsche verwirklicht zu sehen, brach die Revolution über das Land herein und schuf damit gänzlich neue Voraussetzungen. Die Alliierten fühlten sich an ihre Zusage, die sie wohl ohnehin nicht zu halten entschlossen waren, dem bolschewistischen Staat gegenüber nicht mehr gebunden. Die Dardanellen blie-

---

[4]) v. Dircksen, Rußlands Drang nach dem Süden. In: Marine-Rundschau, 1944, S. 129—143.

[5]) Oncken, a. a. O. S. 142/43.

ben türkisch, und der Friedensvertrag von Lausanne (1923) verfügte ihre Entmilitarisierung. In Friedenszeiten — und falls die Türkei neutral blieb, auch im Kriege — sah der Vertrag für die Kriegs- und Handelsschiffe aller Nationen die freie Meerengendurchfahrt vor. Wurde die Türkei selbst kriegführende Macht, mußte sie den Schiffen neutraler Mächte die Durchfahrt gestatten. Diese Regelung, die die russischen Schwarzmeerhäfen den Geschützrohren der britischen Flotte preisgab, wurde in Moskau, wo man — wie immer zu Zeiten eines schwachen Rußland — die Schließung der Meerengen viel lieber gesehen hätte, durchaus nicht begrüßt. Denn zunächst war der Sowjetstaat so sehr mit inneren Problemen beschäftigt, daß — ganz abgesehen von der trostlosen Verfassung der Kriegs- und Handelsmarine — an die Wiederaufnahme der zaristischen Mittelmeerziele noch nicht zu denken war. In der damals geschaffenen internationalen Meerengenkommission spielten der türkische Präsident und die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens die führende Rolle. Deutlich genug war damit zum Ausdruck gebracht, daß Rußlands Auftreten im Mittelmeer nicht erwünscht war. Die alten Gegensätze waren nach dem ersten Weltkrieg somit wieder aufgebrochen und hatten sich aus ideologischen Gründen erheblich vertieft. Die Sowjetunion beschränkte sich darauf, ihre Beziehungen zur Türkei auf eine bessere Grundlage zu stellen, wenn auch für die Meerengenpolitik damit praktisch kaum etwas gewonnen war.

Schließlich gelangten infolge der veränderten Verhältnisse in Mitteleuropa in Frankreich und England Bestrebungen zum Durchbruch, die die Sowjetunion in das Spiel der Kräfte wieder einzuschalten trachteten. Das sowjetisch-französische Bündnis, das 1935 auf Betreiben des wenige Monate vorher ermordeten Außenministers *Barthou* geschlossen wurde, und vor allem die Meerengenkonferenz von Montreux im Jahre 1936 sind die ersten Marksteine dieser Entwicklung. Die Internationale Meerengenkommission als Instrument zur Niederhaltung der russischen Mittelmeerpläne wurde abgeschafft, das Befestigungsverbot wieder aufgehoben und die Frage der Meerengendurchfahrt fremder Kriegsschiffe der fallweisen Entscheidung der türkischen Regierung überlassen. Nur der russischen Flotte wurde grundsätzlich freie Durchfahrt zugesichert. Damit wurde nicht nur das Schwarze Meer der Sowjetunion vorbehalten, diese erhielt vielmehr auch die Möglichkeit, eine aktive Mittelmeerpolitik zu treiben.

Daß Moskau dies nur als einen ermunternden Anfangserfolg einer sowjetischen Mittelmeerpolitik betrachten werde, stand zu erwarten. Waren doch die zaristischen Pläne vom bolschewistischen

Rätestaat nicht einfach übernommen, sondern wesentlich erweitert, auch wenn dies zunächst nicht ausgesprochen wurde. Heute scheinen die Weltrevolution und die Mittelmeerpläne der Zarenzeit zu einer unlöslichen Einheit verschmolzen zu sein. Dies zeigte sich bereits, als die Sowjets sich 1936 in den Spanienkonflikt einmischten, um die Iberische Halbinsel zur westlichen Ausgangsbasis ihrer Pläne zu machen. Dank des Eingreifens der Achsenmächte konnte der erste Versuch, Europa und das Mittelmeer vom äußersten Westen her zu bolschewisieren, vereitelt werden. Gestützt auf die Angloamerikaner hat es Moskau jedoch, vor allem im Laufe des letzten Jahres, verstanden, seinen Einfluß im Mittelmeer so zu steigern, daß es auf dem besten Wege ist, dort die Stellung der Vormacht zu erringen. Jede Gelegenheit einer Fußfassung am Mittelmeer wird wahrgenommen und sofort bis an die durch Zweckmäßigkeitserwägungen gezogene Grenze ausgenutzt. Einen bedeutenden Schritt in dieser Richtung stellt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Ägypten dar, die trotz des Einspruches maßgeblicher muselmanischer Kreise auf englischen Druck hin im August 1943 erfolgte. Damit gewann die Sowjetunion die sofort ausgenutzte Möglichkeit, „diplomatischen" Einfluß auch auf die übrigen nahöstlichen Länder zu nehmen. Als unmittelbares Ergebnis der Tätigkeit des Sowjetgesandten in Kairo wurde der Ankauf eines größeren Postens von Suezkanalaktien gemeldet.

Um sich im Vorderen Orient durchzusetzen, hatte sich die Sowjetunion schon seit Jahren um ein engeres Verhältnis zum Islam bemüht, dessen Schutzmacht zu werden sie zur Zeit besondere Anstrengungen unternimmt. Schon vor 21 Jahren hatte sie einen islamischen Kongreß nach Baku einberufen, um die englandfeindliche Stimmung in Vorderasien für ihre Zwecke auszunutzen. Es blieb damals bei einem Versuch. Die Methoden der sowjetischen Islampropaganda erwiesen sich aber als außerordentlich wandlungsfähig. So trat der Sowjetgesandte bei *Ibn Saud*, *Turkow*, zum Islam über, nachdem schon 1937 eine Schar von 400 Pilgern aus der Sowjetunion nach den heiligen Stätten in Mekka entsandt worden war. Bemerkenswert erscheint die Ernennung eines Mufti der Sowjetunion, *Abdul Rachman Rassuliev*, der im Sommer 1943 eine Propagandareise durch die Nahostländer unternahm. Auch Moskaus ablehnende Einstellung gegenüber dem Zionismus ist wohl in Zusammenhang mit seiner Islampolitik zu bringen. Bisher haben die sowjetischen Annäherungsversuche allerdings nicht den erhofften Widerhall gefunden. Die geistig führenden Kreise des Islam um die berühmte El-Azhar-Universität in Kairo sind nach wie vor ausgesprochen bolschewistenfeindlich und

haben das verschiedentlich mit Nachdruck zu erkennen gegeben. In den letzten Monaten machte sich eine verstärkte Agitation auch unter den in Vorderasien ansässigen Armeniern bemerkbar, die offenbar als „Minderheit" der armenischen Sowjetrepublik in Anspruch genommen werden sollen.

Die Entsendung *Bogomolows* als Sowjetbotschafter nach Algier sowie des stellvertretenden Außenkommissars *Wyschinski* in den Mittelmeerausschuß ließen erkennen, daß die Sowjetunion nicht nur im östlichen Mittelmeer ein entscheidendes Wort mitzusprechen gedenkt. Sie hat sich, wie die Aufnahme von zwei kommunistischen Ministern in das Kabinett *Bonomi* zeigt, auch bereits maßgeblichen Einfluß in den von den Angloamerikanern besetzten Gebieten Italiens verschafft. Dafür, daß Moskau sich gegebenenfalls auch in Frankreich und in Spanien einschalten möchte, liegen gleichfalls deutliche Anzeichen vor. Selbstverständlich hat man im Kreml auch die alten „Nahziele" nicht aus den Augen verloren. Dies bewiesen bereits die von *Molotow* anläßlich seines Besuches beim Führer angemeldeten Dardanellenansprüche, die natürlich auch bei den neuesten Entwicklungen in der Türkei eine bedeutende Rolle spielten, wie die Unterstützung, die den Verantwortlichen des Simowitsch-Putsches im ehemaligen Jugoslawien (1941) zuteil wurde. Wenn Moskau inzwischen die britische Regierung gezwungen hat, den Partisanenchef *Tito* anzuerkennen, so bedeutet dies einen weiteren Schritt zur Verwirklichung der sowjetischen Balkanpläne, die offenbar auf einen „Bund sowjetischer Balkanrepubliken" hinauslaufen. Ebenso wie die Sowjetunion bestrebt ist, am Eismeer eine Seemacht aufzubauen, trägt sie sich im Mittelmeer mit solchen Plänen. Als Grundlage dafür soll der dritte Teil der früheren italienischen Flotte dienen, als Stützpunkte sind einige Häfen in Süditalien in Aussicht genommen sowie Haifa, das die Sowjets mit den angelsächsischen Mächten gemeinsam benutzen.

Der unmittelbar Leidtragende dieser Entwicklung ist vor allem England. Den einzigen Erfolg, den es in diesem Kriege bisher errungen hat, die Sicherung des Seeweges nach Indien durch die Ausschaltung Italiens, hat es durch die Unterstützung der Sowjetunion wieder aus der Hand gegeben. Selbst für den kaum eintretenden Fall, daß England den Krieg „gewinnen" sollte, würde es sich vor die Entscheidung gestellt sehen, seine Mittelmeerinteressen preisgeben oder sich mit der Sowjetunion auseinandersetzen zu müssen. Der Einfluß, den Moskau innerhalb des letzten Jahres besonders im östlichen Mittelmeer, aber auch in Nordafrika gewonnen hat, läßt sich mit diplomatischen Mitteln jedenfalls nicht mehr beseitigen.

Die Völkerbundspläne der Alliierten[1]

Von Wilhelm G. Grewe

I

Das Urteil der englisch-amerikanischen Öffentlichkeit über die Ergebnisse des ersten Weltkrieges ist seit dem Ausbruch des neuen Krieges einer neuerlichen Revision unterzogen worden — einer Revision, welche die in der voraufgegangenen Friedensperiode vollzogene Sinnesänderung wieder rückgängig machte und geradezu in ihr Gegenteil verkehrte. Das Diktat von Versailles, die Kriegsschuldfrage, die Neutralität der USA, der Völkerbund — alle diese Probleme haben den Prozeß eines zweimaligen, jeweils entgegengesetzt gerichteten Urteilswandels durchlaufen. In den Jahren 1935—37 korrigierte *Philipp Kerr*, der Verfasser der berüchtigten „Mantelnote" vom 16. Juni 1919, jene Behauptungen über die deutsche Kriegsschuld, die man damals zum moralischen Fundament des Versailler Diktatfriedens gemacht hatte. In öffentlichen Vorträgen in England und den USA wies der nunmehrige *Lord Lothian* darauf hin, daß die These von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands aus der Haßpsychose des Krieges geboren sei und einer objektiven Prüfung der historischen Wahrheit nicht standhalte. Wenige Jahre später wollte der zum Botschafter in Washington und obersten Leiter der britischen Kriegspropaganda in den USA ernannte Lord Lothian diese Einsichten nicht mehr wahr haben. Eine Fülle unanfechtbarer Quellen, welche die erste Revision seines Urteils getragen hatte, hinderte ihn nicht, entschiedener und radikaler denn je zu seinen alten Thesen zurückzukehren. *Lloyd George*, der in seinen Memoiren den Versuch gemacht hatte, die Verantwortung für die einschneidendsten Entscheidungen der Pariser Friedenskonferenz anderen zuzuschieben, schlug sich wieder auf die Seite derjenigen, die den Hauptfehler von Versailles darin sahen, daß man den Besiegten gegenüber nicht hart genug gewesen sei. In den Vereinigten Staaten, wo man 1934 zur Zeit der Untersuchungen des Nye-Ausschusses erbitterte Anklagen gegen alle jene unverantwortlichen

---

[1] Im „Jahrbuch der Weltpolitik 1944" habe ich über die politischen und völkerrechtlichen Nachkriegsprojekte der Alliierten berichtet, die im Anschluß an die Atlantik-Charta in den Proklamationen und Konferenzbeschlüssen des Jahres 1943 entwickelt wurden. Der nachfolgende Aufsatz setzt diesen Bericht im Hinblick auf die seither bekanntgewordenen Pläne und Äußerungen fort.

Mächte gerichtet hatte, die aus mehr oder minder trüben Beweggründen die Neutralität der USA untergraben und den Kriegseintritt von 1917 gefördert hatten, setzten sich Stimmungen durch, die jeder echten Neutralitätspolitik feindlich gegenüberstanden und auf eine einseitige Unterstützung der britischen Politik um jeden Preis abzielten. Zuletzt wurde auch der Genfer Völkerbund, dessen Unzulänglichkeit seit 1937 Gegenstand allgemeiner Kritik gewesen war, einer Ehrenrettung teilhaftig: „Der Krieg ist im Jahre 1939 ausgebrochen, weil der Völkerbundspakt nie in vollem Umfang angewendet worden ist. Was geändert werden muß, sind nicht die Grundsätze des Völkerbundes, sondern die Art der Mittel, die ihm zur Verfügung gestellt werden, und gewiß auch der Geist, in dem die Völker und ihre Regierungen ihre internationalen Verpflichtungen betrachteten." Dieser Satz aus einer kürzlich unter dem bezeichnenden Titel „La S. d. N. non coupable ..." erschienenen Apologie des Genfer Systems durch einen griechischen Emigranten[2]) kennzeichnet ziemlich treffend den Stimmungsumschwung, der sich in dieser Frage auch im englisch-amerikanischen Lager vollzogen hat.

In der Atlantik-Charta sowohl wie in den Beschlüssen der Moskauer Konferenz hatten die Alliierten den Plan der Errichtung eines neuen Systems „allgemeiner Sicherheit" für die Nachkriegszeit verkündet. Seit dem Beginn des Jahres 1944 sind diese Ankündigungen dahingehend konkretisiert worden, daß in bewußter Anknüpfung an das Genfer System die Errichtung eines neuen, erweiterten und verbesserten Völkerbundes in Aussicht gestellt wurde.

II

Seit dem Beginn dieses Jahres ist die Diskussion über die Probleme der politischen Organisation der Nachkriegszeit im Lager der Alliierten kaum noch abgerissen. Soweit man in diesen Erörterungen auch den Ausdruck einer zielbewußten Kriegspropaganda erblicken muß, so charakteristisch und aufschlußreich sind doch die Projekte, die in diesem Zusammenhang entwickelt worden sind. Zurückhaltende, diplomatisch verklausulierte Andeutungen offizieller Reden und Erklärungen stehen neben breit ausgesponnenen, juristisch durchformulierten Satzungsentwürfen von privater Seite. Eine erschöpfende Berichterstattung ist angesichts dieser Fülle von Äußerungen in diesem Rahmen nicht möglich. Ich beschränke mich darauf, einige der wichtigsten und interessantesten Stellungnahmen hervorzuheben.

---

[2]) Constantin Epirotis, La S. d. N. non coupable ... Neuenburg 1944.

Unter den offiziellen Erklärungen ist von englischer Seite besonders die Rede *Churchills* vom 24. Mai 1944, von amerikanischer Seite eine Reihe von Erklärungen *Roosevelts* und *Hulls* besonders vom Mai und Juni dieses Jahres zu verzeichnen, die in der Presse als „Roosevelt-Plan" bezeichnet worden sind. Die Stellungnahme Churchills schließt sich an die Erörterungen an, die Anfang Mai auf der Konferenz der Empire-Premiers in London über das Thema der Nachkriegsorganisation geführt wurden. Schon damals wurde bekannt, daß sich die Premierminister des Commonwealth übereinstimmend für eine Wiederbelebung des Völkerbundes ausgesprochen hatten und daß sie den Ansatzpunkt hierfür in der Organisation der „Vereinigten Nationen" sahen. Auf amerikanischer Seite ist den Erklärungen des Präsidenten und des Staatssekretärs des State Department eine ausgedehnte Fühlungnahme Hulls mit dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten voraufgegangen. Man vergaß keinen Augenblick die weitgehenden verfassungsmäßigen Rechte des Senats, mit deren Hilfe die Außenpolitik des Präsidenten und des State Department durchkreuzt werden kann, und man erinnerte sich an das Schicksal, das *Wilson* in dieser Hinsicht erlitten hatte. Zwar hatte der Senat bereits im November vorigen Jahres in Gestalt der „Resolution Connally" seine grundsätzliche Zustimmung zur Beteiligung der USA an einer künftigen Weltsicherheitsorganisation erklärt. („Der Senat erkennt die Notwendigkeit einer allgemeinen internationalen Organisation zu einem möglichst frühen Zeitpunkte an, die auf das Prinzip der souveränen Gleichheit aller friedliebenden Staaten gegründet und die bereit ist, alle friedliebenden Staaten, ob groß oder klein, zur Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit aufzunehmen.") Jedoch hatte er dieser Erklärung sogleich den Vorbehalt hinzugefügt: „Entsprechend der amerikanischen Verfassung soll jeder Vertrag, der eine Auswirkung dieser Resolution ist, lediglich mit Zustimmung des Senats abgeschlossen werden, vorausgesetzt, daß zwei Drittel der anwesenden Senatoren dafür stimmen." Da der Senat somit nichts von seinen Befugnissen preisgab, sah sich Staatssekretär Hull zu einem sehr vorsichtigen Vorgehen veranlaßt. Am 30. Mai erklärte er über seine Verhandlungen: „Die erste Phase der offiziellen Besprechungen mit acht Senatoren ist abgeschlossen worden. Wir hatten offene und nutzbringende Erörterungen über die Grundprobleme und über die Pläne zur Errichtung einer internationalen Friedens- und Sicherheitsorganisation, in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Moskauer Erklärung der vier Nationen, der Entschließung Connally und weiterer ähnlicher Erklärungen in Amerika. Ich bin durchaus zuversichtlich

und bin bereit, mit Genehmigung des Präsidenten an offiziösen Besprechungen über diesen Gegenstand mit Großbritannien, Rußland und China sowie mit den Regierungen der übrigen Vereinigten Nationen teilzunehmen. Mittlerweile werde ich weitere Aussprachen mit diesen Senatoren und anderen Parteiführern der beiden Häuser des Kongresses haben." Senator *Vandenberg*, der wichtigste republikanische Vertreter im Auswärtigen Ausschuß des Senats, goß wenige Tage später Wasser in den Wein dieser optimistischen Mitteilung. Er stellte nämlich klar, daß sich die von Hull erwähnte Übereinstimmung nur auf drei bestimmte Punkte beziehe: erstens auf die Notwendigkeit der Errichtung einer Organisation zur Sicherung des Friedens nach dem Kriege; zweitens auf die Eröffnung von Besprechungen mit den übrigen Vereinigten Nationen über diesen Punkt; drittens auf die Bereitschaft des Ausschusses, dem Staatsdepartement fortlaufend seine Stellungnahme zu den Ergebnissen solcher Besprechungen mitzuteilen.

Inzwischen ist bekanntgeworden, daß Hull Vorbereitungen für eine im Laufe des Sommers auf amerikanischem Boden abzuhaltende Konferenz von Vertretern der vier Hauptmächte über diesen Gegenstand getroffen hat.

Unter den inoffiziellen Stellungnahmen ist insbesondere ein amerikanischer Entwurf hervorzuheben, der im Laufe der letzten beiden Jahre auf zahlreichen Konferenzen von etwa 200 vorwiegend nordamerikanischen und kanadischen Juristen ausgearbeitet und im März dieses Jahres veröffentlicht worden ist. Als Inspirator dieses Projekts wird der amerikanische Richter am Ständigen Internationalen Gerichtshof, *Manley O. Hudson*, genannt. Neben einer großen Zahl bekannter amerikanischer Völkerrechtsjuristen — *Berdahl, Philipp Marshall Brown, Corbett, Eagleton, Jessup, Potter, Roscoe Pound, Whitton, George Grafton Wilson, Quincy Wright* — haben sich ehemalige Funktionäre und Beauftragte des Genfer Völkerbundes — z. B. *Sarah Wambaugh* und der frühere finnische Minister *Holsti* — und andere Persönlichkeiten des wissenschaftlichen und politischen Lebens in den USA — z. B. *David Hunter Miller*, der Sekretär Wilsons auf der Pariser Friedenskonferenz, *Charles Warren*, der einstige Vorkämpfer der Neutralitätsgesetzgebung — an der Ausarbeitung dieses Projekts beteiligt[3]). Staatssekretär Hull

[3]) Eine gewisse Vorarbeit, die auf diesen Entwurf nicht ohne Einfluß geblieben zu sein scheint, hat das „Inter-American Juridical Committee" mit einer „Preliminary Recommendation on Post-War Problems" vom 5. September 1942 geleistet. Diese Empfehlung geht zurück auf das dritte Treffen der Außenminister der amerikanischen Republiken im Januar 1942 in Rio de Janeiro, wo

hat bereits in seiner Rede vom 12. September 1943 auf diese damals noch nicht abgeschlossene Arbeit Bezug genommen. Der Vorschlag gliedert sich in drei Teile, nämlich 6 „Postulate", 10 „Prinzipien" und 24 „Vorschläge" betreffend „das internationale Recht der Zukunft"[4]). Die Postulate erweisen sich als allgemeine Leitsätze über das Wesen der geplanten Staatengemeinschaft, die Prinzipien legen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden allgemeinen Rechtspflichten fest, die Vorschläge behandeln im I. Abschnitt die „Organisation der Staatengemeinschaft", im II. die Verfahren zur Beilegung internationaler Streitfälle, im III. die Verträge und die Möglichkeiten ihrer friedlichen Abänderung.

Von englischer Seite ist ein detaillierter Entwurf solcher Art bisher nicht vorgelegt worden. Doch ist man in London nicht müßig gewesen. Unter den Auspizien des Royal Institute of International Affairs haben einige frühere Funktionäre des Völkerbundsekretariats, *Lord Perth* — als Generalsekretär *Sir Eric Drummond* —, *Aghnides, Colban, Pelt, Walters* und *Wilson* eine 60 Seiten starke

---

das Inter-American Juridical Committee beauftragt wurde, spezielle Vorschläge im Hinblick auf die internationale Organisation in der Nachkriegszeit auf juristischem und politischem Gebiet und auf dem Gebiete der internationalen Sicherheit auszuarbeiten. Die am 5. September 1942 vorgelegte „Vorläufige Empfehlung" ist durch das Exekutivkomitee des Governing Board der Panamerikanischen Union am 2. November 1942 den Regierungen der amerikanischen Republiken zur Stellungnahme übersandt worden, wobei zum Ausdruck gebracht wurde, daß das Juridical Committee auf Grund dieser Stellungnahmen eingehendere Vorschläge auszuarbeiten beabsichtige.

Der im „American Journal of International Law", Vol. 37 (1943) Supplement, pp. 11—33, veröffentlichte Text der Vorläufigen Empfehlung umfaßt eine kurze Einleitung, einen historischen Teil („Factors which contributed to the breakdown of international law and order") und einen Schlußteil mit 14 „Conclusions". Die Unterzeichner sind *A. de Mello Franco, F. Nieto del Rio, Charles G. Fenwick, C. E. Stolk* und *P. Campos Ortiz*. Die „Conclusions" betreffen folgende Punkte: I. Priority of the moral law and of the fundamental principles of international law derived from it. II. Repudiation of the use of force. III. Unqualified obligation to settle disputes by peaceful methods. IV. Solidarity in the presence of aggression. V. Modification of the concept of sovereignty. VI. Necessity of a more effective international organization. VII. Character of the new association of nations. VIII. A more effective system of collective security. IX. Abandonment of the system of a balance of power. Limitation of armaments. X. Abandonment of political imperialism. XI. Elimination of political nationalism. XII. Elimination of economic imperialism. XIII. Elimination of economic nationalism. XIV. Elimination of the social factors of war.

[4]) Der Text ist fast gleichzeitig mit der in Washington erfolgten Veröffentlichung in englischer und französischer Sprache mit einer Einleitung von Prof. William Rappard in Nr. 2/3 (1944) der „Friedenswarte" abgedruckt worden. Der Entwurf wird im folgenden kurz „Hudson-Programm" genannt.

Denkschrift veröffentlicht, welche den Zweck verfolgt, die angeblichen Leistungen der Genfer Institution ins rechte Licht zu rücken und die Lehren und Erfahrungen der Genfer Praxis für das neue Experiment fruchtbar zu machen[5]). Das Schwergewicht dieser Veröffentlichung liegt stärker bei praktisch-technischen Fragen des Aufbaus der Ämter, der Rekrutierung des Personals, der Regelung der Sprachenfrage und der Budget- und Finanzprobleme. Das Versagen des Völkerbundes wird auf das Versagen der Politiker zurückgeführt; die Zusammenarbeit von Staatsangehörigen verschiedener Länder im Völkerbundsekretariat soll dafür jedenfalls nicht ursächlich gewesen sein.

Ende Mai ist in London weiterhin ein Sachverständigenbericht veröffentlicht worden, der sich über die Zukunft des Ständigen Internationalen Gerichtshofes ausspricht. Die britische Regierung hatte bereits Anfang 1943 ihren Alliierten die Anregung unterbreitet, die Anwesenheit von Völkerrechtsgelehrten verschiedener Länder in London zu benützen, um die Frage der künftigen Gestaltung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes überprüfen zu lassen. Eine Reihe von Regierungen und Quasi-Regierungen — Kanada, Neuseeland, das Französische Nationalkomitee, die belgische, niederländische, polnische, tschecho-slowakische, norwegische, griechische und luxemburgische Exilregierung — sind auf diesen Vorschlag eingegangen. Es kam im Mai 1943 zur Bildung einer Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz von Sir William Malkin, die den nunmehr vorgelegten Bericht ausarbeitete[6]).

III

Das Bild der neuen Weltorganisation, wie es sich die Engländer und Amerikaner phantasievoll ausmalen, läßt sich demnach etwa wie folgt skizzieren:

a) Es soll eine universale Staatengemeinschaft errichtet werden, der grundsätzlich alle Staaten der Welt angehören. Man will zwar, wie *Churchill* in seiner Rede vom 24. Mai betonte, „einen großen Teil der Struktur des alten Völkerbundes übernehmen", sich jedoch nicht auf seinen alten Mitgliederkreis beschränken. Den ursprünglichen Mitgliederkreis scheint man vielmehr, wie schon auf der Konferenz der Empire-Premiers festgestellt wurde, in den „Vereinigten Nationen" zu sehen. Im Unterschied zu den Andeutungen der Moskauer Konferenz ist in den neueren Plänen von einer dauernden Ausschließung der sog. „Angreifer-Nationen" nicht mehr die Rede.

---

[5]) Im folgenden kurz Perth-Memorandum genannt.

[6]) Im folgenden kurz Malkin-Bericht genannt.

Im proposal 1 des Hudson-Programms heißt es: „Die Staatengemeinschaft sollte auf einer universalen Grundlage organisiert werden. Alle existierenden oder künftig entstehenden Staaten sollten eingeschlossen sein. Keine Vorschrift sollte den Ausschluß oder den Austritt eines Staates vorsehen.“ Daß zum mindesten für einen längeren Übergangszeitraum die Zulassung der Unterlegenen nicht beabsichtigt ist, darf man gleichwohl schon daraus schließen, daß den Vereinigten Nationen für den Anfang eine besondere Rolle zugedacht ist.

Der universale Charakter der neuen Staatengemeinschaft soll „die Organisation von Staatengruppen auf der Grundlage regionaler Nachbarschaft, historischer Beziehungen oder gegenseitiger Interessen für Zwecke, die mit denen der universalen Organisation nicht unvereinbar sind“, nicht ausschließen (proposal 1, Abs. 2). Die Panamerikanische Union, die sich immer mehr als ein brauchbares Werkzeug der nordamerikanischen Politik erwiesen hat, brauchte mithin der neuen Weltorganisation nicht geopfert zu werden. Auf der anderen Seite ist damit auch der englischen Politik ein gewisser Spielraum für den Gedanken eines engeren europäischen Zusammenschlusses gegeben. Dieser Gedanke ist im Anschluß an die Rede, die der südafrikanische Premierminister *Smuts* Mitte Mai in Birmingham hielt, auch von Churchill plötzlich stark unterstrichen worden. Smuts hatte in einer seiner üblichen überraschenden Wendungen in Birmingham ein glühendes Bekenntnis zu Europa als dem „Herz der Humanität“ abgelegt und eine festere politische Struktur dieses wichtigsten aller Kontinente, sei es in Form eines Staatenbundes, sei es in der eines Commonwealth von Europa, jedenfalls unter führendem Anteil Englands, gefordert. Churchill hielt es für angebracht, den Namen eines „guten Europäers“ für sich in Anspruch zu nehmen und zu erklären: „Wir müssen versuchen, den glorreichen europäischen Kontinent aus seiner gegenwärtigen trostlosen Lage zu befreien und seinen alten Ruhm als eine Völkerfamilie und als eine wesentliche Ausdrucksform der Christenheit wiederherzustellen. Dieses große Gebilde wird in keiner Weise die Hauptzwecke der Weltorganisation stören. Das Britische Reich, die Konzeption eines wahrhaft geeinten Europa, eine brüderliche Assoziierung mit den Vereinigten Staaten, dies alles wird jene Hauptzwecke nicht beeinträchtigen; es wird im Gegenteil mithelfen können, daß die Weltorganisation glatt und reibungslos funktioniert“ [7]). Über die Aufgabe, Europa mit Hilfe der Bolschewisten als

---

[7]) In diesem Zusammenhang verdient auch erwähnt zu werden, daß sich Sir Walter Layton, Leiter der Finanz- und Wirtschaftsabteilung des Genfer Völkerbundes, bekannter liberaler Politiker und Wirtschaftsfachmann, am

eine „wesentliche Ausdrucksform der Christenheit“ wiederherzustellen, ließe sich manches sagen — wir begnügen uns hier mit der Feststellung, daß die in früheren Äußerungen Churchills angedeutete dualistische Nachkriegsorganisation mit einem „Rat für Europa“ und einem „Rat für Asien“ offenbar aus dem Blickfeld des britischen Premierministers verschwunden ist und der amerikanischen Auffassung von einer einheitlichen allumspannenden Weltorganisation Platz gemacht hat, wobei Europa nur noch als ein in diesen Gesamtrahmen eingegliedertes Regionalsystem erscheint.

b) Der Struktur des alten Völkerbundes entsprechend soll auch die neue Weltorganisation in erster Linie durch einen engeren „Rat“ und eine alle Mitglieder repräsentierende „Versammlung“ handelnd in Erscheinung treten. Über die Zusammensetzung und die Befugnisse dieser Organe besteht vorerst wenig Klarheit. Churchill hat sich in seiner Rede vom 24. Mai sehr vorsichtig und zurückhaltend geäußert, indem er sagte: „Wir beabsichtigen, eine Weltordnung und eine Weltorganisation zu errichten, die mit allen notwendigen Machtmitteln ausgerüstet sein wird, um den Ausbruch eines künftigen Krieges zu verhindern. Zu diesem Hauptzweck der Verhinderung des Krieges muß ein Rat geschaffen werden, der die ganze Welt kontrolliert und der die größten Staaten umfaßt, die siegreich aus diesem Kriege hervorgehen werden ... Es muß zur Aufrechterhaltung des Friedens auch eine Weltversammlung der Mächte geben, deren Verhältnis zur Weltexekutive oder Kontrollbehörde zu definieren ich nicht in der Lage bin.“

Die Formulierung Churchills hat im Lager der kleineren Alliierten die Befürchtung genährt, daß London — ebenso wie Moskau und Tschungking — dem Plan eines lediglich aus Vertretern der vier Hauptmächte gebildeten „Weltrates“ zuneige; sie hat daher sofort eine lebhafte Reaktion ausgelöst, die in einer Erklärung des Außenministers der niederländischen Exilregierung, *van Kleffens*, zum Ausdruck kam. Van Kleffens erklärte „im Namen der kleinen Nationen“, daß er nicht an die Wahrscheinlichkeit eines Versuches glaube, die internationalen Angelegenheiten nach dem Kriege ausschließlich der Kontrolle der USA, Großbritanniens, Chinas, der Sowjetunion sowie allenfalls noch Frankreichs zu unterstellen. Eine derartige Regelung könne nicht auf die aktive Unterstützung der

---

3. März in einer Vorlesung an der Universität Oxford für die Bildung eines europäischen Bundes oder einer europäischen Union einsetzte, die sich als regionaler Zusammenschluß einer die ganze Welt umfassenden Organisation einzugliedern hätten. Für die Bedürfnisse der Sicherheit müßten alle bewaffneten Streitkräfte Europas einem Europa-Rat unterstellt werden.

kleinen Staaten rechnen. „Die in diesem und im vorausgegangenen Kriege gemachten Erfahrungen zeigen, daß die Leistung militärischer Operationen eine Angelegenheit ist, die einer kleinen Zahl von Personen zufällt, daß es aber etwas anderes ist, eine Politik zu vertreten und zu verwirklichen, wenn kein eigentlicher Konflikt vorhanden ist. Die Bürde des Krieges ist für die kleinen Mächte ebenso schwer oder sogar noch schwerer. Es scheint daher vernünftig zu sein, daß sie das Recht haben, gehört zu werden, wenn Versuche zur Verhinderung des Krieges gemacht werden." Van Kleffens forderte nicht, daß alle kleinen Nationen ständig in den Organen der Nachkriegsorganisation vertreten sein müßten, er verlangte jedoch ein „System der Rotation", damit den kleinen Nationen die Möglichkeit gegeben werde, „der Reihe nach an der Seite der Großmächte Platz zu nehmen". — Inzwischen glaubt man in dem von van Kleffens vertretenen Lager, über die Pläne Washingtons in diesem einen Punkte beruhigt sein zu können: soviel bisher über den „Roosevelt-Plan" bekanntgeworden ist, sieht er, wenn nicht sogleich für den Beginn, so doch für später die Hinzuziehung von drei bis vier Vertretern kleinerer Staaten im Turnus vor. Damit wäre das Modell des alten Völkerbundrates im wesentlichen wiederhergestellt, wenn auch naturgemäß in einer neuen Besetzung, wobei noch offen bliebe, ob es den kleinen Staaten in diesem neuen Rate gelingen könnte, auch nur annähernd den früheren, ohnehin schon beschränkten Einfluß wiederzuerlangen.

Die offiziellen Stellungnahmen schweigen sich über nähere Einzelheiten der Struktur und Kompetenz von „Rat" und „Versammlung" aus. Die inoffiziellen Entwürfe, deren Vorschläge als Beispiel für die diskutierten Lösungsmöglichkeiten immerhin von gewissem Interesse sind, brauchten in dieser Hinsicht naturgemäß weniger bedenklich zu sein. Auch das Hudson-Programm befleißigt sich jedoch einer gewissen Zurückhaltung und ist offenbar sehr bemüht, den Anschluß an die Vorstellungen der Staatsmänner und Diplomaten nicht zu verlieren. Die Zahl der Mitglieder des „Ausführenden Rates" („Executive Council") ist einstweilen offengelassen (prop. 3,1). Im Hinblick auf die Auswahl der Staaten, die zur Vertretung im Rate zugelassen sein sollen, wird betont, daß „besondere Beachtung der Bedeutung ihrer Rolle in internationalen Angelegenheiten beigemessen werden sollte". Darüber hinaus heißt es lediglich: „Anfänglich sollten die zur Vertretung im Rate berechtigten Staaten namentlich bezeichnet werden. Gewisse Staaten könnten bis zur Wahl ihrer Nachfolger zur Vertretung ermächtigt werden; andere Staaten

könnten für eine oder mehrere bestimmte Perioden von Jahren zur Vertretung ermächtigt werden. Die Auswahl ihrer Nachfolger und gegebenenfalls die Auswahl anderer, zur Vertretung berechtigter Staaten sollte der Generalversammlung anvertraut sein" (prop. 4). Auch diese Andeutungen führen offensichtlich wieder auf das Modell der alten Genfer Regelung zurück. Das gleiche gilt auch für die Kompetenzabgrenzung — oder vielmehr für die ausdrückliche Nichtabgrenzung der Kompetenzen zwischen Rat und Versammlung. Beiden Organen wird eine „allgemeine Befugnis, sich mit jeder die Staatengemeinschaft angehenden Frage zu befassen", zugeschrieben (prop. 2,2; 3,2). Die wichtigste Abweichung vom Genfer Vorbild liegt darin, daß die Generalversammlung, in der alle Mitgliedstaaten vertreten sein sollen, ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit fassen soll (prop. 2,2). Während man 1919 zur Wahrung der einzelstaatlichen Souveränitätsrechte an dem Prinzip der einstimmigen Willensbildung unbedingt festhalten zu müssen glaubte, tritt hier das Bestreben zu einem schwerwiegenden Einbruch in die überlieferten staatlichen Souveränitätsrechte zutage. Beim Ausführenden Rat ist zwar — mit Ausnahme der Entscheidungen in Verfahrensfragen — grundsätzlich an dem Einstimmigkeitsprinzip festgehalten worden, jedoch auch hier mit dem Vorbehalt ausdrücklich abweichender Regelungen („except as may be expressly provided otherwise ...", prop. 3,2).

c) Die Kernfrage jedes neuen Sicherheitssystems bildet naturgemäß das zugrunde gelegte Prinzip der Friedenswahrung. Allen anglo-amerikanischen Plänen liegt zunächst das Prinzip der „kollektiven Sicherheit" in jenem allerweitesten Sinne zugrunde, wie es etwa in den Postulaten 4 und 5 des Hudson-Programms formuliert ist: „Jede Verfehlung eines Staates hinsichtlich seiner völkerrechtlichen Verpflichtungen ist eine Angelegenheit, welche die Staatengemeinschaft angeht" (post. 4). „Jede Anwendung oder Androhung von Gewalt durch einen Staat in seinen Beziehungen mit einem anderen Staat ist eine Angelegenheit, welche die Staatengemeinschaft angeht" (post. 5). — Jenes Prinzip der „kollektiven Sicherheit" in einem engeren Sinne, wie es das alte Genfer System mit seiner Verknüpfung von Abrüstung, Sanktionen und Schiedsgerichtsbarkeit verkörperte, ist in den heutigen Plänen allerdings nicht wieder aufgenommen worden. Ein fundamentaler Unterschied springt sofort in die Augen: der Gedanke der allgemeinen Abrüstung ist grundsätzlich fallen gelassen worden. Selbst auf den Anschein einer solchen und auf die Aufstellung fiktiver Abrüstungsforde-

rungen wird nunmehr verzichtet[8]). Churchill hat in diesem Punkte vollkommen eindeutige Formulierungen gefunden, die allerdings nur eine Einstellung bestätigen, die längst bekannt war: „Wir müssen unsere Weltorganisation bewaffnen und dafür sorgen, daß sie innerhalb der ihr zugewiesenen Grenzen eine überwältigende militärische Macht besitzt." Wer diese Macht ausüben soll, blieb nicht im Zweifel: „Diese Staaten (nämlich die im Rat vertretenen „größten Staaten", „die siegreich aus diesem Kriege hervorgehen werden") werden verpflichtet sein, einen gewissen Minimalstandard von Rüstungen beizubehalten, um den Frieden zu bewahren."

In diesen Äußerungen kommt zugleich eine Entscheidung zum Ausdruck, die erst jetzt in aller Eindeutigkeit gefallen ist und die für die Struktur einer weltpolitischen Ordnung von größter Bedeutung ist: der Plan einer internationalen Polizeistreitmacht ist endgültig fallen gelassen worden. Er ist, wie man vermuten darf, der amerikanischen Ablehnung zum Opfer gefallen. „Wir denken nicht an einen Überstaat mit eigener Polizei, eigenen Streitkräften und ähnlichen staatlichen Rechten, wir streben nach wirksamen Abkommen und Vereinbarungen, durch die die Nationen nach ihren eigenen Fähigkeiten genügend Streitkräfte beibehalten, die die künftige Verhinderung des Krieges erfordert und die eine vorsätzliche Vorbereitung eines neuen Krieges unmöglich machen" — mit diesen Worten skizzierte *Roosevelt* in seiner Erklärung vom 16. Juni die ihm vorschwebende Konzeption, die offenbar in geschmeidiger Anpassung an gewisse inneramerikanische Strömungen und Stimmungen auf eine Organisation abzielt, die sich mit einem Mindestmaß formaler Institutionalisierung begnügt. Dieses Bestreben kam auch in seiner Äußerung vom 30. Mai zum Ausdruck: er habe nach dem letzten Weltkrieg die Völkerbundsidee unterstützt, sei jedoch inzwischen zu der Überzeugung gelangt, daß es wesentlich sei, die in der Zwischenzeit gesammelten Erfahrungen zu verwerten, namentlich im Sinne der Erkenntnis, daß man bisher kein allgemeines und zeitlich unbegrenzt wirksames Mittel zur Verhinderung von Kriegen gefunden habe. Das Ziel sei deshalb diesmal bescheidener; es werde die Errichtung einer internationalen Organisation zum ständigen Meinungsaustausch angestrebt, wobei die Unabhängigkeit und die Integrität der Vereinigten Staaten unangetastet blieben.

---

[8]) Das Inter-American Juridical Committee hatte im IX. Punkt seiner Empfehlung immerhin noch von einer fortschreitenden Begrenzung der Rüstungen „bis zu einer Grenze, die mit der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und der Erfüllung internationaler Verpflichtungen ... vereinbar ist", gesprochen.

In Übereinstimmung mit dieser, noch vor kurzer Zeit ungeklärten Entscheidung verzichtet auch das Hudson-Programm auf den Gedanken einer internationalen Streitmacht. Es gibt dem Ausführenden Rat sehr weitgehende Befugnisse zur Einleitung einer Aktion gegen den Friedensbrecher, ohne jedoch das zu befolgende Verfahren näher zu qualifizieren. Kommt ein Staat seinen internationalen Verpflichtungen nicht nach, wendet oder droht er in seinen Beziehungen zu einem anderen Staate Gewalt an, bestehen auf seinem Staatsgebiete Bedingungen, welche den internationalen Frieden und die internationale Ordnung bedrohen, so soll der Rat aus eigener Initiative oder auf Anforderung eines Staates ermächtigt sein, diejenigen Maßnahmen zu treffen, die ihm zum Schutze der Interessen der Staatengemeinschaft und zur Verhütung oder Unterdrückung der Gewaltanwendung erforderlich erscheinen (prop. 8 bis 10). Jedem einzelnen Mitgliedstaat ist andererseits die Rechtspflicht auferlegt, in Zusammenarbeit mit anderen Staaten diejenigen Maßnahmen zu treffen, die durch das zuständige Organ der Staatengemeinschaft zur Unterdrückung oder Verhütung der Gewaltanwendung in den gegenseitigen Beziehungen vorgeschrieben werden sollten. Der dem Programm beigefügte knappe Kommentar weist im Hinblick auf diese Vorschrift ausdrücklich darauf hin, daß sich kein Staat diesen Verpflichtungen unter Berufung auf das Neutralitätsrecht des 19. Jahrhunderts soll entziehen können.

Ist somit der Gedanke der allgemeinen Abrüstung preisgegeben, das System der gegenseitigen Hilfeleistungspflicht in seiner praktischen Ausgestaltung noch nicht recht zu übersehen, so zeichnet sich hinsichtlich der vorgesehenen Verfahren zur friedlichen Schlichtung internationaler Streitfälle eine stärkere Anlehnung an die alten Gedankengänge ab. Die Entscheidung aller „Rechtsstreitigkeiten" durch einen Internationalen Gerichtshof und die Zuweisung aller „politischen Streitigkeiten" an eine andere Vermittlungsinstanz, insbesondere an den Rat, steht hier als beherrschender Leitgedanke im Vordergrund.

d) Die Notwendigkeit eines Internationalen Gerichtshofes ist in keinem der neuen Völkerbundsprojekte angezweifelt worden. Im allgemeinen ist man sogar der Auffassung, daß sich der bisherige Ständige Internationale Gerichtshof (Permanent Court of International Justice) im Haag bewährt habe und nur gewisser Reformen bedürfe. Dieser Meinung hat insbesondere der Malkin-Bericht Ausdruck verliehen. Er befürwortet infolgedessen auch die Beibehaltung des Namens und des Sitzes des Gerichtshofes.

Allgemeine Übereinstimmung besteht darüber, daß die Beschrän-

kung der Kompetenz des Gerichtshofes auf die Entscheidung juristischer Streitigkeiten beibehalten und womöglich noch stärker betont werden müsse. Der Roosevelt-Plan, der Malkin-Bericht, das Hudson-Programm deuten diese Tendenz mehr oder minder ausgesprochen an. Als selbstverständlich wird allgemein angenommen, daß der Zusammenhang des Gerichtshofes mit dem alten Völkerbund gelöst werden müsse — dagegen scheint die Frage, wieweit er institutionell mit der neuen Weltorganisation zu verknüpfen sei, noch umstritten zu sein. Der Malkin-Bericht spricht sich gegen jede solche Verknüpfung aus. Soweit sich eine neue Organisation des Gerichtshofes bedienen wolle, müßten die notwendigen Verfahrensvorschriften in deren eigener Verfassung niedergelegt werden, nicht aber im Statut des Gerichtshofes. Das Hudson-Programm erklärt dagegen, daß der Ständige Internationale Gerichtshof „als wichtigstes Rechtsprechungsorgan der Staatengemeinschaft aufrechterhalten werden sollte und daß sein Statut der Organisation der Staatengemeinschaft angepaßt werden sollte (prop. 12). Der Rat soll dafür Sorgen tragen, daß ein Urteil des Gerichtshofes von den betroffenen Staaten respektiert wird.

Über die technische Umgestaltung des Gerichtshofes im einzelnen spricht sich nur der Malkin-Bericht näher aus. Bei der Auswahl der Richter soll weiterhin die Staatsangehörigkeit hinter der beruflichen und persönlichen Eignung und Erfahrung zurücktreten. Eine ständige Zuteilung von Richtersitzen an einzelne Mächte wird abgelehnt — wobei jedoch zugleich angedeutet wird, daß der Privilegierung der Großmächte auch hier eine Hintertür geöffnet bleibt: das Bestreben, allen wichtigen Rechtssystemen und Auffassungen eine angemessene Vertretung zu sichern, werde automatisch gewissen Ländern eine ständige Vertretung garantieren. Die Zahl der Richter soll von 15 auf 9 herabgesetzt werden (ohne die „nationalen Richter", die von den beteiligten Parteien in einem konkreten Streitfall ad hoc bestellt werden können). Die Wahl der Richter soll künftig durch die Regierungen unmittelbar und nicht wie bisher durch den Völkerbund erfolgen. Auch die Aufstellung der Kandidaten soll durch die Regierungen selbst erfolgen. Jedes Land soll nur einen Kandidaten seiner Nationalität stellen dürfen. Alle drei Jahre sollen im Turnus drei der Richter zurücktreten. Alle, nicht nur die dissidenten Richter, sollen künftig im Urteil ihre Stimmabgabe begründen. Eine obligatorische Schiedsverpflichtung soll im Statut selbst nicht verankert werden, dagegen soll sie wie bisher durch Unterzeichnung einer Fakultativklausel vereinbart werden können.

Die eigentliche Problematik des Ständigen Internationalen Ge-

rechnen könnte. Erst dann wäre die weitere Frage zu prüfen, ob die hier ins Auge gefaßten Befugnisse von einer internationalen richterlichen Instanz bewältigt werden können. Eben jene allererste Voraussetzung erscheint jedoch heute und in naher Zukunft so fragwürdig wie jemals.

Das dritte Revisionsverfahren trägt einen nach Form und Inhalt durchaus politischen und unjuristischen Charakter. Es betrifft das Problem des „peaceful change" im eigentlichsten und umfassendsten Sinne. Die Zuständigkeit einer richterlichen Instanz kam hierfür sowenig in Betracht wie eine autoritative, urteilsmäßige Entscheidung. Man hat daher in diesem Falle lediglich die politischen Instanzen Rat und Versammlung eingeschaltet und ihre Zuständigkeit auf „Empfehlungen" beschränkt. Auf der anderen Seite kann dieses Verfahren sowohl der eigenen Initiative des Rates wie auch der Initiative irgendeines beliebigen, nicht unmittelbar beteiligten Staates entspringen. Eine Gewähr dafür, daß es sich als wirksamer als der Artikel 19 der alten Völkerbundsatzung erweisen müßte, scheint nicht geboten zu sein.

f) Unter den mehr technischen Problemen, die man, voll eines unbegründeten Optimismus, bereits heute im gegnerischen Lager erörtert, mag letztlich noch die Frage des Völkerbundsitzes erwähnt werden. Um jeder institutionellen Verfestigung soweit wie möglich aus dem Wege zu gehen, hat Präsident Roosevelt vorgeschlagen, den Sitz des Bundes von Zeit zu Zeit von einer Stadt nach einer anderen zu verlegen. Ein solches „Rotationssystem" wird auch vom Perth-Memorandum, das sich mit der Frage des Bundessitzes eingehender beschäftigt, in den Bereich der Möglichkeit gezogen. Die Niederlassung auf dem Gebiete einer Großmacht wird in dieser Denkschrift entschieden abgelehnt, der dauernden Niederlassung in einem kleineren Staate, möglicherweise auch auf internationalem Gebiete, wird letztlich doch der Vorzug gegeben. Im Endergebnis wird wiederum die Schweiz und hier wiederum Genf in Vorschlag gebracht: „Die einzigartige Tradition der schweizerischen Neutralität und der Umstand, daß das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in der Schweiz zu Hause ist, müßten als Grund für eine besondere Berücksichtigung akzeptiert werden können."

Eine Reihe von Einrichtungen, die man aus dem alten Völkerbundsrecht kennt, tauchen auch in den neuen Projekten wieder auf: das Sekretariat, die Vorschrift über die Registrierung internationaler Verträge, das Internationale Arbeitsamt. Wir können uns diese Einzelheiten ersparen. Das Internationale Arbeitsamt, dessen tatsächliche und projektierte Entwicklung sorgfältigst beobachtet

werden muß, bedürfte einer gesonderten Darstellung, die sich vor allem mit den Ergebnissen der Konferenz von Philadelphia auseinanderzusetzen hätte.

IV

Die etwas detaillierteren Stellungnahmen zur Frage eines neuen Völkerbundes, über die hier berichtet wurde, stammen fast ausschließlich von englischer oder amerikanischer Seite, wobei sich, je nach ihrer Herkunft, gewisse charakteristische Abweichungen erkennbar machen. In Moskau hat man seit den Konferenzen des vorigen Jahres vollkommenes Stillschweigen bewahrt. Die Sowjets sind mithin auf den Gedanken der allgemeinen Sicherheitsorganisation nur in jenem Maße festgelegt, das sich aus den Beschlüssen der Moskauer Konferenz ergibt. Darüber hinaus bleibt ihre Haltung zweifelhaft. Nur soviel glaubt man im englisch-amerikanischen Lager zu wissen, daß sie zu einer nachdrücklichen Betonung des entscheidenden Übergewichts der vier Hauptmächte neigen.

Eben dieser Punkt ist für die Einstellung der mittleren und kleineren Alliierten von ausschlaggebender Bedeutung. An wortreichen Beschwichtigungserklärungen hat man in Washington und London allerdings nicht gespart. Am 28. März sagte Außenminister *Eden* in seiner Unterhausrede: „Wir denken nicht daran, einen Überstaat zu gründen. Auch in Zukunft werden große und kleine Staaten unabhängig nebeneinander leben, aber wir müssen uns darüber klar sein, daß, obgleich die Staaten dem Range nach ebenbürtig sind, sie doch in der Machtfülle keine Ebenbürtigkeit besitzen und dabei in den ihnen auferlegten Pflichten voneinander abweichen. Die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens muß in erster Linie den vier Großmächten zufallen, die die Moskauer Erklärung unterzeichnet haben. — Ich hoffe, daß auch Frankreich binnen kurzem seinen Platz neben den Großmächten einnehmen wird. Wir müssen imstande sein, regelmäßig die wichtigsten Weltprobleme miteinander zu beraten und bei Aktionen, die notwendig werden, an die Spitze zu treten. Wir müssen selbstverständlich mit anderen Mächten zusammenarbeiten. Aber wir müssen anerkennen, daß jene, die die größte Verantwortung tragen und die größten Lasten auf ihre Schultern nehmen müssen, auch die größere Stimme bei der Entscheidung von Aktionen beanspruchen dürfen, die im allgemeinen Interesse erforderlich sind. — Alle unabhängigen Staaten müssen frei ihre Ansichten und Beschwerden vortragen können. Dies ist zum Nutzen der Weltgemeinschaft. Wenn aber die Entscheidung für eine Aktion auf der Tagesordnung steht, die nur bestimmte Staaten und eine be-

stimmte militärische Macht durchführen können, dann ist es einfach unmöglich, lediglich Stimmen zählen zu wollen. Dies bedeutet noch keineswegs eine Diktatur der Großmächte. Im Gegenteil, jeder freie Staat, ob groß oder klein, wird in der Wahrung des Friedens eine eigene große Verantwortung zu tragen haben, aber die Einigkeit der Großmächte ist die solideste Grundlage. Wir haben alle miterlebt, was geschieht, wenn die Großmächte in Gegensatz zueinander geraten. Das erste unmittelbare Ergebnis war, daß die kleinen Staaten überwältigt wurden. Es ist deshalb das erste und wichtigste Problem, die Zusammenarbeit der Großmächte sicherzustellen und aufrechtzuerhalten."

Trotz aller Beschönigungsversuche Edens trat die britische Auffassung vom Übergewicht der Großmächte in der internationalen Ordnung auch in dieser Erklärung deutlich genug hervor. Staatssekretär Hull fühlte sich daher Anfang Juni genötigt, das Mißtrauen der kleinen Staaten, wie es etwa in der oben erwähnten Erklärung van Kleffens' zum Ausdruck gekommen war, zu zerstreuen. Das Wohlergehen aller Völker, der kleinen sowohl wie der großen, sei von jeher das Hauptinteresse der amerikanischen Politik gewesen, die kein anderes Interesse verfolge, als das der Gleichberechtigung aller Länder, so versicherte er. Seit den Anfängen der amerikanischen Geschichte habe die amerikanische Nation die Lehre von der Freiheit aller Völker auf Erden verkündigt; sie habe auf den Philippinen gezeigt, was sie selber unter dieser Lehre verstehe. Der Geist der Freiheit sei ein unabdingbarer Bestandteil der amerikanischen Lebens- und Staatsphilosophie. — Auch diese phrasenreiche und verschwommene Erklärung scheint auf die angesprochenen Regierungen keinen tieferen Eindruck gemacht zu haben; es darf wohl auch bezweifelt werden, daß das Beispiel der Philippinen besonders geeignet war, ihre Befürchtungen zu zerstreuen. Eine Woche später trat jedenfalls bereits der norwegische König *Haakon* auf den Plan und setzte sich in einer Ansprache vor dem Verband der ausländischen Presse in London für das Mitspracherecht der kleineren Nationen bei der Ausarbeitung einer internationalen Nachkriegsorganisation ein. Die kleineren Staaten dürften nicht vor ein fait accompli gestellt werden, betonte er. Die Errichtung einer wirklich dauerhaften Friedensordnung und eine ersprießliche internationale Zusammenarbeit sei nur unter der Voraussetzung denkbar, daß jede Nation aus vollkommen freiem Entschluß mitarbeite. Zu diesem Zwecke müsse sie die Möglichkeit haben, rechtzeitig ihren Standpunkt und ihre besonderen Wünsche und Bedürfnisse zur Geltung zu bringen. Haakon hielt sich damit auf der Linie, die sein Außenminister *Hambro* bereits zu Be-

ginn des Jahres in einer Sammelveröffentlichung über die „*Probleme des Wiederaufbaus nach dem Kriege*“ grundsätzlich umrissen hatte. Hambro hatte damals für die norwegische Exilregierung ein Bekenntnis zur Schaffung eines neuen Völkerbundes abgelegt und gegen „exklusive Bündnisse“ und „regional begrenzte Organisationen“ polemisiert. Nur in der Schaffung eines weltumspannenden Völkerbundes, dem auch die USA angehören müßten, wollte er eine „wirkliche Garantie für den Frieden“ sehen. Das „größere Schwergewicht der Großmächte“ wollte er anerkennen und ihm Rechnung tragen, am „Grundsatz der Rechtsgleichheit aller“ aber nicht rütteln lassen. Wenn die kleineren Staaten nicht ohne die Autorität der Großmächte auskommen könnten, so sei andererseits für die Großmächte die „demokratische Kontrolle der Staatengemeinschaft“ ebenso unentbehrlich.

Alle Äußerungen dieser Art kreisen offensichtlich um einen besonders empfindlichen neuralgischen Punkt der Völkerbundsprojekte. Die Auseinandersetzungen hierzu werden noch dadurch kompliziert, daß auch die Spannungen der amerikanischen Innenpolitik hier hereinspielen. Die isolationistisch gesinnten Kreise in den USA werden beschuldigt, absichtlich das Mißtrauen der kleineren Staaten gegen die Völkerbundspläne zu schüren, um diese zum Scheitern zu bringen. Mitte Mai behauptete *Sumner Welles* im „*Times-Forum*“, die nämlichen Kräfte, die früher den Isolationismus befürwortet hätten, forderten jetzt eine Politik der Militärallianzen an Stelle einer Weltorganisation.

Wenngleich die Stellungnahme der neutralen Staaten heute naturgemäß im Ungewissen bleibt, kann doch auf gewisse Schwierigkeiten hingewiesen werden, die von dieser Seite zu erwarten wären. Hervorzuheben wäre etwa eine programmatische Erklärung, die der schwedische Kriegsminister *Sköld* Ende vorigen Jahres abgegeben hat und in der zum Ausdruck gebracht wurde, Schweden werde seine Mitwirkung an einem System der internationalen Zusammenarbeit nach dem Kriege davon abhängig machen, daß alle seine Mitglieder frei und unabhängig blieben. Wenn im künftigen Frieden einem der nordischen Länder die Freiheit verweigert würde, so würde das die Mitwirkung Schwedens an der internationalen Zusammenarbeit unmöglich machen.

Es ist schwer vorstellbar, daß diese Voraussetzungen angesichts der Finnlandpolitik der Alliierten jemals Aussicht auf Erfüllung hätten. Die Problematik der Völkerbundsprojekte dürfte daher durch diese schwedische Erklärung zwangsläufig um eine weitere heikle Frage bereichert sein.

V

Man wird von uns nicht erwarten, daß wir uns in eine Diskussion über das Für und Wider der einzelnen Vorschläge zu einer internationalen Organisation einlassen, die sich hinsichtlich ihrer tatsächlichen politischen Voraussetzungen auf höchst zweifelhafte Zukunftshoffnungen der Engländer und Amerikaner auf eine von ihnen und den Sowjetrussen einverständlich beherrschte Nachkriegswelt gründen. Wir beschließen daher diesen Bericht mit einer kritischen Stimme, die aus dem gleichen Lager kommt und daher geeignet ist, die immanente Problematik der angelsächsischen Nachkriegsprojekte zu enthüllen.

In einem Aufsatz, der im Dezemberheft 1943 der schwedischen Zeitschrift „*L'Avenir*" erschienen ist, hat sich der bekannte englische Völkerrechtslehrer und Richter am Ständigen Schiedshof im Haag *Sir John Fischer Williams* mit den politischen Voraussetzungen einer völkerrechtlichen Nachkriegsorganisation auseinandergesetzt. Das Ergebnis ist sehr bemerkenswert. Der einstige entschiedene Vertreter eines integralen Völkerbundsrechtes (man erinnert sich besonders seines Aufsatzes „Sanctions under the Covenant" im British Yearbook of International Law 1936) bekennt sich nunmehr zu der Einsicht, daß eine universelle zwischenstaatliche Organisation, die Sanktionen gegen einen künftigen, unbekannten Angreifer als rechtliche Verpflichtung der Mitgliedstaaten aufstellt, in bedenklicher Weise an den politischen Möglichkeiten unseres Zeitalters vorbeiziele[9]). Eine solche Organisation gehe von der Hypothese aus, daß es möglich sei, den künftigen Rechtsbrecher von vornherein, d. h. durch das Bestehen der internationalen Organisation an sich, politisch in der Weise zu isolieren, daß im Zeitpunkt der Durchführung der Sanktionsmaßnahmen eine übermächtige Sanktionsgemeinschaft vorhanden wäre, die dann in Ausführung des Grundsatzes der kollektiven Sicherheit handeln und einem lediglich auf seine eigenen materiellen Kräfte angewiesenen Rechtsbrecher gegenüberstehen würde. Tatsächlich vollziehe sich aber, wie die Geschichte der internationalen Beziehungen lehre, die Entwicklung in ganz anderer Weise. Dem künftigen Rechtsbrecher gelinge es in der Tat stets, eine Reihe von Mächten zum mindesten als Bundesgenossen im diplomatischen Feld zu gewinnen und andere Staaten politisch zu neutralisieren; endlich könne er, wenn auch nicht mit

---

[9]) Ich referiere, da mir das Heft nicht zugänglich war, nach einem in der „Neuen Zürcher Zeitung" Nr. 788 u. 790 vom 9. Mai 1944 veröffentlichten Bericht.

der moralischen, so doch mit der weitgehenden politischen Indifferenz der am Konflikt nicht interessierten Staaten rechnen. Man müsse sich daher darüber klarwerden, daß Sanktionen gegen einen unbekannten Angreifer, die durch eine abstrakte und generelle Satzung lange Zeit vor der Möglichkeit eines Angriffsaktes ihren rechtlichen Niederschlag finden, völlig irreell seien und nur auf dem Papier stünden. Nur einer Bündnisgemeinschaft auf der Grundlage dauerhafter, nicht variierender Interessen könne es im gegenwärtigen System internationaler Beziehungen gelingen, den Gedanken der kollektiven Sicherheit zu verwirklichen. Man sieht sich daher vor die Alternative gestellt: entweder eine Völkerbundsgemeinschaft, die Allianzcharakter besitzt und infolge ihrer politisch homogenen Grundlage in der Lage ist, dem jeweiligen Angreifer aus ihrer Interessenlage heraus entgegenzutreten, die aber auf universelle Ausweitung verzichtet und daher unter Umständen eine Gegenkoalition heraufbeschwört — oder aber eine universelle Staatengemeinschaft, die sich lediglich als Organ der öffentlichen Meinung, als eine Art politischer Tribüne betätigt, in der man im Wege der Diskussion und Verhandlung zwischenstaatliche Konflikte aus der Welt zu schaffen sucht, von der Verhängung von Sanktionen jedoch absieht.

Fischer Williams entscheidet sich grundsätzlich für die zweite Alternative. Nur sie vermag nach seiner Ansicht angesichts der traditionellen Abneigung des USA-Senats gegen einen mit Sanktionen beschwerten Völkerbund und seiner Tendenz, jeder permanenten Bündnisgemeinschaft auszuweichen, den Beitritt der USA zu ermöglichen. Zur eigentlichen Zentralinstanz der neuen Weltorganisation — für die Fischer Williams statt „League of Nations“ die Bezeichnung „Congress of Nations“ vorschlägt, um die veränderte Struktur zum Ausdruck zu bringen — würde damit naturgemäß die allgemeine Versammlung werden. Ein Exekutivorgan wie der Völkerbundsrat verlöre in einem solchen System seinen Sinn und müßte daher abgeschafft werden. Hinfällig würde auch die Möglichkeit, einen rechtsbrecherischen Staat aus der Gemeinschaft auszuschließen. Nur eine zeitweilige Suspension der Mitgliedschaftsrechte hält Fischer Williams in diesem System für denkbar. Nicht nur — im Sinne der Völkerbundsatzung — bestimmte Kriege, sondern — im Sinne des Kellogg-Paktes — jeder Angriffskrieg wäre zu verfemen. Die Feststellung des Angreifers würde der Versammlung — und zwar schlägt Fischer Williams vor: mit Dreiviertelmehrheit — obliegen. Für durchführbar hält Fischer Williams jedenfalls eine praktische Rechtsfolge der Feststellung des Angreifers: die Mitgliedstaaten

hätten dem Rechtsbrecher gegenüber eine Haltung einzunehmen, die nicht dem klassischen Neutralitätsrecht, sondern dem Status der Nichtkriegführung entspricht, wie er sich in neuerer Zeit, besonders in der Politik der USA vor Pearl Harbour, herausgebildet hat. Sie hätten also dem Opfer des Angriffs alle möglichen Hilfeleistungen zu gewähren und dürften dem Angreifer keinerlei Unterstützung zukommen lassen.

Die von Fischer Williams skizzierte Alternative entspricht einer zweifellos zutreffenden und realistischen Einsicht in die Struktur des heutigen internationalen Systems — einer Einsicht, welche die übrigen Projekte mehr oder minder vermissen lassen. Die Äußerungen Roosevelts und Hulls erwecken den Eindruck, daß der Gedanke an einen universellen, aber lockeren, sanktionslosen Sicherheitsverband, der sich je nach Lage der Sache der politischen und militärischen Machtmittel der Großmächte bedienen soll, überwiegt. Auf der anderen Seite bleibt man immer wieder im Banne des Genfer Modells befangen, operiert mit der Einrichtung eines exekutiven Weltrates der Großmächte und denkt an universelle Kollektivaktionen gegen den Angreifer.

Die Summe der Einsichten und Erkenntnisse, die man in zwei Jahrzehnten höchster weltpolitischer Intensität gewonnen hat, scheint erschütternd gering zu sein.

Kleine Beiträge

„Airopia"?

Um den Nachkriegs-Luftverkehr

Man hatte so seine Sorgen jenseits des Kanals, unmittelbar vor der Tür des Atlantikwalls sozusagen, Sorgen nicht nur um die Gegenwart, sondern fast mehr noch um die Zukunft. Und so ging man hin und gründete Ende März 1944 in London ein Unternehmen für den kontinentaleuropäischen Zivilluftverkehr der Nachkriegszeit — wer wird da nicht an die Geschichte von der Verteilung des Fells des noch nicht erlegten Bären erinnert? Diesem Unternehmen gaben seine Gründer den wenig schönen Namen „Airopia".

Und hier einiges über die Voreltern dieser „Airopia": Fast auf den Tag, genau um 20 Jahre, deckte sich ihr Gründungstag mit dem Geburtstag (31. März 1924) der seinerzeitigen britischen Einheits-Luftverkehrsgesellschaft *„Imperial Airways"*, deren Hauptaufgabe die Entwicklung der großen Empire-Luftstraßen (England—Ägypten—Indien—Australien, England—Ägypten—Südafrika, England—Kanada) war und die infolgedessen die kontinentaleuropäischen britischen luftpolitischen Interessen nur gleichsam am Rande wahrzunehmen in der

Lage war. Hier lagen die Voraussetzungen für die Gründung der kleineren Schwesterunternehmung „*British Airways*" mit dem ausdrücklichen Ziel der Entwicklung des britischen Europa-Luftverkehrs; vor dem Kriegsausbruch 1939 unterhielt sie die äußersten Vorposten ihres Flugstreckennetzes — ein Spiegelbild der Grundlinien der britischen Europapolitik — etwa in Stockholm, in Warschau, auf dem Balkan, in Zürich und in Paris. Noch im Jahre 1939, wenige Wochen nach Ausbruch des Krieges, kam es nach monatelangen Diskussionen in Parlament und Presse zum regierungsseitigen Zusammenschluß von „Imperial Airways" und „British Airways" zur „*British Overseas Airways Corporation*" (BOAC.), welche mit ihrem Eintritt ins Leben die Vertreibung der britischen Luftpolitik vom europäischen Festland sozusagen dokumentierte und sich im übrigen ohne jeden Erfolg um schlagkräftige Konkurrenzfähigkeit gegenüber der immer arroganter vorgehenden USA.-Luftpolitik bemühte. Die annähernd fünf BOAC.-Lebensjahre (1939—1944) haben erwiesen, daß die britische Luftpolitik dieses Zeitraums von den gleichen selbstzerstörerischen Tendenzen vorwärtsgetrieben wurde wie die Gesamtpolitik des Empires schlechthin. Rechnen wir zu den 15 „Imperial Airways-" und den fünf BOAC.-Jahren noch das Jahrfünft 1919—1924, die „Luftverkehrs-Frühzeit", hinzu, so fällt die Gründung der „Airopia" genau mit dem Beginn des zweiten Vierteljahrhunderts britischen Luftverkehrs zusammen, fürwahr ein schlechter Start für dieses luftpolitische Kriegskind.

Jedoch nicht nur das entsetzte Interesse der Philologen in allen Ländern des Erdballs erregte „Airopia" mit ihrem Namen, sondern vielmehr noch das des am Kamin plaudernden Präsidenten im Weißen Hause zu Washington und seiner luftpolitischen Berater aus dem „*Pan American Airways*"-Hause in der 42. Straße zu New York. Denn just zur Stunde der Gründung der „Airopia" rüsteten sich in New York Unterstaatssekretär Adolf *Berle* und der stellvertretende Vorsitzende des Amtes für Zivilluftfahrt, Dr. Ed. *Warner*, zur Luftreise nach England, um dort in einer schon seit Oktober 1943 geplanten, aber immer wieder verschobenen Nachkriegsluftverkehrs-Konferenz zunächst nur zwischen Yankees und Briten wieder einmal die Welt zu verteilen — wobei den US.-Amerikanern von vornherein eines gesichert erschien: Der Griff der USA. nach der Luft-Weltherrschaft, ein Luftfahrt-Weltmonopol für die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Und ein solches Monopol schlösse natürlich auch die Nachkriegs-Verkehrsluftfahrt über Europa ein, genau die gleiche, welche die frischgebackene „Airopia" sich zum Ziel setzte. Die Londoner Tendenzgründung vom März 1944 war also durchaus nicht geeignet, die Voraussetzungen für jene Konferenz zu verbessern. Beide Partner jedenfalls hatten so gut wie gar keine praktischen Ansatzpunkte für die Gestaltung des europäischen Nachkriegs-Luftverkehrs mitzubringen, denn die zeitweise Berührung der Gestade Europas in Lissabon durch den Clipper-Flugdienst der „Pan American Airways" (PAA.) oder in Neapel durch eine Kurier-Flugstrecke der USA.-Luftwaffe von Nordafrika her mußten hier wirklich außer Betracht bleiben. Somit waren alle Pläne und Abgrenzungen dieser Konferenz für den Nachkriegs-Luftverkehr — wenigstens soweit die Staaten des europäischen Festlands zur Rede standen — dazu verurteilt, inhaltlose Konstruktionen in den leeren Raum hinein, nichtssagende Phantasien zu bleiben, wirkliche „Luftschlösser".

Die großdeutsche Verkehrsluftfahrt steuerte unterdessen Präludium und Begleitmusik zu jener Londoner Konferenz bei: Es war dies, wie schon seit 1939 erklingend, das donnernde Dröhnen der Drei- und Viermotorer mit Hakenkreuz und Lufthansa-Greif, welche — im Wettbewerb mit den Ganzmetallern

der europäischen Neutralen — Tag für Tag kreuz und quer über die „Festung Europa" ihre luftige Straße ziehen. Von Helsinki und Riga bis nach Madrid und Lissabon, von Stockholm und Oslo bis nach Bukarest und Athen, sich kreuzend in des Reiches Mitte, dröhnt den Londoner Konferenzlern der Beitrag Großdeutschlands und des von ihm geführten Europa in die Ohren, nicht zu überhören von Adolf Berle und Dr. Edward Warner und Lord Beaverbrook, dem Vorsitzenden. In vollster Lebenskraft und Arbeit ging so die deutsche Verkehrsluftfahrt am 6. Februar 1944 ebenfalls in ihr zweites Lebens-Vierteljahrhundert, aber unter entgegengesetzten Vorzeichen wie die britische, nämlich im Besitz nicht nur von Ansatzpunkten, sondern aller geopolitischen, wirtschaftlichen und technischen Grundlagen für eine sinnvolle Gestaltung des europäischen Nachkriegs-Luftverkehrs.

„Der Bestand des Empire wird davon abhängen, welche Rolle England nach dem Kriege im Weltluftverkehr zu spielen in der Lage sein wird", diese Feststellung wurde im Februar 1944 im britischen Oberhause getroffen, nicht zuletzt wohl im Hinblick auf die bevorstehende Konferenz mit den Yankees. Das immer noch — inmitten des Krieges — steigende politische Gewicht der Verkehrsluftfahrt konnte niemals treffender formuliert werden; die luftpolitische Erkenntnis, daß in der Nachkriegswelt die Luftfahrt wenigstens in gleichem Maße wie die Schiffahrt die politischen Schicksale namentlich der Großreiche bestimmen wird, fand hier eine nahezu tragisch anmutende Bestätigung — tragisch insofern, als diese Oberhausfeststellung blind dafür zu sein scheint, daß „die Rolle Englands nach dem Kriege im Weltluftverkehr" von seinem Washingtoner Bündnispartner schon längst festgelegt wurde. Es hieße deshalb jener Londoner Konferenz zuviel Ehre antun, wenn wir sie mehr als eine Bestätigung schon bekannter luftpolitischer Fakten einschätzen würden. Nicht „Europa" hieß das Kernproblem der Konferenz, sondern „Der USA.-Luftpolitik die ganze Welt!"; Washington forderte, daß alle in der Welt aus Mitteln des Pacht- und Leihgesetzes errichteten USA.-Luftstützpunkte, also auch diejenigen in den alliierten Ländern, nach dem Kriege uneingeschränkt dem Luftverkehr der Vereinigten Staaten zur Verfügung stehen müßten — und Washington erreichte sein Ziel, London mußte nachgeben. „Wir haben wiederum sehr große Zugeständnisse machen müssen", sagte Lord *Beaverbrook*, der Beauftragte des britischen Kabinetts für die Zivilluftfahrt, nach der Konferenz zur Presse. Wahrhaft „sehr große Zugeständnisse": Nicht nur Australien und Neu-Seeland und Kanada, wo die PAA. sich schon vor dem Kriege festsetzen konnten, sondern auch die britischen Gebiete in Afrika (Golf von Guinea, Sudan, Ägypten) und im Mittleren Osten wurden dem hemmungslosen luftpolitischen Drang der USA. für die Nachkriegszeit offengehalten; über das Luft-Einfalltor Dakar, ehedem französisch und heute schon einer der wichtigsten Angelpunkte der USA.-Luftpolitik, werden auch nach beendetem Krieg die PAA.-Flugzeuge (nur eben ohne Maschinengewehre, mit Fluggästen und Luftfracht als Last anstatt Truppen- und Kriegsmaterial-Nachschub) das britische Luftempire weiter aushöhlen und in der afrikanischen und vorderasiatischen Nachbarschaft Europas das „Amerikanische Jahrhundert" zu demonstrieren trachten. Darüber hinaus mußte London Südamerika und China als „luftpolitische Interessensphären" der USA. anerkennen, wobei wir erinnernd registrieren, daß gerade Südamerika etwa seit 1938/39 ein ganz besonders sorgfältig gepflegtes Ziel britischer Luftpolitik war. Halten wir nunmehr noch die seit Jahren bestehende Tatsache daneben, daß in einer von Washington angeregten „Arbeitsteilung" England sich auf die Herstellung von Jagdflugzeugen spezialisierte und Entwick-

lung und Bau von Groß-Lufttransportern und Bombern den USA. überließ, so entwickelte sich aus jener Londoner Konferenz für die Briten eine dreifache Unterlegenheit (um nicht zu sagen: Niederlage): Innerhalb des Empires, außerhalb des Empires, in der luftverkehrstechnischen Ebene. Diese Unterlegenheit und jene Oberhausfeststellung über die Bedeutung der Verkehrsluftfahrt in der Nachkriegswelt bilden, nebeneinander betrachtet, eine höchst bedeutsame Aussage über das Schicksal des Empires schlechthin. So bescheiden schon ist man aber in London geworden, daß man die wenigsagende Zusicherung der USA.-Delegation, Washington sei grundsätzlich zur Luftverkehrs-„Zusammenarbeit" bereit, als eine „tragfähige Grundlage für weiterreichende Verhandlungen unter Hinzuziehung der übrigen Alliierten" erklärte und bereits an die Vorbereitung einer neuen Konferenz ging.

Und im Hintergrunde steht immer noch schweigend Moskau, die „luftpolitische Sphinx", wie es die „*Yorkshire Post*" (das Blatt *Edens*) einmal nannte. Denn die „übrigen Alliierten" außerhalb der Sowjetunion, d. h. also neben Tschungking-China die Grüppchen und Cliquen der von Washington, London oder Moskau ausgehaltenen Exilregierungen, erscheinen den angelsächsischen Luftpolitikern besonderer Beachtung kaum wert; der Moskauer Kreml also muß sich durch die „übrigen Alliierten" luftpolitisch angesprochen fühlen — aber er schweigt. Er schweigt über seine Nachkriegs-Luftverkehrspläne und richtet unterdessen — nachdem er schon 1943 seinen Anspruch auf volle luftpolitische Gleichberechtigung in Ägypten anmeldete — in Fortsetzung seiner Kurier-Flugstrecke Moskau—Teheran—Bagdad—Kairo einen Flugdienst Kairo—Algier und Kairo—Bari ein, damit *Wyschinski*, *de Gaulle*, *Badoglio* und *Ercoli* in ihrer „pénétration pacifique", in ihrer „friedlichen Durchdringung" Nordafrikas und Süditaliens mit Lehre und Praxis des Bolschewismus durch eine Schnellverbindung mit ihrer Zentrale Moskau unterstützt werden können. Daß auch diese neuen sowjetischen Flugstrecken nach Afrika und bis vor die Tore Europas nur eine weitere Bestätigung dafür sind, daß die Bolschewisten ihrem Ziel der Sowjetisierung der ganzen Welt stur zusteuern und sich hierzu eben auch luftpolitischer Methoden bedienen, ohne Rücksicht auf die „Verbündeten", dies hat man in London und in dem sich weitab vom Schuß dünkenden Washington keinesfalls erkannt. Der von Roosevelt künstlich genährte Optimismus, mit welchem Washington noch während der Londoner Luftverkehrskonferenz die bevorstehende Ankunft einer sowjetischen Luftfahrt-Delegation in den Vereinigten Staaten ankündigte und den Abschluß einer us.-amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung über den Nachkriegs-Luftverkehr in Aussicht stellte, ist aber nicht nur ein Beweis für jenen Mangel an Erkenntnis, sondern zugleich für eine neue Überspielung der Londoner Luftpolitik durch Washington. Denn es steht außer jedem Zweifel, daß eine eventuelle luftpolitische Einigung zwischen Moskau und Washington durchaus auf Kosten Londons zustande kommen würde; in jedem Falle würde eine solche Einigung die Moskauer Luftpolitiker zur Offenlegung ihrer Karten zwingen. Wenn wir die zeitweise schon in Betrieb befindliche Nachschub-Flugstrecke von den USA. nach Alaska, betrieben von den PAA., und von Alaska entlang der Küste des Nördlichen Eismeeres über Nordsibirien und Archangelsk nach Moskau, betrieben von den Sowjets, in Beziehung setzen zu der im April 1944 angetretenen Weltreise — im Flugzeug natürlich — des USA.-Vizepräsidenten *Wallace*, deren wichtigste Stationen Tschungking und Moskau heißen, so deuten wir damit nur die luftpolitische Untermauerung einer weltpolitischen Grundlinie Washington—Moskau an, welche ihre tiefste Begründung in der Gemeinsamkeit der

Washingtoner und Moskauer Kriegsauftraggeber und in der Gleichheit ihres vorläufigen Zieles hat: Ausschaltung und Vernichtung Europas. Ob der Washingtoner Partner das Fernziel, das eigentliche Ziel Moskaus — Bolschewisierung der ganzen Welt — nicht sieht?

Unterdessen stehen in der „Festung Europa" und in der räumlich noch weit größeren „Festung Groß-Ostasien" („luftpolitische Leerräume" nannte sie kürzlich aus begreiflichen Gründen die USA.-Zeitschrift „Life") die Soldaten der Dreierpaktmächte bereit, auch für die wahre „Freiheit der Luft" eine endgültige Entscheidung zu erkämpfen, welche den jungen Völkern die Tore in den Weltluftraum weit aufstoßen wird. *Hans E. Rosenberg*

Der Kampf der Türkei um die Freiheit der Meerengen

Der Vertrag über die „Interessenzonen" in Persien vom 31. August 1907 schien für Rußland auch den Weg zur Verwirklichung seines alten Traumes von Zarjgrad (Konstantinopel) zu öffnen. Als es dann auf den Weltkrieg hinarbeitete, entschied Zar *Nikolaus II.*, „die Orientfrage zugunsten Rußlands zu lösen, d. h. seine Herrschaft in Konstantinopel, am Bosporus und an den Dardanellen zu errichten"[1]). Noch vor Beginn der schwierigen Verhandlungen mit England und Frankreich, unmittelbar nach dem Eintritt der Türkei in den Krieg, erklärte König *Georg V.* dem russischen Botschafter *Benckendorff* spontan: „Was Konstantinopel betrifft, so ist es klar, daß es Euch gehören muß (it must be yours)[2]). Kaum hatte Außenminister *Sazonov* den Verbündeten offiziell mitgeteilt, daß auf Wunsch des Zaren „die Frage Konstantinopels und der Meerengen endgültig und im Sinne der jahrhundertealten Bestrebungen Rußlands entschieden werden" müsse[3]), als er auch schon einen Plan für die provisorische Besetzung ausarbeitete[4]). Ja, er war ängstlich darauf bedacht, daß bei dem in Kürze erwarteten Einzug der Engländer und Franzosen der für die gemeinsame Verwaltung bestimmte Oberkommissar *Trubetzkoj* zur Stelle wäre[5]). Noch am Vorabend der Revolution dachte man in Petrograd ernstlich an eine Bosporusexpedition, weil man befürchtete, daß sich sonst das Abkommen von 1915 „in einen Fetzen Papier verwandeln" würde[6]).

Der bolschewistische Umsturz machte diese Prophezeiung wahr. Zum Überfluß beschloß die Sowjetregierung, den „Fetzen Papier" in aller Form zu zerreißen[7]), was sie freilich nicht hindern sollte, nach 22 Jahren auf den tatsächlich niemals vergessenen Traum zurückzukommen[8]). Im Herbst 1918, als das Osmanische Reich zusammenbrach, betrachteten die Westmächte allerdings Rußland als nicht mehr vorhanden und verfügten anderweitig über seinen Beuteanteil.

---

[1]) Konferenz vom 21. Februar 1914 (F. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, Berlin 1925, S. 247 ff.).

[2]) E. Adamow, Die Europäischen Mächte und die Türkei während des Weltkrieges, Bd. 2 (Dresden 1930), S. 102 (Telegramm vom 13. November 1914).

[3]) Ebd., S. 130.

[4]) Entwurf vom 7. März 1915 (E. Adamow, a.a.O., Bd 4 (1932), S. 240).

[5]) Ebd., S. 256 ff.

[6]) Ebd., S. 310.

[7]) Aufruf „An die werktätigen Muhammedaner" vom 7. Dezember 1917.

[8]) Zuerst in den Verhandlungen mit Saracoglu im Oktober 1939.

Am 2. November 1918 empfing der türkische Außenminister *Mehmed Nabi* die Pressevertreter in Istanbul und teilte ihnen voller Genugtuung mit, das soeben unterzeichnete Abkommen über den Waffenstillstand[9]) taste in keiner Weise die Hoheitsrechte des Sultans an. Die Engländer hätten ausdrücklich erklärt, sich in die inneren Angelegenheiten des Reiches nicht einmischen zu wollen. Als besonderer Erfolg der türkischen Unterhändler sei Artikel 7 anzusehen, der die Besetzung „strategischer Punkte" nur im Falle von Unruhen zulasse. Nach Istanbul würden keine Ententetruppen, nicht einmal Militärkommissionen, sondern lediglich Handelsschiffe kommen können[10]).

Die Wirklichkeit sah indessen bald anders aus. Am 13. November kehrte der wegen unbequemer Anfragen über die Auslegung des Waffenstillstandes vom Sultan abberufene Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Yildirim, Generalmajor *Mustafa Kemal Pascha*, nach Istanbul zurück[11]). Er wurde an diesem Tage Zeuge eines ebenso großartigen wie für sein Vaterland traurigen Schauspiels: die aus 60 Einheiten bestehende „Große Flotte" der verbündeten Feinde lief in den Hafen ein. Auf ihr befanden sich die Admirale *Sir Somerset Arthur Gough-Calthorpe* und *Amet* sowie der Politiker *Graf Carlo Sforza*[12]), die alsbald unter dem Namen „Hohe Kommissare" angeblich die diplomatische Vertretung ihrer Regierungen, in Wahrheit aber die eigentliche Verwaltung der Türkei übernahmen. Ihre Stellung war durchaus souverän; alle Welt kam zu ihnen als den wirklichen Machthabern; der Großwesir vegetierte, der Sultan hielt sich versteckt. Zur Hauptperson wurde der Brite; war es ihm schon bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand gelungen, den französischen Nebenbuhler auszuschalten, so sicherte er sich auch jetzt den Löwenanteil an der Politik. Eine griechisch-armenische Abteilung des britischen Oberkommissariats durchsuchte türkische Häuser (ohne Rücksicht auf die damaligen Landessitten!) und Gefängnisse nach „verschleppten" Christen, während die Mitglieder des verhaßten Komitees „Einheit und Fortschritt" auf einem englischen Kriegsschiff nach Malta geschafft wurden. Die großen Entscheidungen fielen allerdings nicht in Istanbul, sondern in Paris, wo *Lloyd George* das Heft in der Hand hatte. In seinem Auftrage teilte *Calthorpe* am 12. Mai 1919 *Amet* und *Sforza* und am 14. Mai dem Vali von Smyrna den so verhängnisvollen Beschluß über die Landung der Griechen mit (auf Grund von Art. 7 des Waffenstillstands!). *Clemenceau* aber hoffte, durch seine Zustimmung um so sicherer Saar und Rhein zu gewinnen[13]).

Während es der diplomatischen Kunst der Oberkommissare nur mit Mühe gelang, bei ihren Sitzungen, die allwöchentlich abwechselnd in den drei Botschaften stattfanden, die zunehmende Kluft zwischen den Auffassungen zu überbrücken und das gemeinsame Interesse an Ruhe und Ordnung in den Vordergrund zu stellen, fehlte es an einem solchen Zusammenhalt bei den Militärbehörden. Die Ursache davon ist in einem Organisationsfehler noch vor der Besetzungszeit zu suchen. Am 5. Oktober 1918 hatte der Oberbefehlshaber der verbündeten Orientarmeen, Marschall *Franchet d'Esperey*, vorgeschlagen, durch einen überraschenden Angriff auf die Küste bei Bulayir die Öffnung der Dar-

---

[9]) Text u. a. in: Th. Werner, Die Türken unter der britischen Faust 1918 bis 1923, Berlin 1940, S. 18 f.

[10]) Türkische Tagespresse vom 3. November 1918.

[11]) Yeni Gün (Istanbul), 14. November 1918.

[12]) Der heutige „Außenminister" im Badoglio-Ausschuß.

[13]) A. J. Toynbee, The Western Question in Greece and Turkey, London 1923, S. 73.

danellen zu erzwingen[14]). Darauf erhielt er am 8. Oktober vom Obersten Kriegsrat aus Paris den Befehl, die ihm unterstellte britische Armee in Mazedonien gegen Konstantinopel in Marsch zu setzen. *Clemenceau* (als Kriegsminister) ergänzte diese Weisung am 27. Oktober und 6. November durch Angaben über die geplante Offensive gegen Sowjetrußland, die *Franchet d'Esperey* übertragen wurde[15]). Dieser zog am 23. November unter dem Jubel aller Nichttürken in Istanbul ein und verlegte nach seinem Mißerfolg in Südrußland als „Commandant en chef les Armées Alliées en Orient" am 8. Februar 1919 sein Hauptquartier endgültig an den Bosporus (in die frühere Villa *Enver Paschas*). Der „Sieger der Marneschlacht und des ganzen Weltkrieges", als der er in Frankreich gefeiert wurde, betrachtete es nun als seine besondere Aufgabe, die „langue boche" in der Türkei auszurotten und versteckte Deutsche aufzustöbern.

Inzwischen hatte General *Sir George Milne* als Oberbefehlshaber der „Army of the Black Sea" sich am 12. Januar 1919 ebenfalls in Istanbul niedergelassen[16]). Ihm nachgeordnet war als „Commandant le corps allié à Constantinople" Generalleutnant *Sir Henry F. M. Wilson*, der Verteidiger des Suezkanals 1914—15 und Mitkämpfer *Milnes* in Mazedonien[17]). Nach einem Beschluß der Londoner Konferenz vom 3. Dezember 1918 sollten die britischen Truppen in der europäischen Türkei samt ihrem General dem Franzosen *Franchet d'Esperey* unterstellt bleiben[18]). Die Unklarheit dieser Befehlsverhältnisse wirkte sich in der ersten Zeit weniger aus, da *Milne* wiederholt abwesend war, so z. B. am 22. Januar in Baku, wo er die junge Republik Aserbeidschan mit dem stolzen Wort begrüßte: „Der Sieg der verbündeten Mächte ist das Unterpfand für das Selbstbestimmungsrecht der Völker"[19]), und am 27. April in Kars, um die dortige Lokalregierung zu verhaften und die Demobilmachung bei der 9. osmanischen Armee zu überwachen[20]). Demselben Zweck sollte auch die mit seiner Einwilligung vom Sultan am 30. April vollzogene Ernennung *Mustafa Kemals* zum Generalinspekteur dienen.

Franchet d'Esperey, von seinen Bundesgenossen „Desperate Franky" genannt, überreichte bei der Parade am Nationalfeiertage (14. Juli) seinem Rivalen *Milne*, ihn umarmend, das Großkreuz der Ehrenlegion[21]). Am 30. Juli setzte er bei dem osmanischen Kriegsministerium den Befehl zur Verhaftung *Mustafa Kemals* durch und ließ diesem selbst kurz darauf für den Fall der Eröffnung eines Nationalkongresses in Sivas die unverzügliche Besetzung dieser — zur französischen Zone des Teilungsvertrags von 1916 gehörenden — Stadt androhen, ohne jedoch zu versäumen, die Möglichkeit einer Verständigung anzudeuten[22]).

Milne hatte im Jahre 1919 die undankbare Aufgabe, das griechische Besetzungsgebiet gegen die Italiener (16. Juli) und gegen die Türken (3. November) abzugrenzen; als Kriegsminister *Dschemal Pascha* seinen Befehl nicht befolgte,

---

[14]) M. Larcher, La Guerre Turque dans la Guerre Mondiale, Paris 1926, S. 542.

[15]) G. Gaillard, Les Turcs et l'Europe, Paris 1920, S. 143.

[16]) Sir Telford Waugh, Turkey yesterday, to-day and to-morrow, London 1930, S. 172.

[17]) G. Milne, Britain's Share in the Macedonian Fighting in: New York Times Current History 1919, S. 92, 342.

[18]) J. Kayser, L'Europe et la Turquie Nouvelle, Paris 1922, S. 62 Anm.

[19]) Denkschrift der Regierung Aserbeidschan „Le 28 Mai 1919", S. 16.

[20]) A. Rawlinson, Adventures in the Near East, London 1923, S. 177.

[21]) R. W. Graves, Storm Centres of the Near East, London 1936, S. 323 ff.

[22]) Gasi Mustafa Kemal, Der Weg zur Freiheit, Leipzig 1928, S. 61, 66 ff., 271.

ließ er ihn absetzen[23]) (20. Januar 1920). Nunmehr spitzte sich die Lage in Istanbul zu. Während sich der Oberste Kriegsrat unter dem Druck der Muhammedaner zu dem Entschluß durchrang, den Sultan am Bosporus weiter „residieren" zu lassen, erschien *Franchet d'Esperey* in Paris, um endlich *Milne* auszuschalten. Er mußte sich jedoch vom britischen Generalstabschef *Wilson* sagen lassen: „Wir haben die Türken besiegt und Ihr die Bulgaren." So blieb seine Stellung ungeklärt[24]). Nach Istanbul zurückgekehrt, erlebte er den von ihm mißbilligten Gewaltstreich der Engländer vom 16. März 1920, der wie keine andere Maßnahme dazu beitrug, die anatolische Nationalbewegung anzufachen. Auf seinen Versuch, den Vorgesetzten zu spielen, erwiderte ihm *Milne*: „Nach Weisung meiner Regierung habe ich für die Operationen in Istanbul von niemandem Befehle entgegenzunehmen[25])." Hierauf zog sich der Marschall, tief gekränkt, ins Privatleben zurück. Zu seinem Schmerz hatte er erfahren, daß der französische Oberkommissar *Defrance* (seit 30. März 1919) die britischen Terrorakte guthieß, ja sogar, daß sich an ihnen französische Truppen beteiligen mußten[26]).

Aber auch *Milnes* Tage waren gezählt. Die militärische Unterstützung der Griechen mit unzulänglichen Mitteln führte zur endgültigen „Vatikanisierung"[27]) des Kalifen und zu einem gewaltigen Aufschwung des türkischen Nationalismus, von dem — wenigstens vorübergehend — die „Hauptstadt" des Landes befreit zu haben, nur ein schwacher Trost war[28]). Anfang Juli 1920 drangen kemalistische Truppen schon bis an den Bosporus vor. Überzeugt von dem Mißerfolg der Londoner Politik, bat *Milne* am 19. August um seine Ablösung. Zu seinem Nachfolger wurde auf Vorschlag *Churchills Sir Charles Harington* ernannt. Er übernahm am 9. November 1920 den Oberbefehl am Bosporus. Fast gleichzeitig (17. November) wurde der britische Oberkommissar, Admiral *Sir John de Robeck*, der Besiegte in der großen Seeschlacht an den Dardanellen (18. März 1915), durch *Sir Horace Rumbold* ersetzt. Wie ein letzter Selbstbetrug mutet es an, daß der Gewaltfriede von Sèvres als Kriegsende angesehen, die französischen und italienischen Oberkommissariate in Botschaften umgewandelt wurden[29]) und der Sultan ersucht wurde, den Vertrag „provisorisch" zu ratifizieren, wozu er sich freilich außerstande erklären mußte.

Die Rückkehr des Königs *Konstantin* auf den griechischen Thron war ein willkommener Vorwand für die immer dringender gewordene Schwenkung der Ententepolitik gegenüber der Türkei. Während die Franzosen mit fliegenden Fahnen zu *Mustafa Kemal* übergingen und *Franklin-Bouillon* nach Ankara schickten, rückten auch die Engländer von ihren griechischen Freunden ab[30]). Am 26. März 1921 gab *Harington* bekannt, daß er auf Anordnung seiner Regierung den Oberbefehl über die ihm bisher unterstellte 2. griechische Division niedergelegt habe; in einem Bericht nach London vom 26. Mai wies er die Unmöglichkeit des griechischen Endsieges nach. Am 13. Mai erklärten die Ober-

---

[23]) Ebd., S. 327, 339 ff.

[24]) C. E. Callwell, F.-M. Sir Henry Wilson, His Life and Diaries, London 1927, Band II, S. 226.

[25]) Kayser, a. a. O., S. 61.

[26]) Halidé Edib, The Turkish Ordeal, London 1928, S. 72.

[27]) Ein Wort von Asquith (Gaillard, a. a. O., S. 156).

[28]) Graves, a. a. O., S. 329.

[29]) E. Pech, Les Alliés et la Turquie, Paris 1925, S. 154 (auf englischen Wunsch bald darauf wieder rückgängig gemacht!).

[30]) Armenien hatte man in London bereits fallen gelassen.

kommissare *Rumbold, Pellé* und *Garroni*, die späteren Unterzeichner des Friedens von Lausanne, die Neutralität der Meerengenzone. Amüsant ist die Behauptung *Haringtons*, er habe „beinahe eine Zusammenkunft mit *Mustafa Kemal*" zustande gebracht[31]); dazu vergleiche man den von diesem veröffentlichten Briefwechsel[32]), in dem sich beide für die Verhandlungen, die *Harington* an Bord des britischen Kreuzers „Ajax", *Mustafa Kemal* aber auf türkischem Boden in Inebolu wünschte, gegenseitig „alle Ehren" zusicherten. Immerhin kam nach restloser Annahme aller Forderungen der Ankararegierung am 23. Oktober 1920 ein Abkommen über den Austausch von drei (!) britischen Kriegsgefangenen gegen etwa 60 türkische Zivilinternierte[33]) zustande, drei Tage nach dem von England so scharf gerügten Vertrag *Franklin-Bouillons*. Am 1. November trat in Istanbul eine neue Militärbezirkseinteilung in Kraft: Pera wurde den britischen, Skutari den italienischen und das eigentliche Istanbul den französischen Truppen vorbehalten[34]).

Die Politik der Verständigung setzte *Harington* auch im Jahre 1922 fort. Am 6. Februar gründete er zusammen mit dem amerikanischen Oberkommissar, Admiral *Mark Lambert Bristol*, einen „Versöhnungsbund"; am 3. Mai schickte er die letzten indischen Truppen heim. Seinem diplomatischen Geschick verdankt England die Vermeidung eines bewaffneten Konfliktes mit den Türken nach der Niederlage der Griechen[35]). Unter ungeheurem Jubel landete am 19. Oktober 1922 der Bevollmächtigte der Großen Nationalversammlung, General *Refet Pascha*, in Istanbul. Trotzdem dauerte — wenn auch in abgeschwächter Form — fast noch ein ganzes Jahr die Fremdherrschaft am Bosporus[36]). Am 2. Oktober 1923 gingen endlich die Flaggen der „Sieger des Weltkrieges" nieder, nachdem der Sultan, der sein ganzes Vertrauen auf England gesetzt hatte, schon am 17. November 1922 auf ein britisches Kriegsschiff geflohen war.

Chatham House

Am 17. Mai 1944 wurde am St. James Square im Westend von London ein zusätzliches Gebäude des *Royal Institute of International Affairs* eröffnet. „Chatham House" wurde durch einen Durchbruch zu seinem Nebenhaus erweitert. Die Erweiterung fand 25 Jahre nach der ersten Besprechung statt, in der im Mai 1919 britische und amerikanische Delegierte bei der Pariser Diktatkonferenz die Gründung eines Forschungsinstituts für Außenpolitik beschlossen. Unter der Leitung des Aufsichtsratsvorsitzenden *Lord Astor* nahm der Staatsminister *Richard Law* in Vertretung des Außenministers *Eden* die Eröffnung des

[31]) Rawlinson, a. a. O., S. 247.

[32]) Gasi Mustafa Kemal, Die nationale Revolution, S. 187 ff.

[33]) Zu ihnen gehörte der Unterzeichner des Waffenstillstands von Mudros und türkische Botschafter in London 1943—44 Hüseyin Rauf.

[34]) Damit vergleiche man die Einteilung, die *Sazonov* im März 1915 vorschlug: Skutari englisch, Pera französisch, die Bosporusufer vom Schwarzen Meer bis Ortaköy und Kuzgundschuk sowie das eigentliche Istanbul (mit der Hagia Sophia!) russisch.

[35]) Ronaldshay, The Life of Lord Curzon, London 1928, Bd. III, S. 263 ff.

[36]) Die britischen Missetaten, die besonders in der ersten Zeit der Besetzung die Türken bis aufs Blut reizten, sind oft Gegenstand der türkischen Literatur gewesen. Am anschaulichsten ist wohl die Darstellung in dem Roman „Sodom und Gomorrha" von Yakub Kadri. *Gotthard Jäschke*

neuen Gebäudes vor. Seine Rede betonte, daß gerade in einer Zeit, in der ganze Völker an der Planung der außenpolitischen Linie beteiligt seien, die Verbreitung auslandswissenschaftlicher Kenntnisse und Erforschung außenpolitischer Probleme um so wichtiger werde. Lord Astor verlas eine Botschaft des Königs, in der die Bedeutung des Instituts für das Studium internationaler Fragen und für die außenpolitische Unterrichtung des englischen Volkes betont wurde. Er kündigte eine Stiftung zum Gedächtnis von *Lord Lothian* an, mit deren Hilfe die Schwesterinstitute in den Dominien ausgebaut werden sollten. Der neuseeländische Ministerpräsident *Frazer* und der Londoner Vertreter des Vizekönigs von Indien hielten lobende Ansprachen. Das Satyrspiel nach dem ernsten Teil der Veranstaltung wurde durch den Ministerpräsidenten Südrhodesiens geliefert, der anläßlich der Weltreichskonferenz in London anwesend war. *Sir Godfrey Huggins* sagte: „Ein derartiges Institut ist auch für Südrhodesien vorgeschlagen worden. Wir haben schon viele Institute, ungefähr je eines pro Kopf der weißen Bevölkerung unseres Landes. Wenn das Reden allein irgendeine Frage lösen könnte, dann haben wir heute alle Fragen gelöst. Immerhin will ich mir es überlegen. Die wahre Brüderlichkeit zwischen den Menschen ist nicht ein unerreichbares Ideal, wenn man sich nur bewußt bleibt, daß man sie in absehbarer Zeit nicht verwirklichen kann, sondern daß es vielleicht Tausende von Jahren dauert, bis sie erreicht ist."

Diese beiden Sätze, daß alle Fragen gelöst wären, wenn es nur auf das Reden ankäme, und daß die Verwirklichung der britischen Versprechungen, selbst wenn man sie für wünschenswert hält, noch Tausende von Jahren dauern wird, zeigten mit der Offenheit eines Mannes aus den Kolonien, wie die Arbeit des Royal Institute of International Affairs, wie überhaupt die englische Nachkriegsplanung im wesentlichen die Aufgaben eines politischen Nebelwerfers, nicht aber die Aufgaben einer politischen Forschungsstelle erfüllt.

Karl Heinz Pfeffer

Köpfe der Weltpolitik

Philippe Henriot

Seit vielen Monaten stellten Millionen von Hörern des französischen Staatsrundfunks ihre Rundfunkapparate an, wenn in den Mittag- und Abendstunden die Ansprachen von Philippe Henriot übertragen wurden. Eine klare, manchmal beschwörende, oft scharfe Stimme beherrschte dann den Raum. Sie war immer mehr die Stimme des französischen Gewissens geworden und hat in viele Gemüter Klarheit oder zumindest Nachdenklichkeit gebracht. Mit den Rundfunkansprachen, die er seit längerer Zeit einmal wöchentlich und seit der Jahreswende täglich hielt, aber auch mit vielen Vorträgen im Lande hatte Philippe Henriot die Seele des französischen Volkes erobert, ehe er in der erweiterten Regierung Laval Anfang 1944 Staatssekretär für Information und Propaganda wurde und damit unter *Pierre Laval* das Informationsministerium übernahm.

Philippe Henriot wurde am 7. Januar 1889 in Reims geboren. Nach philologischen Studien war er vor dem ersten Weltkrieg neun Monate lang Professor in London, und seit 1909 hatte er ein höheres Lehramt in St. Foy la Grande im

Département Gironde inne. Früh trat er mit Gedichten, Artikeln und Novellen sowie später mit einem Roman hervor.

Auf Grund seiner katholisch-konservativen Einstellung kam er seit 1925 mit politischen Persönlichkeiten wie Abbé *Bergey* und General *Castelnau* in Verbindung und stellte sich seit 1928 zu den Parlamentswahlen. 1932 wurde er zum erstenmal für Bordeaux in die Kammer gewählt, in der er bald rednerisch hervortrat. Er griff zweimal in die Angelegenheit *Stavisky* ein und führte dadurch den Sturz des Kabinetts *Chautemps* ein. Auch 1936 wurde er wieder von Bordeaux gewählt, aber auf Betreiben der Volksfront und des kommunistischen Abgeordneten *Florimond Bonte* wurde die Wahl nicht anerkannt. Die daraufhin erfolgende Neuwahl brachte ihn mit ansehnlicher Mehrheit in die Kammer zurück, in der er nun einer der Vorkämpfer gegen den Kommunismus wurde. So prangerte er z. B. die Verbrechen des heute ebenso wie Bonte in Nordafrika wirkenden *Marty* in Spanien an. Auch außerhalb der Abgeordnetenkammer wurde Philippe Henriot als Redner sehr bald bekannt, und zwar sowohl in Frankreich selbst wie in einer Reihe anderer europäischer Länder. Auf Einladung des Duce sprach er am 18. Oktober 1935 in Rom vor 7000 Zuhörern gegen England und seine Sanktionspolitik. Philippe Henriot war schon zu jener Zeit ein Kampfgenosse von Pierre Laval. General *Franco* lud ihn im März 1937 nach Salamanca ein. Im Anschluß daran hielt Henriot in Frankreich und Belgien zahlreiche Vorträge zugunsten der Sache des nationalen Spaniens und gegen die Gefahr des Kommunismus.

Während der Sudetenkrise gehörte Philippe Henriot zu den Abgeordneten, die gemeinsam mit *Georges Bonnet* bei *Lebrun* und *Daladier* darauf hinwirkten, daß Frankreich sich nicht zugunsten der englischen Pläne in einen Krieg hineinziehen ließ. Schon seit vielen Jahren hatte er auf die Gefahren des vor allem durch Versailles geschaffenen Vertragssystems hingewiesen und die freimaurerischen Machenschaften von Männern wie *Benesch* und *Titulesco* angeprangert. Obwohl er wie Pierre Laval stets Sympathien für das faschistische Italien empfand und öffentlich bekannte, sah er sich zu Beginn des Jahres 1939 veranlaßt, gegen die antifranzösische Haltung der italienischen Presse zu protestieren. In der internationalen Auseinandersetzung bekämpfte er die vor allem vom Kommunismus unterstützten Kriegstreiber, die sich überall ein patriotisches Mäntelchen umzuhängen versuchen. So kam er in schärfsten Gegensatz zu den Kriegshetzern *Emile Buré* und *Henri de Kerillis*. Bis zum letzten Augenblick unterstützte er die Vermittlungsversuche des französischen Außenministers Bonnet. In einer Broschüre unter dem Titel: „Wie der Friede starb“ (Comment mourût la paix) hat er später die letzten Tage vor Ausbruch des Krieges an Hand von Dokumenten beschrieben und in der Wochenschrift „Gringoire“ den Bericht des französischen Botschafters in London *Corbin* über die gleiche Frage kommentiert.

Nachdem der Krieg durch England und Frankreich erklärt worden war, stellte er sich hinter die französische Regierung und versuchte durch begeisternde Artikel, die naturgemäß eine antideutsche Tendenz hatten, der französischen Nation doch noch die moralische Kraft zur Kriegführung zu geben.

Als dann so unerwartet schnell der französische Zusammenbruch kam und Marschall *Pétain* erklärte, daß der Waffenstillstand unvermeidlich sei, stellte sich Philippe Henriot wieder an die Seite des Präsidenten Laval und unterstützte ihn bei der Ausschaltung der Kriegshetzer und bei der Bildung einer neuen Regierung. Unter Hinweis auf seine jahrelangen Warnungen konnte er

jetzt bei der französischen Öffentlichkeit Gehör finden und die Politik Lavals, nämlich den inneren Wiederaufbau und die europäische Versöhnung, verteidigen. Gegen Ende des Jahres 1940 begann er auch wieder mit Vorträgen, und zwar zunächst in geschlossenen Kreisen in der damals noch unbesetzten Südzone. Nach über hundert Vortragsveranstaltungen im Süden folgte Philippe Henriot auch der Einladung, in der Nordzone zu sprechen. Im Frühjahr 1942 sprach er in Massenversammlungen in ganz Französisch-Nordafrika, wo es ihm gelang, die Stimmung weitgehend zugunsten von Marschall Pétain zu beeinflussen.

Nachdem er auf diese Weise seit Jahren in französischen Versammlungen sein Rednertalent für Pétain und Laval eingesetzt hatte, begann er im Januar 1942 die seither immer stärker beachteten, zunächst wöchentlichen, dann täglichen Rundfunkansprachen. Durch die Wahlkampagnen und das Parlament war er daran gewöhnt, völlig frei zu sprechen und blitzschnell auf Zwischenrufe und Einwände zu reagieren. Bei seinen Reden ging er auf dem Podium auf und ab und wendete sich mit seinen Gesten bald zu diesem, bald zu jenem Teil seiner Zuhörerschaft, wie wenn er mit jedem einzelnen sprechen würde. Auch bei der Aufnahme seiner Rundfunkansprachen liebte er es, wenn einige Menschen im Raum waren, die seine Worte hörten.

Die Ansprachen waren meist Auseinandersetzungen mit den Teilen der französischen Bevölkerung, die der Politik der französischen Regierung noch abwartend oder feindlich gegenüberstehen. Sehr oft griff Henriot auch die französische Dissidenz und ihre jüdischen, angelsächsischen und kommunistischen Hintermänner an. Oft antwortete er innerhalb weniger Stunden auf die Angriffe des feindlichen Rundfunks gegen die Ehre Frankreichs.

Philippe Henriot war von großer, hagerer Gestalt. Er hatte ein südländisch-lebhaftes Temperament, das seiner rethorischen Wirkung zugute kam. Seit ihrer Gründung unterstützte er die französische Miliz von *Joseph Darnand*, deren Abzeichen er trug und für die er sich oft als Redner einsetzte. Mit Darnand und *Déat* gehörte er zu den Männern, die seit der Jahreswende 1943/44 in vorderster Linie um die Klärung der Fronten in Frankreich kämpfen. Während Darnand mit seiner Miliz und Polizei den Terrorgruppen und Maquisbanden die Kräfte der Ordnung entgegenstellt, setzte sich Henriot durch den Rundfunk mit ihnen auseinander. Immer zahlreicher wandten sich die jungen Arbeitsdienstverweigerer an ihn, um einen Weg aus ihrem gesetzlosen Zustand ins geordnete Leben zurückzufinden. Bis zuletzt verleugnete Philippe Henriot seinen christlich-konservativen Ursprung nicht. Aber daß er, von der Rechten kommend, sich mit Männern von links unter der Autorität des legalen Staatschefs Marschall Pétain vereinigte, ist ein Zeichen für die innere Wandlung in Frankreich, bei der es nicht mehr auf links oder rechts ankommt, sondern bei der in erster Linie gefragt wird, ob einer für oder gegen Europa ist.

Die Autorität, die sich Philippe Henriot als Informationsminister und erster Propagandist seines Landes in allen Schichten des französischen Volkes erworben hatte, kam auch bei seinem Deutschlandbesuch im Juni 1944 zum Ausdruck. Sowohl bei den Kriegsgefangenen wie bei den Arbeitern, Angestellten und Studenten verstand er es, der Botschaft von Pétain und Laval Anerkennung zu verschaffen. In Gesprächen mit führenden Persönlichkeiten des Reiches hatte er Gelegenheit, die Probleme des deutsch-französischen Verhältnisses zu erörtern. Für die im Rahmen der DAF, des Reichsnährstandes und der OT von französischen Delegationen betreuten Arbeiter aus allen Schichten war es ein erneuter Ansporn zur Arbeit für Europa, daß Philippe Henriot als erster fran-

zösischer Minister seit dem Waffenstillstand zu ihnen in die Fabriken und Lager kam. Wie eng die Zusammenarbeit zwischen beiden Völkern durch die Notwendigkeiten des europäischen Freiheitskampfes bereits geworden ist, bewies der Empfangsabend, den die Deutsch-Französische Gesellschaft zu Ehren von Philippe Henriot für die Vertreter der deutschen und französischen Dienststellen in der Reichshauptstadt am gleichen Tag gab, an dem die Feinde Europas den Ansturm gegen die französische Küste begannen. Daß dieses Ereignis von allen Deutschen mit so selbstsicherer Ruhe aufgenommen wurde, hat Minister Henriot besonders beeindruckt und ihm Anlaß gegeben, die Kraft seiner Rede mit neuen Argumenten für die Gewißheit des europäischen Sieges zu verbinden. Kaum nach Frankreich zurückgekehrt, mußte Henriot für seine vaterländische und europäische Gesinnung sein Leben geben. Ein Teil der von England gedungenen Mörder konnte inzwischen gefaßt werden. Philippe Henriots Gesinnung wurde durch seinen Opfertod zum verpflichtenden Vorbild für Führung und Volk in Frankreich. *Hugo Rheiner*

Bücher des Monats

Franz Alfred Six: Europa. Tradition und Zukunft. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1944. 157 S.

Der vorliegende Band faßt eine Reihe von Reden und Aufsätzen aus den Jahren zwischen 1938 und 1943 zusammen. Die Rechtfertigung ihrer gemeinsamen Veröffentlichung sieht der Verf., wie er im Schlußwort betont, in ihrer „Bezogenheit auf die Fragen der europäischen Vergangenheit und Zukunft".

Die Untersuchungen bauen sich auf einem grundsätzlichen und einleitenden I. Abschnitt über „Das Reich und die Grundlegung Europas" auf. Der Begriff Europa wird als wesentlich historischer — nicht als geographischer Begriff aufgefaßt und zugleich in seiner modernen Bedeutung von seiner einmaligen historischen Ausprägung im mittelalterlichen Begriff des „Abendlandes" abgegrenzt. Die „Grundlegung Europas" wird als „die aus der Kraft des germanischen Volkstums, auf dem Boden der kontinentalen Mitte, in dem Staatswillen der Franken zum Durchbruch gelangte und die nordisch-antikes Kulturerbe aufnehmende Leistung der germanischen Stämme" begriffen: „Das Germanentum wird das erste geeinte Volkstum des sich selbst bewußten Europas, seine Führung geht auf einen von Germanen geschaffenen Staat über, ein germanisches Reich tritt als Träger einer politischen und geistigen Ordnung in die Geschichte ein." Dieses Reich „beinhaltet forthin nicht nur den geschichtlichen Vorgang der staatlichen Einigung der Germanenstämme, sondern als Ursprungsform der Grundlegung Europas die historische Ausformung des Kontinents". In der Darstellung des Reiches „als Ordnungsmacht Europas" findet der einleitende Abriß der dem ganzen Bande zugrunde liegenden geschichtlich-politischen Konzeption seinen konstruktiven Abschluß.

Die II. und III. Untersuchung sind den Begegnungen und Auseinandersetzungen des „Reiches" mit dem „Westen" und dem „Osten" gewidmet und suchen gleichsam die konkrete Bewährung der zugrunde gelegten Konzeption zu erproben. Die hier bereits bis in die Gegenwart durchgezogenen Linien werden im IV. Abschnitt noch schärfer unter einem Gesichtspunkt beleuchtet, der in der Überschrift „Die Binnenkriege Europas und der Einigungskrieg der Gegenwart" zum Ausdruck kommt. Im V. und VI. Abschnitt wird die Fragestellung in ihrer geistigen Widerspiegelung im „Einheitsbewußtsein Europas"

und im „Europabild des 20. Jahrhunderts“ erfaßt. Im abschließenden VII. Abschnitt wird der „Wandel des europäischen Staatensystems zum Weltstaatensystem“ verfolgt und die Betrachtung damit in den Rahmen der weltpolitischen Gesamtentwicklung eingeordnet: „Das europäische Staatensystem hat dem Weltstaatensystem seine ordnende Konstruktion abgetreten. Um die Weltmächte ordnen sich neue kontinentale Staatensysteme und greifen in den größeren Zusammenhang der weltpolitischen Verhältnisse ein. In diesem entscheidenden Ringen um das zukünftige Gesicht der Erde steht Europa noch einmal im Kampf um seine Selbstbehauptung, im Kampf um die weltpolitische Bestimmung darüber, ob es geschichtlich abtreten muß oder die Freiheit seiner Völker und die Einheit seines Raumes zu erhalten vermag, um sie dann in das epochale System der Welträume und deren künftige Gleichgewichtskonstruktion einzuführen.“

Die Schrift hat auf jeden wissenschaftlichen Apparat verzichtet. In straffem Aufbau und starker Konzentration gibt sie eine geschichtsphilosophische und politische Deutung der europäischen Vergangenheit und Zukunft, die als eine umfassende geistige Grundlegung des deutschen Europagedankens der Gegenwart gelten darf.

Franz Riedl: Nachbarland Ungarn, mit Zeichnungen von Anna Maria Penz. Herausgegeben von der Landesgruppe der Auslandsorganisation der NSDAP in Ungarn. Druck: Druckerei und Verlags-AG, Ujvidek-Neusatz.

Die Landesgruppe der Auslandsorganisation der NSDAP in Ungarn will mit dem vorliegenden Buch allen nach Ungarn kommenden Reichsdeutschen, vor allem aber den Wehrmachtsangehörigen einen Führer an die Hand geben, der sie kurz mit der Geschichte und den heutigen Verhältnissen vertraut macht. Darüber hinaus will es bei allen Reichsdeutschen Verständnis wecken für die Eigenheiten dieses Landes.

Hans Jürgen Seraphim, Deutsch-Südosteuropäische Wirtschaftsgemeinschaften. Junker und Dünnhaupt, Berlin, 1943. 154 S.

Der bekannte deutsche Wirtschaftswissenschaftler will mit dieser neuen Arbeit einen Beitrag zur gesamteuropäischen Wirtschaftsentwicklung geben. Sie soll in die wesentlichen Probleme des deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsaustausches einführen und nicht so sehr Einzelheiten bringen, die für den Fachmann belangvoll sind. Es soll aber nicht verschwiegen werden, daß Seraphim in einigen Zeilen und Punkten durchaus dem Fachmann etwas zu sagen hat. So verdient vor allem die Auswahl und Anordnung der Statistiken hervorgehoben zu werden, die nach dem erfaßbaren neuesten Stand gebracht sind. Nicht weniger wertvoll ist die kurze Bibliographie zum Thema Großraumwirtschaft in Sudosteuropa auf Seite 65, 66.

Wenn der Verfasser im großen und ganzen den bekannten Gedankengängen zwischen deutschem und südosteuropäischem Wirtschaftsaustausch folgt, dann deshalb, weil sich in dieser Frage bekanntlich eine allgemein verbindliche Ansicht durchgesetzt hat. Nicht der Sache, aber der Klarheit der Gedankenführung und Formulierung der Argumente nach neu, stellt der Verfasser eingangs in dem Kapitel „Die Problematik deutsch-südosteuropäischer Wirtschaftsgemeinschaft“ den Grundsatz heraus, daß jede Untersuchung über diesen Gegenstand in gleicher Weise den deutschen wie den südosteuropäischen Standpunkt der südosteuropäischen Staaten berücksichtigen muß. Er erwähnt in diesem Zusammenhang durchaus die Hemmungen, Vorurteile und Schwierigkeiten, die der Bildung der deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft noch entgegenstehen. Indem er auf die Fragestellung und Einwände der südosteuropäischen Wirtschaftspartner eingeht, ist seine Arbeit auch für den nichtdeutschen Leser von Wert. Ein weiteres Kriterium einer sachlichen und kritischen Betrachtungsweise, die auf oberflächliche propagandistische Erfolge verzichtet, ist in der

Wahl der Vergleichsjahreszahlen im deutsch-südosteuropäischen Warenaustausch zu erkennen. Seraphim beginnt nicht, wie dies in den letzten Jahren häufig in ähnlichen Darstellungen geschah, mit dem Jahr 1933, das infolge der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise einen Tiefstand der Wirtschaftsbeziehungen kennzeichnet, sondern mit dem Jahr 1925 als einem „neutralen" Jahr. Auch die Ausführungen über den Unterschied zwischen dem liberalen Welthandelssystem und der deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind gut.

Franz Ronneberger

Neue Arbeiten aus dem Deutschen Auslandswissenschaftlichen Institut

Die Studien zur Auslandskunde bringen eine neue Veröffentlichung: „Vorderasien", die die Überlieferung der ehemaligen Mitteilungen des Seminars für orientalische Sprachen aufnimmt und ihre Arbeit fortsetzt. Sie sind das Organ der Abteilungen des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts für Volks- und Landeskunde des arabischen Orients, der Türkei und Irans und wollen auf Grund zuverlässiger Sprach- und Sachkenntnisse und selbständiger Quellenforschung in Sonderuntersuchungen und Zusammenfassungen zur Klärung der Fragen beitragen, die den Nahen Osten der Gegenwart betreffen.

Wenn diese Aufgabe trotz der kriegsbedingten Schwierigkeiten unternommen wird, so zeigt das, für wie nötig es von deutscher Seite erachtet wird, den kulturellen Austausch mit dem Nahen Osten lebendig zu erhalten. Wie Prof. Six und der Herausgeber Prof. Jäschke in der „Einführung" darlegen, muß immer wieder klargestellt werden, daß Europa und Vorderasien keine getrennten Welten sind, sondern einen einheitlichen und in sich geschlossenen Kreis bilden, der sich gegen Mittel- und Ostasien deutlich abgrenzt und gerade heute die gleichen Feinde hat, die den Bestand ihrer Völker und ihres Lebens bedrohen.

Das erste, jetzt vorliegende Heft enthält einen grundsätzlichen Artikel über „England in Syrien" von Prof. Björkman, der die historischen Bemühungen Englands um das Gebiet behandelt und besonders auch auf die Entwicklung der Jahre 1941—42 und die Stellung Vichys und der Gaullisten zum syrischen Problem eingeht. Zum 1000jährigen Bestehen der Azhar-Universität in Kairo geht Prof. Braune auf die Bedeutung, die die Azhar als Stätte höchster geistiger Bildung im Orient gehabt hat und für viele noch hat, auf die Wissenschaft, die sie vermittelt und auf die Rolle, die sie im geistigen Leben des heutigen Orients hat, ein. Die Tatsache, daß sich in der Azhar und in der geistigen Schicht, die sie trägt, der politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel des Orients widerspiegelt, verpflichtet die abendländische Wissenschaft, ihre Entwicklung zu verfolgen. — Ein Eisenbahnspezialist, der Oberreichsbahnrat Peter Dieckmann, der von 1908 bis 1926 mit nur kurzen Unterbrechungen im vorderasiatischen Eisenbahnwesen tätig war, berichtet dann über „Das Eisenbahnwesen im Nahen Osten und seine Bedeutung für den Handel insbesondere mit Deutschland", wobei er in einzelnen Abschnitten auf die Türkei, Iran, Irak, Syrien und Libanon, Palästina, Transjordanien und Saudisch Arabien eingeht. — Als Dokumentenmaterial veröffentlicht Prof. Jäschke zum Schluß erstmalig den ihm von befreundeter türkischer Seite zur Verfügung gestellten türkisch-aserbeidschanischen Freundschaftsvertrag vom 4. Juni 1918. Es handelt sich dabei um einen der Verträge, die die osmanische Regierung nach dem Zerfall der Transkaukasischen Republik mit den daraus gebildeten Republiken Georgien, Armenien und Aserbeidschan schloß, und von denen bis jetzt nur die georgischen und armenischen Verträge bekannt waren.

Hauptschriftleiter: Dr. Wolff Heinrichsdorff, Berlin W 8

Verlag: Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstr. 44 | Verantw. f. d. Anzeigenteil: Heinrich Dieckmann, Berlin W 8

Druckerei: August Hopfer, Burg bei Magdeburg | Z. Z. gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 Printed in Germany